

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,00 Mk. wöchentlich 30 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Bg. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Bg. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 2,50 Mark für das Abonnement, 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1878.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern über dem Raum 60 Bg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das letzte Wort 20 Bg. (zuletzt 2 letzte Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Bg. Belegspalten und Schlußzeilen zeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Sonntag, den 4. Juni 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Die Vereinsrechtsnovelle.

Am 4. Mai gaben wir der Auffassung des Genossen Legien über die dem Reichstage zugegangene Vereinsrechtsnovelle Raum. Am nächsten Tage mühten wir an der Hand des Wortlauts und der Begründung des Gesamtentwurfs erklären: die Vereinsrechtsnovelle droht Nachteile für die Gewerkschaften an. Rehnliche Befürchtungen wurden bei der ersten Lesung der Novelle (10., 11., 12. Mai) von den Rednern fast aller Parteien geäußert und dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine andere, bedenkenfreie Fassung in der Kommission zu finden. Der gestern erschienene Kommissionsbericht zeigt noch deutlicher als die Berichte aus der Kommission, daß die darin gerichteten Bestrebungen an dem Widerstand der Regierung scheiterten. Die sozialdemokratische Fraktion gab der Ansicht Ausdruck, „das Gesetz werde bei richtiger Anwendung und sinngemäßer Auslegung durch die Verwaltungsbehörden und Gerichte den gewerkschaftlichen Organisationen und den Berufsvereinigungen der Angestellten und Arbeiter die Tätigkeit wesentlich erleichtern“. Der Kommissionsbericht, insbesondere die Darlegungen der Regierung, zeigen, daß die Annahme leider durchaus irrig ist, nach Annahme der Novelle würden künftighin Gewerkschaften nicht als politische Vereine angesehen werden können oder die Novelle werde auch nur bestimmten Fehlgreifen der Rechtsprechung und Verwaltung gegenüber den Gewerkschaften ein Ende machen.

Der Bericht räumt zunächst mit der Legende auf, „daß eine Verständigung über die Regierungsvorlage zwischen den Parteien bereits vor geraumer Zeit herbeigeführt worden sei und keine Anträge gestellt werden sollten, um das jetzt Erreichbare, das in der Vorlage ausgedrückt sei und einen Fortschritt gegenüber der jetzigen Fassung des Reichsvereinsgesetzes bedeute, zu sichern“. Diese von einer Seite aufgestellte Behauptung wurde, wie der Bericht sagt, „von anderen Seiten übereinstimmend bekämpft“. Auf dies formale legen wir kein entscheidendes Gewicht. Würde auch solche Vereinbarung stattgefunden haben, so dürften wir uns nicht abhalten lassen, die Vorlage zu bekämpfen, wenn sich herausstellt, daß die Unterhändler sich haben einfeilen lassen, da die Vorlage in der Tat eine Verschlechterung der Vereinsrechte der Arbeiter im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen nach sich ziehen muß. Ernste Gründe sprechen für die Annahme, daß leider die Sache so liegt.

Bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes hatte die Regierung eine Sicherstellung der Gewerkschaften gegen Politischerklärung und damit Hinderung der Heranziehung der Jugendlichen unter 18 Jahren als überflüssig bekämpft, weil gewerkschaftliche Vereine, die innerhalb des Rahmens des § 152 der Gewerbeordnung sich nur mit Berufs- und Standesinteressen ihrer Mitglieder befassen, als politische Vereine nicht anzusehen seien. In den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes blieben die Gewerkschaften von Versuchen verschont, sie als politische Vereine zu erklären und damit den Jugendlichen den Zutritt zu den Gewerkschaften zu sperren. Das änderte sich bald. Das preussische Oberverwaltungsgericht entschied am 4. Juli 1911, „ein Verein sei dann ein politischer, wenn er auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger oder die internationalen Beziehungen der Staaten zu einander einzuwirken suchen. Dies gilt auch für die Vereine der gewerkschaftlichen Organisationen, und zwar auch dann, wenn sie im Rahmen ihrer Berufsinteressen politische Zwecke verfolgen.“ Es wurde nun insbesondere in Preußen im Jahre 1913/14 der Versuch gemacht, Gewerkschaften für politisch zu erklären. Vorgegangen wurde nur gegen die „freien Gewerkschaften“. Der Regierungsvertreter erklärte in der Kommission, „kein einziger Verein, der sittlich-religiöse Ziele verfolgt, insbesondere weder ein evangelischer noch ein katholischer Arbeiterverein sei als ein politischer Verein behandelt worden. Dagegen seien nicht lange vor dem Kriege einige der großen (gewerblichen) Gewerkschaften, die zu den sogenannten freien Gewerkschaften gehören, im Verwaltungswege zu politischen Vereinen erklärt worden. Diese Maßnahmen wurden nach Ausbruch des Krieges rückgängig gemacht, aber der grundsätzliche Standpunkt, daß das Vorgehen der Verwaltung dem Gesetz entspreche, keineswegs aufgegeben.“

Wie kann verhindert werden, daß den Gewerkschaften gegenüber in Zukunft ein ähnlich bedrohlicher Standpunkt eingenommen wird? Die sozialdemokratische Fraktion hat im vergangenen Jahre einen Weg hierzu gewiesen. Sie hatte in der Angelegenheit an das Oberverwaltungsgerichtsentferntnis vorgeschlagen, im Gesetz festzulegen: „Nicht als politische Vereine gelten solche Vereine, deren Zweck ist, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder oder weitere Kreise herbeizuführen oder zu erhalten, auch wenn sie bei Verfolgung ihrer Zwecke auf politische Parteien, auf die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Landes oder anderer öffentlicher Körperschaften einzuwirken suchen.“ Dieser Antrag wurde am 29. März 1915 vom Reichstag der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, dann wurde im August 1915 in der Reichstagskommission in einem freien Unteraus-

schuß folgende Fassung gewählt: „Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände erörtern.“ Diese Fassung wurde in der Kommission gegen eine Stimme, im Reichstag am 27. August nahezu einstimmig angenommen. Sie würde neuen Verationen einen Niegel vorschleichen. Die Regierung hat dieser Fassung nicht zugestimmt, vielmehr eine Fassung gewählt, die zwischen Politik und Sozialpolitik scheidet und vielen Anwendungen Raum gibt. Es soll als § 17a in das Vereinsgesetz aufgenommen werden: „§ 17a. Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerkschaftlicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen in Zusammenhang stehen.“

Diese in unserem Artikel vom 5. Mai wiedergegebene Begründung und dieser von der Kommission leider unverändert angenommene Wortlaut kann der Verwaltungsbehörde und Staatsanwaltschaft ein anderes, leicht wohl gegen jede Gewerkschaft anzuwendendes Formular schaffen, um den Zweck der Politischerklärung einer Gewerkschaft zu erreichen. Würde das nur die Folge sein, so könnte man sich vielleicht damit abfinden, daß die Novelle wenigstens keine Verschlechterung gegenüber dem heutigen Zustand schafft.

Aber der Kommissionsbericht ruft lebhaftes Bedenken nach, ob nicht auch über diese formale Erleichterung eines Einschreitens hieraus auf Grund des Kaufschuldbegriffs der neuen Vorschrift den Gewerkschaften und den Arbeitern Nachteile drohen. Wir führen nach dieser Richtung an der Hand des Kommissionsberichts einiges an.

Es ist im Bericht angeführt: „Vor dem Kriege habe man die Gewerkschaften für politisch erklärt, weil sie durch die Generalkommission, der sechs sozialdemokratische Abgeordnete angehörten, mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung stünden.“ Sindert die neue Fassung, in gleicher Weise zu Unrecht vorzugehen? Kaum. Der Regierungsvertreter verwies darauf, man werde ja eine Gewerkschaft nicht gleich, wenn sie die von der Vorlage gezogenen Grenzen überschreite, als einen politischen Verein behandeln, sondern dann erst dazu schreiten, wenn eine Gewerkschaft dies wiederholt tue. Ein Befürworter der Vorlage meinte: „Es handle sich um ein Verträuensgesetz für die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hätten jetzt allen Grund, aus ihren Verhandlungen die reine Politik herauszunehmen und strenge Disziplin über die Jugendlichen zu halten, um sich nicht der auch hier zum Ausdruck gebrachten Sympathien zu begeben.“ Erleichtern solche Äußerungen nicht später den Verwaltungs- und Anklagebehörden zwischen den artigen Schafen und den räubigen Böden genau so wie vor dem Kriege zu scheiden? Legen sie es ihnen nicht geradezu nahe? Können die Gewerkschaften dann freibleiben oder bereitet die Novelle nicht einen Umstand vor, der dem russischen mit den offiziell geduldeten Gewerkschaften ähnelt?

Die von dem Genossen Legien bereits im Plenum gestellte Frage, ob nach der Vorlage Personen unter 18 Jahren auch an öffentlichen politischen Versammlungen, die sich in den Grenzen des § 17a halten, teilnehmen dürfen, hat der Regierungsvertreter in der Kommission verneint.

Nach wie vor soll ferner nach den Darlegungen des Regierungsvertreters die Schule das Recht haben, den Fortbildungsschülern die Teilnahme an Versammlungen und Vereinen zu verbieten: „das Recht der Schule werde durch das Vereinsgesetz nicht eingeschränkt“. Ebenso wenig das Vertragsrecht. Es sollen also nach wie vor Arbeitgeber den Lehrlingen, den jugendlichen Arbeitern oder den Staatsarbeitern den Beitritt zu Gewerkschaften verbieten können! Das ist, da der heutige Rechtszustand ein gegenteiliger ist, eine Verschlechterung des bestehenden Gesetzes. Wir geben an anderer Stelle die Ausführungen wieder, die am 10. Dezember 1912 Genosse Bauer im Reichstag über die Beschränkung des Koalitionsrechts durch Vertrag gemacht hat.

Die Novelle enthält ein Ausnahmegesetz gegen die polnisch sprechenden Arbeiter. Die polnische Fraktion beantragte deshalb, festzulegen: die Bestimmung, daß die in § 17a gedachten Vereine nicht aus dem Grunde für politisch erklärt werden dürfen, weil sie aus Reichsangehörigen nichtdeutscher Nationalität bestehen. „Die Rechtspraxis gehe davon aus, daß Vereine, welche sich „polnisch“ bezeichnen oder in welchen polnische Politiker Mitglieder sind, oder welche hauptsächlich aus Polen bestehen, für politisch erklärt werden müssen, weil sie offenbar gegenüber dem Staat und den Deutschen Absonderungsbestrebungen haben. Gehe § 17a ohne die vorgeschlagene Änderung durch, dann bilde er eine neue Ausnahmeregelung gegen die Polen, weil diese alsdann wegen ihrer Eigenschaft als Polen von den Vorteilen der Novelle ausgeschlossen sein würden.“ Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Nicht nur für die gewerkschaftlichen Organisationen kann die Novelle sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Eine Gefahr be-

steht auch für die heute bestehenden nicht gewerkschaftlichen Jugendbildungsvereine. Durch die neue Fassung und durch die Motive ist der Gerichtspraxis nahegelegt, den Begriff des „Politischen“ noch zu erweitern und insbesondere die Fragen der Volksgesundheit und Volksbildung, die in den Motiven für sozialpolitisch erklärt sind, nunmehr jugendlichen, nichtgewerkschaftlichen Vereinen nicht zu gestatten. Von einer Praxis, die geglaubt hat, Vorträge über Abwendung der Choleraepidemie als politische anzusprechen, wird das zu erwarten sein. Dürfen nach Annahme der Vorlage Jugendliche noch an öffentlichen Versammlungen teilnehmen, die sich mit Bildung, mit Antialkoholbestrebungen, mit dem Nichtstudententag, mit Gesundheitspflege befassen? Wie sieht's mit den Turn- und Radfahrervereinen?

Sindert endlich nicht die Annahme der Vorlage eine Besserung des gewerkschaftlichen und politischen Vereinsrechts für die Zukunft? Es wird ja die Novelle — genau so wie früher das Vereinsrecht — in den ersten Jahren nach ihrem Inkrafttreten vielleicht keine schädigenden Wirkungen ausüben. Wie aber, wenn der unvermeidliche wirtschaftliche Kampf eine gewisse Höhe erreicht? Wird sich dann nicht zeigen, daß die Novelle ein Danaergeschenk ist? Wird dann nicht wahr werden, was ein freisinniger Redner im Reichstag aussprach, daß die unveränderte Annahme der Vorlage einen politischen Katzenjammer hervorrufen wird?

Gefragt es durchzusetzen, daß endlich die begrifflich unmögliche Scheidung zwischen reiner Politik und Sozial- und Wirtschaftspolitik aus der Vorlage gestrichen wird, wie es im August 1915 geschah, dann würde zweifellos ein wirklicher Vorteil für die Gewerkschaften herauskommen. Sonst fürchten wir, kann der vermeintliche Vorteil leicht in sein Gegenteil umschlagen. Die Vorlage steht bereits auf der Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstags. Wird es noch im letzten Moment gelingen, die Regierung zu einem wirklichen Vorteil für die Gewerkschaften zu gewinnen?

## Von der Seeschlacht am Skagerrak.

Amlich, Berlin, 3. Juni. (W. T. V.) Im Legendenbildungen von vornherein entgegengetreten, wird nachmals festgestellt, daß sich in der Schlacht vor dem Skagerrak am 31. Mai die deutschen Hochseestreitkräfte mit der gesamten modernen englischen Flotte im Kampf befunden haben. Zu den bisherigen Bekanntmachungen ist nachzutragen, daß nach amtlichem englischen Bericht noch der Schlachtkreuzer „Invincible“ und der Panzerkreuzer „Warrior“ vernichtet worden sind. Bei uns mußte der kleine Kreuzer „Elbing“, der in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni infolge Kollision mit einem anderen Kriegsschiff schwer beschädigt worden war, geprengt werden, da er nicht mehr eingebracht werden konnte. Die Besatzung wurde durch Torpedobote geborgen bis auf den Kommandanten, zwei Offiziere und achtzehn Mann, die zur Sprengung an Bord geblieben waren. Leihre sie nach einer Weile aus Holland durch einen Schlepper nach Jmuiden gebracht und dort gelandet worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Die Seeschlacht in englischer Darstellung.

London, 3. Juni. (W. T. V.) Die Admiralität teilt mit: Am 31. Mai nachmittags entspann sich auf der Höhe der färländischen Küste ein Seegefecht. Die britischen Schiffe, die in Kampf gerieten, waren die Schlachtkreuzerflotte, einige Kreuzer und leichte Kreuzer, die von vier schnellen Schlachtschiffen unterstützt wurden. Unter diesen Schiffen sind die Verluste schwer. Der deutschen Schlachtflotte kam das unsichtige Wetter zu Hilfe. Sie vermied einen längeren Kampf mit unseren Hauptstreitkräften. Bald, nachdem diese auf dem Kampfplatz erschienen waren, kehrte der Feind in den Hafen zurück, nicht ohne vorher durch unsere Schlachtschiffe schweren Schaden erlitten zu haben. Die Schlachtkreuzer „Queen Mary“, „Indefatigable“, „Invincible“, die Kreuzer „Defence“ und „Blad Prince“ sind gesunken. „Warrior“, der kampfunfähig wurde, mußte, nachdem er ins Schlepptau genommen worden war, von der Mannschaft verlassen werden. Ferner ist gemeldet worden, daß die Zerstörer „Tipperary“, „Turbulent“, „Fortune“, „Sparrowhawk“ und „Ardent“ verloren sind. Von sechs anderen ist noch keine Meldung eingelaufen. Es ist kein britisches Schlachtschiff und kein leichter Kreuzer gesunken. Die Verluste des Feindes sind ernst, wenigstens ein Schlachtkreuzer ist zerstört, einer schwer beschädigt. Es wird berichtet, daß ein Schlachtschiff während der Nacht von unsern Zerstörern versenkt worden ist. Zwei leichte Kreuzer, die kampfunfähig waren, sind wahrscheinlich gesunken. Die Zahl der Zerstörer, über die der Feind während des Kampfes verfügte, kann nicht angegeben werden, muß aber zweifellos groß gewesen sein.

London, 2. Juni. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität teilt mit: Wir verloren insgesamt acht Zerstörer. Ein feindliches Schlachtschiff der Kaiserklasse lag bei einem Angriff durch britische Zerstörer in der Luft. Man glaubt, daß noch ein Dreadnought-Schlachtschiff der Kaiserklasse durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht wurde. Von drei deutschen

Schlachtkreuzern, wovon einer der „Verflinger“ und einer der „Sagow“ sein dürften, ist einer in die Luft geflogen. Es wurde wahrgenommen, daß ein anderer, der von unserer Schlachtflotte in einen Kampf verwickelt wurde, kampfunfähig gemacht wurde und stoppte. Ein dritter wurde, wie beobachtet wurde, ernstlich beschädigt. Ein deutscher leichter Kreuzer und sechs deutsche Zerstörer wurden versenkt. Mindestens zwei weitere deutsche leichte Kreuzer wurden, wie beobachtet wurde, kampfunfähig gemacht. Auf drei anderen deutschen Schlachtschiffen wurden wiederholte Treffer wahrgenommen. Schließlich wurde ein deutsches Unterseeboot gerammt und versenkt.

**Notiz des B. L. V.:** Die amtliche Veröffentlichung des deutschen Admiralsstabes stützt die Behauptung der englischen Admiralität völlig.

### Einzelheiten über die Seeschlacht.

Amsterdam, 3. Juni. (B. L. V.) „Handelsblad“ meldet: Um 8 Uhr 15 Minuten kam der Trawler „Ymuiden 122“ an, der 20 deutsche Seeleute und einen verwundeten englischen Offizier an Bord hatte. Unter den Deutschen befanden sich drei Offiziere und drei Unteroffiziere. Die Deutschen marschierten, von Neugierigen umgeben, nach dem Bureau des Kommandanten von Ymuiden, Kapitän van Slochem. Man hatte nicht den Eindruck, mit Schiffbrüchigen zu tun zu haben, so ordentlich sahen sie aus. Auf den Rückenbänken der Matrosen stand S. M. S. „Elbing“. Nach einiger Zeit verließen die Unteroffiziere und Matrosen das Bureau und begaben sich nach dem König-Wilhelm-Haus. Dort erzählte einer der Unteroffiziere, daß die „Elbing“ ein Kreuzer war. Der Kommandant, Fregattenkapitän Rablung, gehörte zu den Offizieren, die mit dem Trawler angekommen waren. Die „Elbing“ war so havariert worden, daß man beschloß, das Schiff sinken zu lassen. Die 21 Mann, die mit dem Trawler angekommen waren, hatten das Schiff zuletzt verlassen. Vorher waren alle übrigen gerettet worden. Sie sind jetzt vermutlich in Wilhelmshaven.

Die drei Offiziere, Fregattenkapitän Rablung, Kapitänleutnant Berber und ein Oberleutnant, hatten sich unterdessen ins Hotel begeben. Sie weigerten sich, über die Schlacht Mitteilungen zu machen und verwiesen auf den Bericht, den sie dem Kommandanten von Ymuiden erstattet hatten.

Dieser teilte mit, daß die Schaluppe mit den 21 deutschen Seeleuten am Donnerstag von dem Trawler „Ymuiden 122“ in der Richtung der dänischen Küste segelnd angegriffen wurde. Auch der englische Marinearzt, der mit den Deutschen in Ymuiden angekommen war, befand sich an Bord. Die „Elbing“ war so havariert, daß der Kommandant beschloß, sie zu versenken. Vom Ausgang des Kampfes wußten die Offiziere nichts. Als sie aufgenommen wurden, war die Schlacht noch im Gange. Es hatten an der Schlacht auf beiden Seiten ungefähr 150 Schiffe teilgenommen. Von der Besatzung des Dampftrawlers „Verta Ymuiden 122“ erfuhr das „Handelsblad“, daß das Fahrzeug eben in den Fischereigründen von Horns Riff angekommen war, als man etwa 80 englische Kriegsschiffe sah. Auch einem großen treibenden Fischerboot mit deutschen Seeleuten und einem englischen Arzt begegnete man. Alle wurden gerettet. Der Trawler wollte noch weiter fahren, um zu sehen, ob noch mehr Schiffbrüchige gerettet werden könnten, gab den Plan aber auf, da die Lage durch das Mandrieren der Kriegsschiffe immer gefährlicher wurde. Die See war voll von Braunkohle und Leichen, die, soweit es möglich war, durch englische Kriegsschiffe geborgen wurden.

Man sah auch, wie ein sinkendes Kriegsschiff von einem englischen Kreuzer in den Grund gehohlet wurde.

Der in Ymuiden eingelaufene Trawler „Fischjan“ berichtet, daß er ein Kriegsschiff unbekannter Nationalität in Flammen sah.

Der englische Marinearzt Blurton erzählt, daß er sich auf dem Zerstörer „Lipperard“ befand, der in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag um ungefähr 2 Uhr zum Sinken gebracht wurde. Blurton fiel ins Wasser, wurde aber durch die Schaluppe der „Elbing“ gerettet. Die Deutschen hätten ihn freundlich behandelt, seine nassen Kleider ausgezogen und ihn in trockene Decken gehüllt. Blurton ist leicht verwundet.

Der Kommandant von Ymuiden sagte, daß die Geretteten wahrscheinlich nicht interessiert werden würden, da es sich um einen ähnlichen Fall handle wie bei den drei englischen Kreuzern, die zu Beginn des Krieges torpediert wurden. Die Schiffbrüchigen seien überdies von einem Handelsfahrzeug, nicht von einem Kriegsschiff aufgenommen worden.

Der kaiserlich deutsche Gesandte, Herr v. Kühmann wurde gestern Abend in Ymuiden erwartet.

Amsterdam, 3. Juni. (B. L. V.) Ein hiesiges Blatt erzählt aus Hoel van Holland vom 2., daß Abends acht Mitglieder der Besatzung des Kreuzers „Frauenlob“ dort angekommen sind. Es sind der Fähnrich zur See Walter Stolzmann, die Maschinisten Sigrid, Barlach und Marquard und die Matrosen Gerb, Gerriß und Hillebrand. Ferner befand sich an Bord der Steuermann Dieselberg. Die „Frauenlob“ wurde um ungefähr 1 Uhr nachts von einem Torpedo im hinteren Maschinenraum getroffen und sank sofort. Die Besatzung trachtete, sich auf Flächen zu retten. Bis 10 Uhr früh trieben sie auf der See herum. Sie waren schon früher von einem englischen Torpedoboot gesehen worden. Dieses fuhr aber in rascher Fahrt an dem Kampfplatz vorbei. Schließlich wurden die Leute von dem niederländischen Dampfer „Tegel“ bemerkt. In der Nähe des Dampfers lag das englische Torpedoboot 625. Als die Besatzung von dem holländischen Dampfer aufgenommen wurde, rief der Kommandant des Torpedoboots, daß er die Schiffbrüchigen übernehmen wollte. Der Kapitän gab aber nicht seine Zustimmung dazu. Später wurden die von der „Tegel“ Geretteten von dem Schleppdampfer „Thames“, der bereits vier Mann an Bord hatte, übernommen. Sie waren alle sehr erschöpft. Während der „Thames“ die Schiffbrüchigen aufnahm, was gerade nördlich von der Doggerbank geschah, wurden zwanzig englische Schiffe bemerkt, die sich in voller Fahrt befanden. Um den Steuermann, der sehr erschöpft an Bord gekommen war, bemühte man sich zwei Stunden vergeblich. Er ist während des Transport gestorben. Ueber das Gefecht selbst wußten die Leute nicht viel zu erzählen. Außerdem war ihnen vom Fähnrich verboten worden, Mitteilungen zu machen. Das einzige, was sie sagten, war, daß die deutsche Flotte fünf englische Schlachtschiffe angriff und daß auf den Geschützdonner hin sofort zehn kleine englische Kreuzer auftauchten, denen andere Schiffe folgten, so daß zum Schluß etwa sechzig Schiffe anwesend waren. Ueber die Stärke der deutschen Flotte ist nichts bekannt.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 3. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom 2. Juni nachmittags. In den Argonnen Handgranatenkämpfe in den Abhängen von Vouquois, Courte-Chaussee und Hille Wörte. Die Franzosen sprengten mehrere Quersäminen und beschäftigten unterirdische Arbeiten der Deutschen. Am linken Maasufer versuchte ein Gegenangriff den Franzosen einen Fortschritt um etwa

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. Juni 1916. (B. L. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern mittag eroberten württembergische Regimenter im Sturm den Höhenrücken südöstlich von Jillebeke (südöstlich von Ypern) und die dahinter liegenden englischen Stellungen. Es wurden ein leichtverwundeter General, ein Oberst und 13 andere Offiziere sowie 350 verwundete und 168 verwundete Engländer gefangen genommen. Die Gefangenzahl ist gering, weil der Verteidiger besonders schwere blutige Verluste erlitt und außerdem Teile der Besatzung aus der Stellung flohen und nur durch unser Feuer eingeholt werden konnten. In der Nacht einsehende Gegenangriffe wurden leicht abgelenkt.

Nördlich von Arras und in der Gegend von Albert dauert der Artilleriekampf an.

In der Champagne, südlich von Ripont, brachten unsere Erkundungsabteilungen bei einer kleinen Unternehmung über 200 Franzosen gefangen ein.

Westlich der Maas wurden feindliche Batterien und Befestigungsanlagen mit sichtbarem Erfolge bekämpft.

Ostlich der Maas erlitten die Franzosen eine weitere Niederlage. In den Morgenstunden wurde ein starker Angriff gegen unsere neugewonnenen Stellungen südwestlich des Callette-Waldes abgelenkt; weiter östlich haben die Franzosen auf dem Rücken südwestlich von Bang gestern in sechsmaligem Ansturm versucht, in unsere Gräben einzudringen; alle Vorstöße scheiterten unter schwersten feindlichen Verlusten. In der Gegend südöstlich von Bang sind heftige, für uns günstige Kämpfe im Gange. Am Ostrand der Maashöhen stürmten wir das stark angebaute Dorf Damloup; 520 unverwundete Franzosen (darunter 18 Offiziere) und mehrere Maschinengewehre fielen in unsere Hand. Andere Gefangene gerieten bei der Abführung über Dieppe in das Feuer schwerer französischer Batterien.

Feldartillerie holte über Bang einen German-Doppeldecker herunter.

Der im gestrigen Tagesbericht erwähnte westlich von Mördringen abgeschossene französische Doppeldecker ist das vierte von Leutnant Höndorf niedergelampfte Flugzeug.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Amster Patrouillengefahr keine Ereignisse.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. Juni. (B. L. V.) Amtlich wird ver-

antbart:

### Russischer Kriegsschauplatz.

An der scharafischen Front und in Wolhynien dauern die Geschützkämpfe unvermindert heftig fort. An einzelnen Stellen wurden auch russische Infanterievorstöße abgelenkt.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen wiesen einen starken Angriff und mehrere schwächere Vorstöße der Italiener gegen den Monte Varco ab. Ebenso scheiterten wiederholte Angriffe des Feindes auf unsere Stellung bei Grenz bei der Gasse der Gasse Mandrielle.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Pöschel, Feldmarschalleutnant.

hundert Meter in den Verbindungsgräben der Deutschen südlich vom Laurette-Walde. Ein Angriff der Deutschen südöstlich von diesem Walde und Cumidres wurde durch unser Sperrfeuer aufgehalten und konnte nicht vordringen. Auf dem rechten Maasufer dauerte die Schlacht gestern und die Nacht hindurch mit äußerster Erbitterung auf der ganzen Front Thaumont-Baug an, und erstreckte sich sogar östlich über die Feste Baug hinaus bis nach Damloup. In der Gegend Thaumont-Baug wurden deutsche Angriffe durch Feuer und Gegenangriffe abgewiesen. Südöstlich von der Feste Douaumont gelang es den Deutschen, in den südlichen Teil des Callettewaldes und in die südlichen Zugänge zum Teiche von Baug einzudringen. Auf dem rechten Flügel drachen sich alle deutschen Angriffe gegen die Umgegend von Baug und Damloup nach sehr erheblichen Verlusten. In diesen Gefechten erreichte der Geschützkampf eine außerordentliche Heftigkeit und dauert auf der ganzen angegriffenen Front fort. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

**Luftkrieg:** Gestern versetzten französische Flugzeuggeschwader einer Gruppe deutscher Pflieger, welche von ihrem Angriff auf Barle-Duc zurückkehrte, ein Gefecht, welche eine zweite Gruppe feindlicher Flugzeuge, ihren Ort zu verändern. Ein deutsches Flugzeug wurde bei Stain heruntergeholt; ein von zwei Flugzeugen mit Doppelmotor angegriffener Fokker mußte bei Vouconville niedergehen.

Paris, 3. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom Freitag Abend. Auf dem linken Maasufer herrschte große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien im Abschnitt der Höhe 804 und zwischen Loter Mann und Maas. Auf dem rechten Ufer unternahmen die Deutschen gegen unsere Stellungen zwischen dem Teich von Baug und dem Dorf Damloup eine kräftige Offensive, die den ganzen Tag andauerte. Fortgesetzt mit geschlossenen Massen unternommene Angriffe folgten einander in dieser Gegend. Der glänzende Widerstand unserer Truppen gewann die Oberhand über die Anstrengungen des Feindes. Westlich der Feste Baug antworteten unsere Gegenangriffe auf jeden deutschen Angriff. Sie verhinderten jeden Fortschritt des Gegners vor der Feste Baug, welche die Deutschen um jeden Preis zu nehmen suchten. Der Kampf erreichte eine Heftigkeit wie nie zuvor. Die Sturmkolonnen wurden von unseren Geschützen und Maschinengewehren niedergemacht und erlitten ungeheure Verluste. Die feindlichen Massen, welche zur Verstärkung der eingeleiteten Bataillone anrückten, wurden von den schweren Batterien unter Feuer genommen und strömten in Unordnung gegen Dieppe zurück. Im Abschnitt von Damloup am Fuße der Maashöhen gelang es dem Feinde, in das Dorf einzudringen, dessen größeren Teil wir halten. Der Artilleriekampf geht auf dem gesamten rechten Ufer der Maas in sehr heftiger Weise weiter.

Belgischer Bericht: Es ist nichts Besonderes zu melden.

## Die englische Meldung.

London, 2. Juni. (B. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. Heeresbericht. Heute wurde an einer Front von 3000 Yards in der vorspringenden Ecke von Ypern heftig gekämpft. Der Feind griff nach intensiver Beschießung an und drang an mehreren Punkten in die vorderen Laufgräben ein, wurde aber zurückgeschlagen. An anderen Stellen ist der Kampf noch im Gange. Wir ließen gestern nacht auf dem Vimy-Rücken Minen springen. Die Infanterie ging zum Angriff über und drang an mehreren Stellen in die deutschen Laufgräben durch, zog sich dann aber wieder zurück. Die Behauptung im deutschen Heeresbericht, daß starke englische Streitkräfte zurückgeschlagen wurden, ist nicht korrekt.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 3. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom 2. Juni. Westfront: Die feindliche Artillerie beschloß mit einigen Feuerpausen den Kräfteaufschlag von Uezl. Gegen 8 Uhr nachts eröffneten die Deutschen plötzlich ein Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und schossen mit Bombenwerfern und aus schweren und leichten Geschützen auf unsere Stellungen im Abschnitt südlich des Bahnhofes Reuleburg, westlich Jakobstadt. Unter dem Schuge dieses Feuers verließ die feindliche Infanterie dreimal ihre Gräben, wurde aber jedesmal durch unser Feuer wieder in ihre Ausgangsgräben zurückgetrieben, nachdem sie ihre Drahthindernisse überschritten hatte. Gegen 7 Uhr morgens ließ das Feuer bedeutend nach. Vor dem Bahnhof Rigaal (27 Kilometer nördlich Dünaburg) unternahmen unsere Kosaken eine lähne Erkundung auf dem linken Ufer der Dina. Die feindliche Artillerie unterhielt ein gleichmäßiges Feuer auf unsere Stellungen im Abschnitt von Dünaburg. In der Nacht zum 1. Juni griff der Feind nach heftigem Artillerie- und Gewehrfeuer von kurzer Dauer auf unsere Stellungen südlich Smorgon das Dorf Sudow (10 Kilometer südlich Smorgon) an, wurde aber durch unser Gewehr- und Handgranatenfeuer zurückgewiesen. Ein feindliches Flugzeug warf sechs Bomben auf den Bahnhof von Bogdanowa nordöstlich Wileja (10 Kilometer).

Kaukasus: Die Lage ist unverändert.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 2. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Heeresbericht. Die Schlacht zwischen Ujch und Brenta wird immer erbitterter, insbesondere an der Front des Posina-Tales und im Gebiet der Sieben-Gemeinden südlich vom Asa-Tal. Im Lagarina-Tal wurde gestern der heftige Artilleriekampf fortgesetzt. Unsere Batterien stürzten die Bewegungen des Feindes. Im oberen Teile des Brand-Tales unternahmen wir einen Angriff und gewannen Raum. An der Front des Posina-Tales unternahm der Feind in der Nacht auf den 1. Juni heftige und wiederholte Angriffe gegen die Nordhänge der Horni-Alti und in der Richtung auf Duaro (südöstlich von Astero). Diese Angriffe wurden mit ungeheuren Verlusten für den Feind zurückgewiesen. Das schnelle und genaue Feuer unserer Artillerie vervollständigte die Vernichtung der Angriffskolonnen. Am Interrotto richtete der Feind gestern eine starke Beschießung aus zahlreichen Batterien aller Kaliber gegen unsere Linien vom Colle di Como bis zur Rocetta. Am linken Flügel hatte der Feind starke Kräfte zwischen Posina und Busina zusammengezogen und machte blutige, aber vergebliche Anstrengungen, in der Richtung des Monte Spin vorzurücken. Auf dem rechten Flügel schritten starke feindliche Kolonnen nachmittags zu einem heftigen Angriff gegen die Front von Seghe Schiri. Nach einem wütenden Angriff wurden sie aber vollständig zurückgeschlagen. Auf der Hochfläche der Sieben-Gemeinden heftig, erbitterter Kampf längs der Stellungen südlich vom Asa-Tal bis Schleggen (Aßago). Unsere Truppen, die den Gipfel des Monte Engio immer noch in Händen halten, widerstanden den mächtigen und andauernden feindlichen Infanterieangriffen, die von einer äußerst starken Artillerietätigkeit unterstützt waren. Auf dem Abschnitt der Front, der mit der Straße von Schleggen über Galio in das Tal vom Campo Ruso gleichläuft, unternahmen wir gestern nachmittags einen Gegenangriff, der uns trotz der Behinderung durch das heftige feindliche Artilleriefeuer einige Fortschritte ermöglichte. Im Suganeriale ist die Lage unverändert. Am Fiongo beiderseitige Artillerietätigkeit auf den Höhen nordwestlich von Görtz und im Abschnitt von Montafalcone. Feindliche Truppenbewegungen im Bahnhof von Docia Draga wurden durch unser Artilleriefeuer wirksam behindert.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 3. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern:

An der Front keine Nachricht von Bedeutung. An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel keine Veränderung. Im Zentrum wurden die Ortschaft Bakheleu und die Höhen, die nördlich und östlich davon, 50 Kilometer südöstlich von Mamachatum, sowie die Höhe 2650, die in den Mairambergen, 16 Kilometer nordöstlich Mamachatum liegen, von uns besetzt. Auf dem linken Flügel wurden starke feindliche Erkundungsabteilungen durch unsere Erkundungsabteilungen zurückgeschlagen. Westlich von Samos wurde ein Motorboot des Feindes, welches eine Barkasse schleppte, von unserer Artillerie unter Feuer genommen, die Barkasse versenkt und das Motorboot schwer beschädigt und zur Flucht gezwungen. Unsere Flugzeuge führten vor vier Tagen einen glücklichen Angriff aus gegen ein feindliches Lager bei Rumani in der Nähe des Suezkanals und verursachten dort durch Bomben und Maschinengewehre ernstlichen Schaden an Leuten und Tieren.

## Englische Darstellung der Blockade.

London, 3. Juni. (B. L. V.) Das Neuterische Bureau hat aus autoritativer britischer Quelle die folgende Mitteilung über die Wirkung der Blockade erhalten: Was die Wirkung der Blockade anbelangt, so ist es zweifellos, daß sie Deutschland, was die nördlichen Grenzen anbelangt, fast eingeschlossen hält, ob daselbst von den Zugängen durch das Mitteländische Meer und vom Balkan her gelangt werden kann, ist eine andere Sache. Einpaar dieser Ströme stehen offensichtlich nicht unter der Kontrolle der britischen Flotte. Wo diese die Kontrolle ausübt, wird die Blockade streng aufrechterhalten, und es werden keine Schiffe mit Konterbande nach verdächtigen Bestimmungsorten durchgelassen. Es ist klar, daß nicht alle Schiffe, die zur Untersuchung herangezogen werden, zurückgehalten zu werden brauchen, da bei manchen von ihnen festgestellt wird, daß sie keine Konterbande an Bord haben, und andere nur veranlaßt werden, die Konterbande auszuwachen, bevor sie die Reise fortsetzen. In anderen Fällen kann, was technisch Konterbande ist gegebenenfalls an neutrale Länder hindurchgegeben, falls unzweifelhaft gute Gewähr dafür geboten wird, daß der fragliche Artikel nur für den Verbrauch im neutralen Lande bestimmt ist. Jergendein anderes Verfahren als das oben geschilderte, kommt bei der Durchführung der Blockade für die Regierung nicht in Frage; jedes andere Verfahren würde in der Tat eine Auffassung sein, die weder die Alliierten noch die Neutralen verteidigen könnten.

## Amerikas Ausfuhr und Englands Blockade.

„Stockholms Dagblad“ vom 21. Mai schreibt: Die Wirkungen der sogenannten englischen Blockade und der Handelskontrolle, die England immer strenger durchföhrt, kommt in sehr bezeichnender Weise in der Ausfuhrstatistik der Vereinigten Staaten zum Ausdruck. Während die Ausfuhrziffern nach den Verbandsländern ständig steigen, zeigt die Ausfuhr nach dem neutralen Europa auffallenden Rückgang. Im Februar 1916 belief sich die amerikanische Ausfuhr nach den drei skandinavischen Ländern und Holland noch nicht auf die Hälfte im Vergleich zum Februar 1915. Die Zunahme der Ausfuhr nach den Verbandsländern war dagegen riesig. Dies geht aus folgender Zusammenstellung für Februar 1916 und 1915 hervor:

Ausfuhr in 1000 Dollar:		
	1915	1916
Nach den Verbandsländern . . .	202 050	907 936
Deutschland . . . . .	4 920	16
neutralen Ländern . . . . .	50 248	22 847
Davon:		
Nach Schweden . . . . .	18 697	2 440
Norwegen . . . . .	7 804	8 818
Dänemark . . . . .	10 601	4 859
Holland . . . . .	18 051	11 721

Die amerikanische Ausfuhr nach Schweden ist also um 11,25 Millionen Dollar auf 2,45 Millionen Dollar oder fast 85 Proz. gesunken. Für Norwegen betrug die Verringerung etwa 50 Proz., für Dänemark über 50 Proz.

Während der acht Monate Juli bis Februar einschließlich betrug die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten in den beiden letzten Jahren (in Tausenden von Dollar):

	1914/15	1915/16
Nach den Verbandsländern . . .	1 085 299	1 921 848
Deutschland . . . . .	29 705	485
neutralen Ländern . . . . .	105 110	172 274
Davon:		
Nach Schweden . . . . .	47 592	88 941
Norwegen . . . . .	27 491	30 539
Dänemark . . . . .	51 522	88 745
Holland . . . . .	78 505	64 048

Hier treten die Wirkungen der Blockade noch deutlicher hervor. Es ist auffallend, daß Norwegen im letzten Jahre mehr Ware als im Jahre zuvor erhalten hat.

## Amerika und der U-Boot-Krieg.

New York, 3. Juni. (Hunkspruch vom Vertreter des W. T. W.) Der Deutsche Internationale Nachrichtendienst meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat mit einer Untersuchung der Beschuldigung der Mittelmächte begonnen, daß die Alliierten bei ihren Unterseebootoperationen die Befehle der Seekriegsführung in flagranten Weise verletzen.

## Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 2. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. General Smuts meldet: Die stark verschärfte Stellung der Deutschen bei Kilohani am Tanganjika ist am 30. Mai gestärkt und gewonnen worden. Die Verluste sind gering, da die Stellung in unzulänglicher Weise gehalten wurde. Der Feind zog sich auf die Station Mkomazi zurück und sprengte eine Brücke in die Luft. Er ließ seinen Train in unseren Händen. Unsere Kolonnen rücken weiter vor.

## Die Frage eines Ausgleichsfriedens.

Die „Fürcher Post“ vom 27. Mai enthält folgende Zuschrift: In den letzten Apeitagen wurde die Bremer Postbede von der französischen Postbehörde verständigt, daß die Militärgüter eine Sendung des „Bundes der Menschheitsinteressen“ an den Präsidenten Wilson beschlagnahmt habe. Dieselbe enthält die „Menschheit“ und die „Soig de l'Humanité“ vom 16. März mit den von Professor Dr. K. Broda (Wern) stammenden Vorschlägen für einen Ausgleichsfrieden und eine Bitte an die amerikanische Regierung, dieselbe wolle die Vorschläge zum Ausgangspunkt einer Vermittlungsaktion nehmen.

Soeben ist jedoch am Sitze des Bundes für Menschheitsinteressen in Wern ein Schreiben des Staatsdepartements zu Washington eingetroffen, dahingehend, daß die amerikanische Regierung die Vorschläge erhalten habe und in entsprechende Erwägung geben werde. Es scheint also, daß die französische Regierung die auf Beschlagnahme lautende Verfügung der eigenen Zensurbehörde wieder zurückgezogen hat. Seither hat Präsident Wilson bekanntlich auch in seiner Rede zu Charlotte eine solche Aktion in Aussicht gestellt.

Ein weiteres Symptom für das Interesse an der Idee eines Ausgleichsfriedens mag darin erblickt werden, daß dem Bundes für Menschheitsinteressen auch von amtlicher Stelle des Deutschen Reiches ein Dankschreiben für die Ueberreichung seiner Vorschläge zugekommen ist.

Erläuternd mag beigelegt werden, daß dieselben die territorialen Streitfragen durch einen auf die relativ stärksten spezifischen Bedürfnisse jedes Staates aufgebauten Austausch von Zugeständnissen zu lösen suchen und zwecks Sicherung eines Dauerfriedens eine Ausgestaltung des Völkerrechts im einzelnen darlegen und begründen.

## Kriegsdebatte im Unterhaus.

London, 3. Juni. (W. T. W.) Unterhaus. Churchill sagte: Bewunderte Offiziere sollten bis zu ihrer Wiederherstellung indische und afrikanische Sprachen lernen. Die eine ganze Hälfte der britischen Armee stände in England, von der anderen Hälfte nehme wieder nur die eine Hälfte an den Kämpfen in den Schützengräben teil. Das sei ein allzu ungünstiges Verhältnis. Etwa zwei Millionen englischer Soldaten hätten noch keine Kugelpfeile gehört. Churchill empfahl eine gründliche Prüfung dieser Dinge durch eine parlamentarische Kommission. Die Regierung habe mit der Angabe, daß die britische Armee im ganzen fünf Millionen Mann zähle, falsche Vorstellungen erweckt. Gerade diese Ziffer sei die schärfste Kritik an dem geltenden System, denn sie sei außer jedem Verhältnis zu der eigentlichen Gefechtsstärke der Armee. Mit solchen Zahlen mache man den Deutschen keine Angst, und die Franzosen glaubten, England habe noch viel Truppen, die es nicht ins Feld stellen wolle. England mache keine so großen Anstrengungen wie Frankreich. England habe zwar in diesem Kriege mehr getan, als die Verbündeten berechtigt waren zu erwarten, aber von der Armee werde kein genügender Gebrauch gemacht. Mc. Kenna sagte, das Verhältnis der Gesamtstärke und der Gefechtsstärke der Armee sei dasselbe wie bei dem ursprünglichen Expeditionskorps. Man bekomme leicht einen falschen Eindruck, wenn man soviel Soldaten in England sehe, aber der größte Teil bestände erheben aus Reservisten und Rekonvaleszenten und zweitens aus den in der Ausbildung Befindlichen und den Reservisten sowie aus den Truppen, die zur Landesverteidigung bestimmt seien. Man könne darüber streiten, ob die Zahl der letzteren verringert werden könnte, aber deren Zahl war seinerzeit von dem Kriegsamt und der Admiralität vereinbart worden, als Churchill der Erste Lord der Admiralität war. — Generalmajor Herbert beantragte, bei dem Gehalt des Kriegssekretärs einen Witzig von

hundert Pfund Sterling zu beschließen. Die Rede Churchills erklärte den Mangel an Vertrauen, den man gegen Kitcheners Verwaltung des Kriegsamtes habe. Der große Mangel an Erfolg sei die Folge davon, daß man von Anfang an keinen bestimmten Plan gehabt habe. Herbert forderte eine gründliche Untersuchung über die Expedition von Gallipoli. Kitching sagte, er glaube zwar nicht an eine Intervention, aber die Armees zur Landesverteidigung könne nicht vermehrt werden. Die Zahl von fünf Millionen, die er genannt habe, schloße alle Gefallenen und Kriegsbeschädigten ein, es sei die Gesamtstärke von allen Kräften, die England aufgebracht habe. Kitching verteidigte Kitchener. Der Antrag Herbert wurde abgelehnt.

## Die englischen Dienstverweigerer.

Der „Labour Leader“ vom 25. Mai teilt mit, daß die Zahl der verhafteten Dienstverweigerer auf 610 gestiegen ist. Davon sind 116 schon von den Kriegsgerichten verurteilt, 495 sind in Untersuchungshaft.

Kitching hat im Unterhaus zugegeben, daß die „Dienstverweigerer wegen Gewissensbedenken“ in Ketten gelegt und gefesselt worden sind, aber er behauptet, daß dies nur dann geschehen sei, wenn sie gewalttätig wurden oder ihre Kleider zerrissen. Die Wahrheit ist, daß die „Gewalttätigkeit“ darin bestand, daß sie sich nicht gutwillig einließten und in Uniform stecken lassen wollten. Kitching hat weiter bekannt gegeben, daß allen Verurteilten, die zwei Jahre Gefängnis bekommen haben, die Strafe auf 112 Tage herabgesetzt worden ist. Auch sollen alle Urteile revidiert werden.

Daß die kriegsfeindliche Strömung in der Armee zunimmt, teilt ein Brief an den „Labour Leader“ mit. Der Schreiber berichtet, daß im Lager alle Soldaten in den Baracken in der Nacht die „Kote Fahne“ singen.

Die englische Tagespresse hat in der vorigen Woche an einem Tag ungefähr gleichlautende Berichte gebracht, die das Leben des „Korps der Nicht-Kombattanten“ hinter der Front in Frankreich in recht idyllischem Licht schilderten. Der „Labour Leader“ macht nun darauf aufmerksam, daß diese Berichte auf Täuschung des Publikums berechnet waren, das nicht weiß, daß zwischen den absoluten „Conscientious Objectors“, die aus Gewissensgründen jegliche Dienstleistung für die Armee verweigern und den Nichtkombattanten unterschieden werden muß, die von den Gerichten ein Zertifikat bekommen haben, das sie vom Kampfdienst enthebt. Auch die „Nichtkombattanten“ haben es nicht so gut, wie die gefälligen Journalisten sagen, aber für sie besteht nicht die Gefahr wie für die absoluten Dienstverweigerer — es sind bisher 17, die nach Frankreich geschickt worden sind und 27 anderen ist dasselbe Los angekündigt worden — die wegen Dienstverweigerung vor dem Feind von neuem vor das Kriegsgericht kommen können. Zwar hat Long im Namen der Regierung im Unterhaus zugesagt, daß keiner von ihnen erschossen werden werde, aber der „Labour Leader“ findet seine Erklärung nicht bestimmt genug, um befriedigend zu sein und fragt, was man mit dem Transport weiterer Dienstverweigerer nach Frankreich bezwecke. Eine Lösung der Frage sei unumgänglich und ihre Grundlage müsse sein, daß der „nichtkombattante“ Dienst nur denjenigen auferlegt werden dürfe, die sich ihm unterziehen wollen und daß die Jurisdiktion in allen Fällen von Dienstverweigerung aus Gewissensgründen den bürgerlichen Gerichten zufalle.

## Negereinfuhr in England?

Im „Manchester Guardian“ wendet sich ein Kenner afrikanischer Verhältnisse gegen die vorgeschlagene Verwendung von Negersoldaten an der Front, von der er wegen der Schwierigkeiten der Ausbildung abträt, er meint aber, daß die 250 000 Aufseher, Stau-Innechte usw., die hinter der Front bleiben, leicht durch Schwarze ersetzt werden könnten. Und noch eine Verwendung sieht er für die Negersoldaten vor: er sagt nämlich, daß viele als Schiffbauarbeiter ausgezeichnete Dienste leisten und englische Hafenarbeiter für den Seeresdienst freimachen könnten. Da werden aber wohl die englischen Arbeiter ein Wörtchen drein reden.

## Lohnbewegung in Lancastershire.

Die „Times“ vom 27. Mai berichtet: In Manchester hatten 100 000 Baumwollspinner eine Lohnerböhung von 10 Proz. beantragt. Die Arbeitgeber boten daraufhin eine Erhöhung um 6 Proz. an unter der Bedingung, daß die Löhne für die nächsten zwei Jahre unverändert bleiben sollten und daß spätere Veränderungen immer nur mit Zwischenräumen von zwei Jahren während der nächsten zehn Jahre vorgenommen werden könnten und unter keinen Umständen im Einzelnen die Höhe von 5 Proz. überschreiten dürften. Dieses Angebot wurde abgelehnt, und sollte bis zur nächsten Woche kein neues Angebot der Arbeitgeber erfolgen, so wird der Streik neu angekündigt werden.

Nach der Darstellung der „Morning Post“ vom 27. Mai liegt die Sache so, daß die Spinner das Angebot ablehnten, während die Kammer und Weber eine Frist zur Erwägung forderten.

## Ein Protest gegen den Sozialpatriotismus in Rußland.

Eine Anzahl hervorragender Theoretiker und Praktiker der „menschewistischen“ Richtung der russischen Sozialdemokratie, wie Paul Axelrod, A. Martow, A. Marichnow, B. Dan, J. Peretelli (Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der 2. Duma) u. a. veröffentlichten im Arbeiterblatt „Kasch Solos“ (Samara) einen Protest gegen die sozialpatriotische Propaganda, zu der sich elf Genossen derselben Richtung vor einigen Monaten im Sammelbuch „Samofaschtschita“ (Selbstverteidigung) zusammengeschlossen haben. (Eine ausführliche Besprechung dieses Buches siehe „Neue Zeit“ XXXIV, 2, Heft 3.) Die Unterzeichnerten lehnen jede Gemeinschaft mit den in dieser Schrift propagierten Ideen und jede Verantwortlichkeit für sie ab und fahnen dann fort:

„Die Verfasser des erwähnten Petersburger Sammelbuches sind bestrebt, gerade die Rückstandsmomente der Arbeiterbewegung, deren Vankern in der jetzigen Krise offensichtlich geworden ist, zu erhalten und mit dem Marxismus organisch zu vereinigen. Diese Rückstandsmomente verwandeln sich in ein direktes Hindernis für das Bestehen der marxistischen Demokratie als einer aktiven Weltkraft. Für die russische Arbeiterdemokratie würde ein Erfolg der Propaganda des erwähnten Sammelbuches die Schwächung des ohnehin in unentwickeltem Zustande befindlichen Bewußtseins ihres Zusammenhanges mit der Weltdemokratie bedeuten und auch die Verwirklichung ihrer besonderen geschichtlichen Aufgabe in Rußland verhängnisvoll beeinflussen.“

Der Versuch der Begründung dieses seinem Wesen nach reaktionär-reaktionären Ideenkreises erscheint in dem erwähnten Sammelbuch um dieselbe Zeit, wo überall bereits die Erkenntnis seiner schädlichen Wirkungen durchgebrungen ist und allerorts der Prozeß eines neuen Ideenauflösunges und einer Ideenregeneration begonnen hat, ein Prozeß des Zusammenschlusses und die unergänzlichen Elemente des Marxismus.“

Mit aller Entschiedenheit protestieren die Verfasser der Erklärung gegen die Versuche der Sozialpatrioten, die sozialdemokratische Dumafraktion auf einen andern Weg zu drängen:

„Mit aller Energie wenden wir uns gegen die Versuche, die Dumafraktion von dem richtigen Wege abzudrängen, den sie bisher innegehalten hat. Diesen Versuchen muß von seiten der Kollektivmeinung der russischen Marxisten ein erster Widerstand gegenübergestellt werden; es ist notwendig, daß die Dumafraktion

durch Zustimmung- und Solidaritätserklärungen ideell unterstützt wird.“

Nicht bezeichnend für die von uns bereits gekennzeichnete Krise im Lager der „Menschewiki“ ist der scharfe Protest der eigentlichen Führer dieser Richtung gegen den Ideenwettbewerb, den die Sozialpatrioten in die Bewegung hineingetragen haben:

„Gegen den Kreis der Ideen, die in dem erwähnten Sammelbuch ihren Ausdruck gefunden haben, protestieren wir im Namen der unerschütterlichen Grundzüge des Marxismus und der ideoellen Traditionen der „menschewistischen“ Richtung.“

Für uns war der „Menschewismus“ stets nur die praktische Anwendung der Grundzüge des Marxismus in dem eigenartigen geschichtlichen Milieu Rußlands; — außerhalb dieser Grundzüge würde er seine Existenzberechtigung verlieren. Wir wissen, daß es erst später möglich sein wird, endgültige Folgerungen aus der Tatsache des Ideenwettbewerbs in einem Teile der „menschewistischen“ Lagers zu ziehen, und zwar wenn die Stellung dieses Teiles ihren vollenenden Ausdruck gefunden haben wird und die äußeren Verhältnisse den breiten Massen gestatten werden, bewußt zwischen zwei Wegen zu wählen.“

Zum Schluß werden die Genossen aufgefordert, sich zu diesem Protest zu äußern, ohne jedoch die bereits nicht mehr bestehende Einheit der Richtung zu kompromittieren und ohne den Versuch zu machen, die wirkliche Tiefe der Meinungsverschiedenheiten zu verflüssern.

Die Redaktion des „Kasch Solos“ stimmt diesem Protest insofern zu, als sie ihn, bei aller Notwendigkeit, die Ideen des erwähnten Sammelbuches zu kritisieren, nicht gegen diesen „Ideenkreis“, sondern gegen die organisatorische Absonderung und die Handlungen der Mitarbeiter der sozialpatriotischen Programmschrift zu richten wünscht. Sie gibt selber zu, daß die Meinungsverschiedenheiten, die bereits in die breiten Kreise der Arbeiterschaft gedrungen sind, zurzeit vielleicht noch tiefer gehen, als die Verfasser des wiedergegebenen Protestes annehmen, und daß infolgedessen eine völlig neue Gruppierung in der Arbeiterbewegung sich anbahnt. Trotzdem hält sie es zurzeit nicht für opportun, diese Gruppierung durch Proteste und Gegenproteste zu beschleunigen. Die weitere Entwicklung jedoch dürfte die Redaktion des Samorazar Blattes, das in den letzten Monaten von den Ereignissen mehr und mehr zu größerer Klarheit und Folgerichtigkeit gedrängt worden ist, davon überzeugen, daß das offene Aussprechen dessen, was ist, für die Ueberwindung der jetzigen Krise und die Zukunft der Arbeiterbewegung wichtiger ist als das Vertuschen der Gegensätze im Namen einer nur nominell bestehenden Einheit.

## Die ergänzende amerikanische Marinevorlage.

Washington, 2. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die ergänzende Marinevorlage, die den Bau von 50 Schlachtkreuzern, 4 Aufklärungskreuzern, 10 Zerstörern, 50 Unterseebooten und 180 Aero-Planen vorsieht, wurde vom Repräsentantenhaus angenommen.

## Die Vorgänge in China.

Beikin, 3. Juni. (W. T. W.) Ein der chinesischen Gesandtschaft zugegangenes Telegramm besagt: In der Provinz Konferenz haben die Abgeordneten der 17 beteiligten Provinzen beschlossen: 1. der Zentralregierung beizustehen, 2. das Parlament schnellmöglich zu eröffnen, 3. dahin wirken zu wollen, daß die Unabhängigkeitserklärung der Sübprovinzen rückgängig gemacht wird, 4. dies sogar mit Waffengewalt zu erzwingen, falls sich die Sübprovinzen dieser Wiedervereinigung widersetzen, und 5. Abgaben wie bisher an die Zentralleitung abzuführen.

Die Sübprovinzen, die sich bis jetzt noch nicht an der Konferenz beteiligt haben, werden durch General Fong telegraphisch aufgefordert, sofort Abgeordnete zur Konferenz abzusenden.

## Die Internierten in der Schweiz.

Es herrscht da und dort Unsicherheit über die Frage, ob die in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen nach ihrer Heilung wieder in die französischen Lager zurücktransportiert werden. Wie und mitgeteilt wird, ist dem nicht der Fall, da die Gefangenen nach ihrer Heilung bis zum Kriegsende in der Schweiz verbleiben, also nicht mehr nach Frankreich zurück bebracht werden. Den Verwandten ist auch gestattet, die in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen zu besuchen. (z)

## Letzte Nachrichten.

### Gerettete aus der Seeschlacht.

London, 3. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der dänische Dampfer „Bidar“ landete in Hull sechs Ueberlebende des Kriegsschiffes „Scharl“, der einer von den drei Zerstörern ist, die vernichtet wurden. „Bidar“ sah den „Scharl“ in Brand und nahm die Ueberlebenden auf.

London, 3. Juni. (W. T. W.) Amtlich. Vier Seeladetten des Schiffes „Queen Mary“ wurden gerettet, alle anderen Offiziere sind verloren. Der Kommandant des Schiffes „Invincible“ und ein Leutnant wurden gerettet; alle anderen sind verloren. Alle Offiziere der Schiffe „Indefatigable“, „Defence“, „Vlad Prince“ sind verloren. Alle Offiziere des Schiffes „Warrior“ wurden gerettet.

### Vom U-Bootkrieg.

London, 3. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Dampfer „Elmerlowe“ (3015 Tonnen) und „Volconda“ (5874 Tonnen) sind versenkt worden.

### Die geretteten Deutschen werden nicht interniert.

Haag, 3. Juni. (W. T. W.) Das Marineministerium teilt amtlich mit, daß den schiffbrüchigen Deutschen und dem englischen Marinearzt, die mit dem Dampfratler „Berta“ in Imuiden angekommen sind, gestattet wurde, nach der Heimat zurückzufahren. Bezüglich der Geretteten vom Kreuzer „Frauenlob“ wurde noch keine Entscheidung getroffen.

### Beschlagnahme holländische Post.

Haag, 3. Juni. (W. T. W.) Die Post des von Amsterdam nach Indien ausgefahrenen Dampfers „Roepat“ mußte in England zurückgelassen werden.

### Die Bulgaren auf griechischem Gebiet.

Amsterdam, 3. Juni. (W. T. W.) Einem hiesigen Blatte zufolge erfährt die „Times“ aus Saloniki, daß das Fort Pheopetra von den Bulgaren besetzt wurde. Die Station Demitshisar ist jetzt von den Griechen und Bulgaren gemeinsam besetzt. Eine Kompagnie Bulgaren ist dort stationiert, und die griechische Garnison ist noch nicht abgerufen. Am Donnerstag warfen französische Flugzeuge Bomben auf die bulgarische Stadt Florio Lagos an der Ägäischen Küste ab. Gestern wurden Bomben auf Beirut abgeworfen. Im Abschnitt von Geogheli und Dojean fanden bei Regardans kleinere Gefechte statt. An den übrigen Teilen der Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Gutarbeiterverband im Jahre 1915.

Die Gutindustrie ist von den Folgen des Krieges hart betroffen worden. Wegen der Kriegszeit im Jahre 1914 ist im Jahre 1915 zwar die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 50 auf 29 Proz. aller Mitglieder gefallen. Der Abnahme der Arbeitslosigkeit steht aber keine Zunahme der Beschäftigten gegenüber. Seit dem 1. Juli 1914 bis Jahreschluss 1915 ist die Zahl der in der Gut- und Filzwareindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen von 25 000 auf 14 000 gesunken. Den verhältnismäßig stärksten Rückgang hat infolge Wollmangel und Wollentziehung die Wollindustrie erlitten; die Zahl der Beschäftigten ist von 7400 auf 2900 zurückgegangen. Trotz der Verminderung des Personals war die Arbeitslosigkeit, namentlich in der Strohhutindustrie, sehr groß. Auf 15 406 Arbeitslosigkeitfälle kommen 696 483 Tage Arbeitslosigkeit, die bei der ungeheuerlichen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse für die Arbeitslosen um so fühlbarer werden.

Die Unmöglichkeit, das notleidende Arbeitslosenheer über das Statut hinaus unterstützen zu können, die Notwendigkeit für die Erhöhung des Verdienstes einzutreten und den möglichst ungeschwächten Fortbestand der Organisation zu sichern, bestimmten die Tätigkeit des Verbandes. Ungeachtet der Schwierigkeiten, die in der Gewinnung und in der Erhaltung der Mitglieder zu überwinden waren, trat nur ein Verlust von 143 weiblichen Mitgliedern ein. Die Zahl der Mitglieder sank von 9437 auf 8031.

An den Bewegungen zur Erlangung von Teuerungszulagen waren 4607 Mitglieder beteiligt, erreicht wurden Lohnzulagen im Betrage von 7883 M. die Woche. In den Abwehrbewegungen, die sich hauptsächlich gegen die Erhöhung der Zwirnpreise für die Strohhutmäherinnen richteten, waren 5055 Personen beteiligt, für sie wurde eine Verdienstverminderung von 12 135 M. die Woche abgewehrt. Als burgfriedliches Kuriosum sei erwähnt: Unternehmer, die ihre Warenpreise erhöhten, entrüsteten sich darüber, daß die Arbeiter in „der Zeit“ Lohnzulagen verlangen.

Ein Versuch, die Arbeitslosigkeit durch das Strecken der Arbeit zu bekämpfen, schlug fehl. Ein Antrag an die zuständige Reichsbehörde, während des Krieges, besonders in der Strohhutindustrie, alle Heber-, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verbieten, fand nach fünf Monaten, als die Arbeitszeitbeschränkung durch die Wollentziehung und den Saisonstopp fast gegenstandslos geworden, seine Erledigung mit dem Bescheide: Das Verbot schade den Arbeitern mehr als es nütze. Die Gutarbeiter werden nach wie vor die Heber-, Nacht- und Sonntagsarbeit energisch bekämpfen.

Erfolgreich waren die Bemühungen, für die infolge Wollentziehung arbeitslos oder mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Wollarbeiter und Arbeiterinnen Sonder- und Erwerbslosenfürsorge zu erlangen. Wertvoll ist diese Fürsorge namentlich in den Gemeinden, die sich seither um die Arbeitslosen nicht gekümmert haben. Zur Milderung des Arbeitsloseneleuds erhöhte der Verband die reduzierte Arbeitslosenunterstützung und führte die 1914 aufgehobene Unterstützung wieder ein. Auch für die Militärentlassenen ist etwas vorgeplant. Die Einnahmen des Verbandes und seiner Ämter bezifferten sich insgesamt auf 194 537 M., die Ausgaben auf 169 525 M. Hieron entfielen rund 84 000 M. auf Unterstützungen an Arbeitslose, Umziehende, Kranke, Sterbefälle, Kriegs-, Weihnacht-, Notfall- und Jubiläenunterstützung. An Massenbesuchen blieb als Vortrag 825 885 M.

Bei dem nun auch in der Strohhutindustrie fühlbar werdenden Mangel an Rohmaterial sind die Aussichten für die kommende Zeit trübe. Als Hoffnungsterne bleibt die Organisation, die Solidarität der Arbeiter und der heisse Wunsch: daß die Ursache der Misere beseitigt werde, damit nun endlich wieder Kulturarbeit geleistet werde und der Aufstieg der Arbeiterklasse sich weiter vollziehen kann.

## Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

In den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen ist nach dem Bericht des „Gewerksvereins“ die Zahl der Mitglieder, die im ersten Kriegsjahr um nahezu 29 000 auf 77 749 gesunken war, weiter auf 61 068 zurückgegangen. Der Verlust im Jahre 1915 beträgt 16 683, so daß die Gewerksvereine im ganzen 45 532 Mitglieder weniger haben als bei Ausbruch des Krieges. Ebenso ist die Zahl der Ortsvereine erheblich geringer geworden. Im Jahre 1914 waren 145 Ortsvereine eingegangen. Diese Zahl erhöht sich um weitere 138, so daß im ganzen eine Einbuße von 283 Ortsvereinen zu verzeichnen ist und die Zahl der Vereine sich auf 1859 beläuft.

Wesentlich günstiger haben sich die finanziellen Verhältnisse im Jahre 1915 gehalten. Die Summe der Einnahmen belief sich im Gesamtverbande auf 1 809 825,95 M. gegen 2 545 047,88 M. im Jahre 1914. Es sind also 645 221,43 M. weniger als im Vorjahre vereinnahmt worden. Gegen das Jahr 1913 beläuft sich die Mindereinnahme sogar auf 967 065,63 M. Die Gesamtausgaben betragen 1 858 668,09 M. Es ist also Mehreinnahme von 41 157,28 Mark zu verzeichnen.

Im Vermögensbestande der Deutschen Gewerksvereine war im Jahre 1914 ein Rückgang eingetreten. Diesmal kann wieder ein Zuwachs festgestellt werden, der so hoch ist, daß der vorjährige Rückgang beinahe wieder wettgemacht ist. In den Hauptklassen der Gewerksvereine stieg das Vermögen von 1 222 726,11 M. im Jahre 1914 auf 1 522 325,73 M. Das Vermögen der Lokalkassen weist auch in diesem Jahre wegen der zahlreichen Unterstützungen einen weiteren kleinen Rückgang auf, nämlich von 105 812,67 M. auf 179 808,01 M. Das Vermögen der Krankenkassen ist von 1 258 523,04 M. auf 1 304 441,23 M. und das der Begräbniskassen von 1 379 861,09 auf 1 448 012,38 M. gestiegen. Das Gesamtvermögen der Deutschen Gewerksvereine betrug Ende 1915 4 452 647,35 Mark gegen 4 056 923,51 M. Die Zunahme beläuft sich also auf 395 723,84 M. Gegen das Jahr 1913 bedeutet demnach der Rückgang nur noch 18 000 M.

## Ausland.

### Die Finanzen des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes.

Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband hatte im Jahre 1915 Einnahmen von 559 033,74 Fr. (1914: 405 943,85 Fr. und 1913: 547 069,58 Fr.) und Ausgaben von 704 804,54 Fr. (1914: 406 800,34 Fr. und 1913: 405 770,03 Fr.). Im Vergleich mit den beiden Vorjahren waren sowohl die Einnahmen als die Ausgaben im Berichtsjahre höher, was aber mit der Verschmelzung der beiden Verbände der Metall- und Uhrenarbeiter zusammenhängt. Von den Ausgaben seien 197 083,65 Fr. (1914: 166 203,49 Fr., 1913: 189 899,41 Fr.) für Krankenunterstützung und in Todesfällen, 46 292,40 Fr. (30 083,40 Fr. und 54 369,15 Fr.) für Arbeitslosenunterstützung, (825,05 Fr. (28 192,40 und 14 498,50 Fr.) für Streikunterstützung erwähnt. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1915 885 221 Fr., um 148 770 Fr. weniger als Ende 1914. Mit dem Reservefonds der Krankenkasse und dem Vermögen der Sektionen ergibt sich ein gesamtter Vermögensbestand von rund 800 000 Fr. Bei der Verschmelzung mit den Uhrenarbeitern brachte der Metallarbeiterverband ein Opfer von 270 000 Fr., indem er auf sein größeres Guthaben verzichtete und auch noch die anderen Passiven des Uhrenarbeiterverbandes übernahm. Eine glänzende Opferfähigkeit proletarischer Solidarität!

## Aus Industrie und Handel.

### Der Zusammenschluß in der chemischen Industrie.

Die in der Generalversammlung der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Leverkusen bei Köln, über den Zusammenschluß vom Vorsitzenden, Geheimrat Dr. v. Voettinger, abgegebene Erklärung lautet: In den Zeitungen ist schon bekanntgegeben worden, daß zwischen unserer Interessengemeinschaft, nämlich der

Badischen Anilin- und Sodafabrik, unserer Firma und der Alkylgesellschaft für Anilinfabrikation einerseits, dem aus den Farbenwerken vorm. Meister Lucius u. Brüning, Leopold Cassella u. Co. G. m. b. H. und Kalle u. Co., A. G. bestehenden Dreierbunde andererseits, sowie den Chemischen Fabriken vorm. Meister ter Meer und nachträglich auch noch der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron Verhandlungen über die Bildung einer erweiterten Interessengemeinschaft stattgefunden haben. Die Interessengemeinschaft soll am 1. Januar 1916 beginnen und auf fünfzig Jahre abgeschlossen werden. Nur die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron wird für den Gewinnausgleich erst mit dem 1. Januar 1917 der Gemeinschaft beitreten. Wie schon in unserem bisherigen Verhältnis zu der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Alkylgesellschaft der Anilinfabrikation soll auch künftig in der erweiterten Interessengemeinschaft die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit der einzelnen Firmen gewahrt bleiben. Im übrigen ist aber ein enges Zusammenarbeiten der einzelnen Firmen, vor allem ein reger Austausch der Fabrikationsverfahren beabsichtigt. Den Verhandlungen haben nach einseitigen Grundfragen aufgemachte Gewinnberechnungen als Unterlage gedient. Die auch künftig nach diesen Grundfragen zu berechnenden Gewinne werden zusammengevorfen und nach einem bestimmten Schlüssel unter die Gesellschaften verteilt. Nur bei einzelnen Firmen bleiben für eine vereinbarte Uebergangszeit die Ergebnisse gewisser Sondergebiete von der allgemeinen Verteilung noch ausgeschlossen. Infolge der Quote Ludwigshafener Uebergangszeit der Gewinnbeteiligung soll für die ersten 10 Jahre 24,82 Proz., für die spätere Zeit 25,02 Proz. betragen. Die Quote Berlins entspricht unserer und der Ludwigshafener Quote im Verhältnis unseres alten Verteilungsschlüssels 43 : 43 : 14. — Unserer alten Interessengemeinschaft bleiben für die erwähnte Uebergangszeit die Gewinne aus dem von Ludwigshafen neueröffneten Gebiet der Herstellung von synthetischem Ammoniak und daraus zur Erzeugung gelangenden anorganischen Stickstoffprodukten als Sondergewinne vorbehalten. Der alte Interessengemeinschaftsvertrag muß während der Dauer der neuen Interessengemeinschaft natürlich außer Kraft treten, soweit er mit den Bestimmungen der neuen Interessengemeinschaft im Widerspruch steht. Es sollen aber, nachdem innerhalb der neuen Interessengemeinschaft die Gewinne ausreichten, die auf die drei Firmen der alten Interessengemeinschaft entfallenden Gewinne unter diese jeweils nach dem alten Interessengemeinschaftsvertrag verteilt werden. Deshalb soll der alte Vertrag, um mit dem neuen zeitlich übereinzustimmen, um 10 Jahre, also bis zum 31. Dezember 1905 verlängert werden.

### Goldüberfluß in Norwegen.

Die „Baster Nationalzeitung“ vom 27. Mai läßt sich aus Kristiania vom 24. Mai melden:

„Die Regierung stellt fest, daß die norwegische Staatsbank am 15. Mai einen Goldvorrat von 223 Millionen Kronen hatte, während das im Umlauf sich befindende Papiergeld nur 214 Millionen beträgt.“

Nun besteht also die eigentümliche Tatsache, daß die Goldhods mit 9 Millionen Kronen den Betrag des zirkulierenden Papiergeldes übersteigen. Während der letzten Woche allein hat die Goldaufuhr um 16 Millionen Kronen zugenommen; während der gleichen Zeit ist das zirkulierende Papiergeld um 2 Millionen Kronen zurückgegangen. Daß die Bank einen größeren Goldvorrat hat als das zirkulierende Papiergeld beträgt, ist ein Phänomen in der nordischen Finanzgeschichte, speziell deshalb, weil die Papiergeldhods gegenwärtig einen doppelt so großen Betrag als vor dem Kriege ausmachten.“

Die „Morning-Post“ vom 26. Mai entnimmt der Zeitschrift „La Cote Européenne“ die Tatsache, daß die Depositen in 46 norwegischen Banken zum erstenmal in ihrer Geschichte 1 Milliarde Kronen überschritten haben. Die Guthaben dieser Banken im Ausland beliefen sich nach Abzug der Verbindlichkeiten auf nicht weniger als 48 500 000 Kronen gegenüber 27 000 000 Kronen am 1. April 1915.

# A-WERTHEIM

G. m. b. H.

## Damenwäsche

Taghemden auf Battel m. Sticker-An- und -Einsatz ..... 2.25

### Garnituren

Taghemd. mit Sticker-An- u. Einsatz } 3.40 } 5 M. } 5.35

Beinkleider } 3.25 } 4.15 } 5.31

Nachthemd. 6 M. } 8 M. } 8.75

Beinkleider mit Sticker-Volant ..... 2.50 bis 3.50

Rockbeinkleider mit verjüngt. Stickeren, Ein- und Ausb. .... 6.75

Nachthemden m. Umlegekragen, mit Sticker-Volant ..... 7.15 7.75

Nachthemden halst. mit Sticker ..... 4.90 6.50

Nachtjacken mit Sticker ..... 3.25

Weißer Röcke mit Sticker-Volant ..... 4.90 bis 19.50

Untertailen m. Sticker-Vorderstück ..... 1.95 2.35

Untertailen m. Sticker, Rückenschluß ..... 2 M. 3.35

## Weißwaren

Nackenrüsche am großen Battel ..... 65 Pf.

Faltenkragen aus gesticktem Battel, gestoppt ..... 85 Pf.

Nackenrüsche aus Battel mit Hohlsaum ..... 1.20

Nackenrüsche aus gesticktem Battel mit Karo ..... 1.85

Pelerinenkragen am Hals, mit gestickter Nackenrüsche und Bandschleife ..... 1.65

Matrosen-Hüte mit Band garniert, in neuesten Formen ..... 1.90 2.50 3.50 4.25

Filzhüte weiche, m. Band- od. Lohcarnitur ..... 6.75 9.75

Große Rundhüte mit Blumengarnitur ..... 8.75 10.75

Tagalrundhut mit Strohhutkranz ..... 15.75

Tagal-Rundhut mit Phantasiezierkranz ..... 18.50

Kirschluff ..... 18, 25 Pf.

Hyazinthenluff ..... 28 Pf.

Balistrosepikets 3-fach ..... 50 Pf.

Stielrose schön, aus Seide mit Battel ..... 65 Pf.

Balist - Kamelie gest. farbig ..... 90 Pf.

Elegante Ranken komplette Garnituren ..... 95 Pf. 1.90 3.25

Atlas-Aster mit Laub ..... 75 Pf.

Phantasieflügel in neuen Formen ..... 1.10 1.25 1.75

Weißer Waschseide für Blusen und Kleider 90 cm breit ... Meter 7.90

## Damen-Kleider

Kleid aus breitgestreifl. Schleiesterstoff, Taille mit Fichugarnitur aus weißem Voile, mit Rüschen u. Hohlsäumen, Sambandgürtel, Rock gezogen mit Volantgarnitur ..... 29 M.

Kleid aus weißem Schleiesterstoff, Taille und Rock reich mit Handstickerei, Seidenband, Hohlsäumen und Volants garniert ..... 37 M.

Kleid aus buntem Schleiesterstoff mit Klappen und Armelgarnitur aus weißem Voile mit Spitzen-Kantchen, Knöpfen und Sambandgürtel ..... 38 M.

Kleid aus weißem Schleiesterstoff, Taille und Rock mit bunter Handstickerei in bulgarischem Geschmack, sowie mit Sticker-einsätzen und Stufen garniert ..... 45 M.

Kleid aus gebütem Schleiesterstoff im Biedermeier-Geschmack gehalten, mit breitem Tällschu, Taffelenden, Volants und Blumen garniert ..... 75 M.

Taffet-Kleid, Taille aus gebütem Nimon-Lieberzug u. weißer Tüllgar. itur, moderner an krauster Rock ..... 79 M.

## Waschblusen

Mull-Bluse reich mit Sticker garniert ..... 2.90

Voile-Bluse gestickt, in verschiedenen Mustern ..... 4.90

Mull-Bluse gepunkt. mit großem Revers ..... 7.75

Voile-Bluse mit Handstickerei, Dreiviertel-Armel ..... 8.75

Voile-Bluse mit Handstickerei ..... 9.25

Voile-Bluse mit Handstickerei, Armel ..... 9.75

Schriftliche Bestellungen an die Versand-Abteilung Berlin W 66 erbeten

Heute Sonntag sind unsere Geschäftshäuser Leipziger u. Königstraße geschlossen, Rosenthaler Str. u. Moritzplatz von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

## Gardinen

Gewebe Künstler-Gardinen 2 Schals, 1 Querbehg., Fenster 9 M. 14 M.

Gewebe Stores u. 3.35 5.50

Erbstüll-Storess. 7.25 10.25

Erbstüll-Halbst. 8.75 12.50

Erbstüll-Künstler-Garnituren 2 Schals, 1 Querbehg., Fenst. 11.50 16.50

Etamine-Künstler-Garnituren farbig, 2 Schals, 1 Querbehg. Fenster 14 M. 16 M.

## Bettdecken

Tüll-Bettdeck. gewebt, 1. Bett, St. 3.75 5.50

Tüll-Bettdeck gewebt, 1. Bett, St. 7.50 10 M.

Erbstüll-Bettdeck. 1.18. St. 7.50 9 M.

Erbstüll-Bettdeck 1.28. St. 12 M 17 M

## Schirme

### Sonnenschirme

Weiß-Balist best. .... 5.90

Seide einfarbig, mit Futteral ..... 6.75

Weiß-Balist mit Stickerkante ..... 8.75

Seide einfarbig, mit Futteral und Malakka-Rohrgrill ..... 8.75

Seide moderne Bogenform mit Rüschen ..... 13.50 15.75

### Regenschirme für Damen und Herren

Baumwollstoff mit Futteral ..... 3.90

Gloriaside mit Futteral ..... 6.25

Halbseide m. Futteral, extra dünn ..... 9.75

Reichstag.

58. Sitzung. Sonnabend, den 3. Juni 1916, vormittags 10 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Helfferich. Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Erhöhung der Tabakabgaben wird fortgesetzt.

Abg. Henke (Soz. Arb.):

Ueber das, was die Industrie unter der neuen Tabakbesteuerung zu leiden haben wird, geht man hier mit einer gewissen Sorglosigkeit fort. Wenn einig Verständnis für die Lage der Tabakindustrie und Tabakarbeiter herrschte, so würde man diese Vorlage, die die Kernstoffe der Arbeiter trifft, sicher fallen lassen. Wenn nach dem Krieg das Heer als Auftraggeber wegfällt, wird ein starker Rückgang der Produktion eintreten; das wird zu Arbeitslosigkeit und zur Vernichtung zahlreicher Existenzen, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Händlern führen. Selbst Herr Gothein beklagt im „Tageblatt“ diese Steuervollzieher, die zugleich so kurzfristig ist, daß sie nicht einmal der Sozialdemokratie, ganz abgesehen von der Arbeitergemeinschaft die Mitarbeit ermöglicht. Wir sind sicher, daß die bürgerlichen Parteien sich zusammenfinden werden, um die notwendigen Kosten zu bewilligen, aber hüten werden sie sich, diese Kosten aus den Taschen der Besitzenden zu bewilligen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Man weist darauf hin, daß die direkten Steuern stärker gewachsen sind als die indirekten. Aber weit stärker sind die Einkommen und Vermögen der Besitzenden gestiegen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Welche Gefühle muß die Vorlage bei den Tabakarbeitern und Händlern hervorrufen, die im Schützengraben täglich bereit sind, ihr Leben hinzugeben! Die Folge dieser Vorlage muß eine Summe von glühendem Haß sein. (Zustimmung bei der Soz. Arb.) Zu Anfang des Krieges rief Mohr nach den Besitzenden zu, wenn sie nicht bereit seien, Opfer zu bringen zugunsten der Festen und Armen, so stehe der günstige Ausgang des Krieges sehr dahin. Man hat hier beantragt, die großen Heber wegen ihrer starken Einbußen infolge des Krieges zu entschuldigen. An eine Hilfe aber für die Tabakarbeiter und Tabakhändler für ihre Einbuße denkt niemand. Wer eine solche Gesetzgebung mitmacht, der muß gar kein Gewissen haben. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Solche Gesetzgebung, die auf ein Aufgeben unserer Grundzüge hinauslaufen würde, können wir nicht mitmachen. Herr Wasserstrom sprach von einer nationalen Tat, die mit dieser Gesetzgebung vollbracht werde. Wäre das wirklich der Fall, so müßte es mit dem nationalen Gedanken sehr schlecht bestellt sein. Die Lebenshaltung ist dauernd teurer geworden, weit mehr als die geringe Steigerung der Löhne der Tabakarbeiter ausmacht. (Im Saal herrscht infolge der Unterhaltung der Abgeordneten große Unruhe, so daß der Redner schwer zu verstehen ist. Präsident Dr. Kaempf bittet um Ruhe.) Diese Unruhe ist der beste Beweis für die Interessellosigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber den Tabakarbeitern. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.)

Auch die Hausindustrie ist in der Tabakindustrie stark vertreten. 6, 7, 8 Stunden arbeiten hier Kinder noch außer der Schulzeit. Während in der übrigen Hausindustrie die Kinderarbeit abnimmt, nimmt sie in der Tabakindustrie zu. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Ebenso steht es mit der Frauarbeit, die auch eine starke Säuglingssterblichkeit mit sich bringt. Gerade jetzt wäre eine besondere Fürsorge für die Säuglinge nötig, im allgemeinen Volksinteresse, meinetwegen auch im nationalen Interesse. Statt dessen macht man Gesetze, durch die die Säuglingssterblichkeit vermehrt werden muß. Auch die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht ist unter den Tabakarbeitern am größten.

Man hat sich für die Vorlage auf Eingaben der Interessenten berufen. Man hatte ihnen aber verboten, irgend etwas Aufreizendes in den Eingaben zu sagen, vor allen Dingen nichts, was zum Klassenhaß aufreize. Aber auch wenn wir gar nichts sagen, muß diese Vorlage zum Klassenhaß aufreizen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Die Taten der bürgerlichen Abgeordneten sind eben anders als ihre Versprechungen an die Wähler.

Man will mit dieser Vorlage auch den deutschen Tabakbauern schaden. Es würde sicherlich nichts schaden, wenn die Tabakbauern ihr Land lieber mit Feldfrüchten bestellten. Den deutschen Tabak zu rauchen, dazu gehört eine große nationale Aufopferungsfähigkeit. (Große Heiterkeit.) Die Wohlhabenden rauchen ihn auch nicht, wenigstens nicht mit Bewußtsein. (Heiterkeit.) In unserem Rechtsstaate sind die Proletariat und Elenden minder bedacht mit Rechten, und auch dafür ist gesorgt, daß die Hauptinteressenten an der Auspönerung der Volksmassen gerade dort sitzen, wo man die Gelege macht. Wir brauchen ja bloß an die Getreideböse zu denken. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Was wir bei der Zensur und dem Verlagerungsstand erleben, ist die Willkür diktatur. Was wir in der Tabakindustrie feststellen, ist eine Verstärkung der militärischen Reaktion und eine ungeheure Vermehrung der Steuerbelastung zugunsten der Minderbemittelten. Das ist eine Aufreizung zum Klassenhaß, ein sehr gefährliches Spiel, und geradezu ein Nagel zum Sarg der bürgerlichen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall bei der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Abg. Henke hat sich auch mit der Person der Bundesratsbedollmächtigten in der Kommission beschäftigt. Die Auswahl dieser Bedollmächtigten geht ihm gar nichts an, so wenig wie dem Bundesrat die Tatsache, daß die Wähler gerade Herrn Henke in den Reichstag gewählt haben. (Heiterkeit.) Die Regierungen und die Parteien dieses Hauses sind einig, daß bei der Ordnung der Reichsfinanzen an dem Tabak unter keinen Umständen wird vorbegegangen werden können. Wer das nicht einseht, betrachte die Belastung des Tabaks bei uns und in dem uns als steuerliches Vorbild hingestellten England. Bei uns beträgt die Belastung pro Kopf 2,23 M., in England betrug sie vor der letzten Erhöhung 7,88 M. und jetzt sogar 10,45 M. (Hört! hört!) Dabei beträgt der Konsum bei uns 1,71 Kilo pro Kopf, in England 0,90 Kilo, kaum die Hälfte. Es kann sich also lediglich um das Maß und den Zeitpunkt der Tabakbesteuerung handeln. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist sicherlich geeigneter als die Zeit nach dem Krieg, denn gegenwärtig ist die Zahl der Tabakarbeiter sehr erheblich, um 28 000, gestiegen, und ein Rückschlag durch Spekulation wie bei den früheren Steuererhöhungen ist diesmal ausgeschlossen. Es wird diesmal keine Arbeitslosigkeit durch die Steuererhöhung eintreten; deshalb halte ich auch die dagegen vorgesehene Maßnahmen seitens der Kommission für überflüssig. Erneut hat Herr Henke behauptet, die Vorlage sei auf Auspönerung der Massen gerichtet und werde glühenden Haß säen. Etwas Maß, meine Herren! Die Vorlage bringt für eine Zigarre eine Belastung von 0,88 Pf. (Hört! hört!) Angefichts dessen kann ich eine solche Sprache nicht als vaterländisch erachten. Unsere Feldherren, die täglich ihr Leben einsetzen, werden bei ihrer Rückkehr sicherlich ein anderes Augenmaß für diese Dinge mitbringen, als die Sozialdemokraten zu besitzen scheinen. (Bravo!)

Abg. Dr. Haas (Sp.):

Wir haben uns die Steuern viel sorgfamer und ernsthafter überlegt als die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft. Diese Herren sind ja schnell fertig, indem sie einfach alles ablehnen, auch das denkbar vorzüglichste Steuerwerk. Wir dagegen gingen davon aus, daß in der jetzigen Zeit nicht eine Situation herbeigeführt werden darf, bei der das Reich nicht die nötigen Mittel zur Kriegsführung erhält. Hätte der Reichstag hier verjagt, so wäre das eine Vankrotterklärung des Parlamentarismus

selbst gewesen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Wir haben die Steuern nicht gegen die Sozialdemokraten machen wollen, sondern hätten und gestreut, wenn sie mitgewirkt hätten, aber sie wollten nicht. Wenn die Sozialdemokratie hier die Mehrheit hätte und die Verantwortung tragen müßte, so bin ich überzeugt, daß sie die Steuern mitgemacht hätte. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Auch Sie (zu den Sozialdemokraten) hätten indirekte Steuern machen müssen, denn mit direkten Steuern allein kann das Reich nicht auskommen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Antrif (Soz.):

Der Staatssekretär scheint unsere Gründe für die Ablehnung der Vorlage noch immer nicht begreifen zu können. Man sagt, das Tabakgewerbe kann während des Krieges eine neue Auflage ertragen. Die Besitzenden wollen eben die Opfer des Krieges nicht selbst tragen, sondern sie aus den Taschen der Armen bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichen sollen geschont werden, das ist die Grundtendenz der Vorlage. Alle Darlegungen, daß die Reichen schon genug belastet sind, helfen darüber nicht hinweg und beweisen nur, daß auch dieser Staatssekretär sich lediglich als Beauftragter der besitzenden Klassen fühlt. An dem Schutze unserer Grenzen haben vor allem doch die ein Interesse, die die Millionen- und Milliardengewinne einstecken. Anstatt diese nun auch zu den Kosten heranzuziehen, bekommen wir neue Verbrauchs- und Verkehrssteuern für das außerordentlich schwer geplagte darbenende Volk. Der Hinweis des Staatssekretärs auf England ist ganz verfehlt. In England wird kaum die Hälfte des Tabaks pro Kopf konsumiert wie bei uns. In Deutschland sind in der Tabakindustrie 225 000 Arbeiter beschäftigt, das sind nur 20 000 weniger als in Frankreich, Oesterreich, Italien und den Vereinigten Staaten zusammengekommen. (Lebhafter Beifall!) Nach der außerordentlichen Belastung durch diese Vorlage wird man für 10 Pfennige eine anständige Zigarre gar nicht mehr bekommen können. Schon während des Krieges ist die 5-Pf.-Zigarre auf 7 gestiegen und entsprechend die teureren Sorten. (Hört! hört!) Der Rückgang des Verbrauchs ist daher schon heute zu merken. Nur die großen, kapitalkräftigen Betriebe haben von den Steuererhöhungen Vorteil gehabt, die Mittel- und kleinen Betriebe sind immer zurückgegangen. So haben gerade die Parteien zur Verstärkung des Mittelstandes beigetragen, die den Mittelstandsschutz bei den Wahlen in geradezu marxistischer Weise auf ihre Fahnen schreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Vöthne der Tabakarbeiter, die der Staatssekretär anführte, zeigen deutlich, daß eine auch nur einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung damit völlig unmöglich ist. Auch nach Inkrafttreten dieser Steuererhöhung werden wieder Zehntausende arbeitslos werden, wenn nicht jetzt, so doch unmittelbar nach dem Krieg. Die Behauptung zu wiederholen, daß die Organisation der Tabakinteressenten sich mit dieser Steuererhöhung einverstanden erklärt hat, dazu gehört eine eiserne Stirn. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich da nur um eine winzige Zahl von Tabakinteressenten, um eine Handvoll Großfabrikanten. Die ganze Vorlage ist ja nur ein Aktstich des Vorkrieges des Deutschen Tabakvereins unter Führung des Senators Bürmann, in dem die großen und allergrößten Fabrikanten sitzen, sie ist also das ureigenste Produkt interessierter Großindustrieller und Großkapitalisten. Aber selbst da hat sich eine heftige Opposition erhoben, die nur durch die Drohung zum Schweigen gebracht wurde, die Regierung würde sonst noch eine schlimmere Steuererhöhung bringen. Es handelt sich da also geradezu um einen Erpressungsversuch. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen der Regierung auch nicht in bedingter Weise eine strafbare Handlung vorwerfen.)

Was haben diese Großindustriellen nicht allein an den Herre-lieferungen verdient.

Was für Preise sind da gezahlt worden, und was für elende Qualitäten wurden geliefert, namentlich bei den Liebesgaben. Vielfach sind wir solche aus den Schützengräben angelandt, aber mein Verstand, sie zu rauchen, ist mir rechtlibel bekommen. (Heiterkeit.) Die Großfabrikanten schaffen sich mit dieser Steuererhöhung die kleinen Konkurrenten vom Hals und können dann die Preise beliebig erhöhen. Schon jetzt können die kleinen und mittleren Geschäfte nur noch durch den Verdienst an den Zigaretten bestehen und jetzt soll ihnen auch noch diese Möglichkeit durch die Steuerzuschläge für Zigaretten genommen werden. Das nennt man dann Mittelstandspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon immer hat die Regierung die Interessen der Zigarren- und Zigaretteninteressenten gegeneinander ausgepielt und dadurch ihre Steuererhöhungen durchgedrückt. Auch jetzt will man die Zigaretten wieder besteuern, um den Uebergang von der Zigarre zur Zigarette zu erschweren. Auch hier werden die Arbeiter wiederum betroffen, und zwar sowohl als Produzenten wie als Konsumenten. Denn die billigen Zigaretten von 1 bis 1 1/2 Pf. werden nicht von den reichen Konsumierern geraucht, sondern von den Armen der Armen. Wir haben nach dem Krieg mit dem Rauchen des Zigarettenmonopols zu rechnen, und je weniger kleine Zigarettenfabriken dann vorhanden sind, umso leichter wird es durchführbar sein. Deshalb liegt die Verstärkung der kleinen Zigarettenfabriken im Interesse der Regierung. Freilich werden dadurch auch Tausende von Arbeiterfamilien betroffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser verheerenden Wirkungen der Tabaksteuererhöhung wagt es der Staatssekretär noch zu sagen, daß das Volk diese Belastung ohne Murren ertragen wird. Er wird bald eines Besseren belehrt werden, der Unmut des Volkes ist heute schon sehr groß. Wenn die kleinen Gewerbetreibenden erst aus dem Schützengraben zurückkehren, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben. Wenn Sie das Drohen des Unmutes noch nicht hören, so danken Sie das nur der scharfen Zensur. Immer weiterer Kreise bemächtigt sich der Gedanke, daß alle schweren Kriegsoffer von den kleinen Leuten gebracht werden für ein Vaterland, das wie auch die Vorlage zeigt,

nur ein Vaterland der Reichen

ist. Schon jetzt ist dieser Gedanke weit verbreitet unter den Arbeitern daheim und im Schützengraben. Das deutsche Volk verlangt in dieser schweren Zeit, nicht mit Verbrauchs- und Verkehrssteuern neu belastet zu werden; das Volk will, daß die Lasten des Krieges auch von den Nutznießern des Krieges, den reichen Leuten, getragen wird. Das Volk lehnt diese Vorlage ab, weil es sich nicht auch sein letztes Genußmittel will verteuern lassen. Das arbeitende Volk verlangt vom Reichstag gebieterisch die Ablehnung dieser indirekten Steuererhöhung und statt dessen ausreichende Ernährung, Freiheit und Frieden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Henke (Soz. Arb.):

In der Kommission hat die Regierung versprochen, den im Felde stehenden Geschäftsleuten solle möglichst Unlaub für die Ordnung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten gewährt werden. Ich bitte den Staatssekretär, sich hierfür nachdrücklich bei den militärischen Stellen zu verwenden. — Der Staatssekretär scheint Wert darauf zu legen, gegen die Sozialdemokraten einen Ton anzuschlagen, der ihm den Beifall der Rechten sichert. Sein Urteil über unsere ihm natürlich nicht angenehme Kritik läßt uns völlig kalt. Herr Bürmann hat zwei Seelen, eine als Großfabrikant und eine als Senator. Ich habe lediglich auf die erste Bezug genommen. Wenn meine Kritik auf den Staatssekretär keinen Eindruck macht, so zweifle ich nicht, daß seine Kritik auf eine gewisse andere Seite sehr großen Eindruck machen wird, und das scheint dem Staatssekretär die Hauptursache zu sein. Persona grata bei der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft zu werden, darauf legt er keinen Wert, viel mehr aber auf den Beifall im Hauptquartier. Die Erhöhung der Löhne der Tabakarbeiter haben wir nie bestritten, sondern haben nur betont, daß diese Erhöhung nicht im entsprechenden

Verhältnis zur Verteuerung der Lebenshaltung steht. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Abg. Haas meinte, wir hätten für die Steuern gestimmt, wenn wir die Mehrheit und damit die Verantwortung hätten — ja wenn! Wenn wir die Mehrheit hätten, wäre manches anders geworden. Vor allem haben wir von Anfang an erklärt, daß wir die Verantwortung für all das Unangenehme, was die bürgerlichen Parteien selbst auszubaden haben, ablehnen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Helfferich:

Die Forderung, daß die Gewerbetreibenden der Tabakindustrie nach Möglichkeit aus dem Felde zur Regelung ihrer Verhältnisse beurlaubt werden mögen, hätte hier nicht von neuem erhoben zu werden brauchen, denn diese Forderung ist bereits in der Kommission vom Kriegsminister gegeben worden. Der Vordredner glaubte mir vorwerfen zu sollen, daß ich mich mit besonderer Verweigerung gegen die Herren Sozialdemokraten richte, um irgendwo Persona grata zu sein. Ich glaube, daß ich hier im Hause hinreichend bekannt bin und man wohl auf allen Seiten weiß, daß ich meinen Standpunkt, den mir mein Gewissen vorschreibt, nach jeder Seite hin mit dem Nachdruck, den ich für richtig halte, zu vertreten weiß. (Bravo!) — Im übrigen werden unsere Feldherren für das fortgesetzte Reden davon, daß die Kriegsinteressen eine Verlängerung des Krieges herbeiführen, ebensowenig Verständnis haben wie dafür, daß die Freunde des Herrn Henke sitzen bleiben, wenn hier die Rede ist von großen Erfolgen unserer Flotte und von den Toten, die dabei zu beklagen sind. (Lebhafter Bravo! rechts.)

Abg. Meyer-Herford (natl.):

Diesmal wird die Folge der geringen Besteuerung des Tabaks sicher keine große Arbeitslosigkeit sein. Würde man den Tabak allerdings noch einmal bluten lassen, so würden unabsehbare Folgen eintreten. Wir sehen diese Steuer als endgültig an und erwarten, daß man den Tabak nicht zur Verblutung bringen wird. Die Tabaksteuererhöhung wird hierauf angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der außerordentlichen Reichsabgabe auf

Post- und Telegraphengebühren.

Abg. Bod (Soz.):

Das Interesse draußen an diesen Steuererhöhungen ist sehr groß. Auch bei dieser Vorlage wurden viele Petitionen Ablehnung der gefahnten Beschlüsse. Die Post als Verkehrsrichtung sollte nicht zur Einnahmequelle für das Reich insbesondere in der Kriegszeit benutzt werden. Daher lehnen wir diese außerordentliche Reichsabgabe ab. Das Reichspostamt hat erst kürzlich selbst hervorgehoben, daß der Postverkehr sich gerade infolge der Verbilligung und Vereinfachung so günstig entwickelt habe. Das trifft für die Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung überhaupt zu. Gerade die Stabilität in den Preisen und Gebühren hat zu der günstigen Entwicklung des Postwesens beigetragen. — Staatssekretär Helfferich meinte, wir hängen an einem Programm, wenn wir die indirekten Steuern ablehnen. Dies unser Programm aber ist auf Grund reiflicher Prüfung festgesetzt. Auf der anderen Seite aber ist es ein unhaltbares Dogma, daß das Reich keine direkten Steuern erheben dürfe. Die Verhältnisse sind stärker und werden über dies Dogma siegen. — Die angeregte Ausnahme für gemeinnützige Vereine, Gewerkschaften usw. von dieser Reichsabgabe hat man abgelehnt. Die andere Ausnahme aber, die Befreiung der Frauen, ihrer Witwen und Gemahlinnen von der Reichsabgabe ist bestehen geblieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben den Antrag auf Befreiung dieser Ausnahme zugunsten der regierenden Parteien jetzt wieder eingebracht. — Der Resolution der Kommission auf baldmöglichste Einführung einheitlicher Postwertzeichen für das ganze Reich stimmen wir zu. Es würde das die Befreiung der besonderen bayerischen Briefmarken bedeuten. — Wir können der Vorlage unmöglich zustimmen, wenn wir das Vertrauen bei unseren Wählern nicht verlieren wollen. Gerade jetzt im Krieges mußte man eine weitere Belastung des Verkehrs vermeiden. Dätte der Reichstag sich energisch gegen all diese indirekten Steuern gewandt, so wäre das Reichschahamt gezwungen gewesen, den Reichswagen auf die neue Bahn der direkten Besteuerung zu drängen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Carstens (Sp.):

In erster Linie freilich muß die Post Verkehrsanstalt bleiben. Andererseits aber müssen diese Verkehrsanstalten auch rentieren. Die Telegraphengebühren sind heute so niedrig, daß die Ausgaben dadurch nicht gedeckt werden. Im übrigen haben auch wir dieser Vorlage gegenüber schwere Bedenken. Am meisten stört mich das Briefporto von 15 Pf. Die Folge wird eine starke Abwanderung zur Postkarte sein. Erreulich ist der Beschluß, daß zwei Jahre nach dem Krieg eine Reform dieser Vorlage erfolgen muß, wenn der Reichstag es verlangt. — Grober Mißbrauch wird häufig mit der Portofreiheit der sogenannten Staatstelegramme aus dem Felde und mit der Portofreiheit der Fürsten getrieben. So ist das Telegramm eines Altmeyers an seinen Freund, er möge eine Dame, die zufällig durch Hannover komme, einer anderen vorstellen, als portofreies Staatstelegramm vor allen anderen vorliegenden Telegrammen befördert worden. (Hört! hört!) Im November v. J. wurde eine Depesche an den Herzog von Braunschweig portofrei befördert, worin ihm die Beamten und Diener des herzoglichen Hoftheaters ihre unentgeltlichen Glückwünsche überreichten. Das betreffende Postamt in Braunschweig wies die Oberpostdirektion bei einer Eingabe auf diese mißbräuchliche Verwendung der Gebührenfreiheit hin, erhielt aber den Bescheid, daß in einem ähnlichen Falle das Reichspostamt zugestimmt habe, daß derartige Telegramme als unmittelbare Dienstpflicht und nicht als persönliche Angelegenheit der Absender anzusehen und gebührenfrei seien. — Dem Kompromiß stimmen wir zu entsprechend unserem vaterländischen Pflichtgefühl in dieser schweren Zeit.

Abg. Voghter (Soz. Arb.) (zur Geschäftsordnung):

Ich habe den Eindruck, daß am Bundesratspräsidenten mehr Vertreter sitzen als im Hause. Das erscheint mir mit der Würde des Hauses nicht vereinbar, und ich beantrage daher, die Sitzung zu verlagern. (Unruhe.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.):

Der Antrag des Vordredners ist vollständig ungerathen. Gerade seine Partei ist am allergeringsten hier vertreten, nämlich durch ihn ganz allein. (Hört! hört!) Ein Antrag zu einem derartigen Vorgehen ist also durchaus nicht gegeben.

Präsident Dr. Paasche

stellt die Unterstützungsfrage für den Antrag auf Verlagerung. Es erheben sich für ihn nur 7 ingwischen mit anderen Abgeordneten in den Saal gekommene Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft.

Abg. Voghter (Soz. Arb.):

Die Folge der Vorlage wird sicher eine Einschränkung des Verkehrs sein. Es ist doch ganz zweifellos, daß die Belastung, die hier beschlossen wird, eine dauernde wird. Wir haben vollständige Befreiung der Portofreiheit der Fürsten beantragt. Es ist eine Halbheit, sie nur von der besonderen Reichsabgabe zu befreien. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft.) Das Kapitel des Mißbrauchs dieser Portofreiheit ist sehr umfangreich. Der Mißbrauch der fürstlichen Jagden rechnet z. B. damit, daß ihm das erlegte Wild bis nach dem Domizil des Händlers frei befördert wird. (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft.) Das ist ein ziemlich ungentlicher Mißbrauch einer Verkehrsanstalt. (Vizepräsident Paasche: Sie dürfen nicht von einem

Nichtbrauch sprechen, wo ein Recht in Frage kommt.) Man bemerke in der Kommission, die Fürsten würden gelegentlich dieses Gesetzes freiwillig auf die Porzofreiheit verzichten. Ich weiß nicht, ob diese Vermutung erweislich war. Jedenfalls ist bekannt, daß diese Herrschaften ihre Vorrechte sehr energisch zu wahren verstehen und niemals freiwillig darauf verzichten. Leider fehlt es dem Bürgerum an der nötigen Energie, um solche Vorrechte zu besitzigen. Die Fürsten, die auf Kosten der Allgemeinheit übertrieben hohe Gehälter beziehen, die nicht einmal im Kriege eine Nützung erfahren haben, sollten wenigstens zwangsweise dazu gezwungen werden, auch ihr Opfer zu bringen, wo der kleine und kleinste Mann es tragen muß. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Reichsgemeinschaft.) Durch dieses Reden ist ja an dem Gesetz nichts mehr zu ändern. Die Kreise, die dadurch zu leiden haben werden, wissen, an wen sie sich zu wenden haben.

#### Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Porzofreiheit der Landesfürsten beruht auf geschichtlicher Grundlage. Dieser Porzofreiheit ist ebenso Rechnung getragen wie der der Feldpost. Wenn man die Landesfürsten dieser Abgabe unterwerfen hätte, wäre das ein Ausnahmengesetz gegen den Landesfürsten gewesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Entschieden zurückweisen muß ich es, wenn der Vorredner meint, daß bei den Landesfürsten natürlich in dieser Richtung ein Verhältnis nicht zu erwarten sei. Schon dem Bescheidtrag haben die Landesfürsten sich freiwillig unterworfen in derselben Höhe wie jeder andere Staatsbürger. (Zuruf der Sozialdemokratischen Reichsgemeinschaft.) Einen Zweifel davon lasse ich nicht aufkommen. Bei der Kriegsteuer habe ich den Reichsfiskus veranlaßt, sich an Se. Majestät zu wenden, und die sämtlichen Landesfürsten haben, ehe auch nur die Spur einer Anregung von der Volksvertretung ausgegangen ist, erklärt, daß sie freiwillig die Kriegsteuer zahlen wollen. (Beifall rechts.)

#### Staatssekretär Kraetz:

Eine Porzofreiheit für Bildhauer kann von den Hofverwaltungen nicht in Anspruch genommen werden, das gehört zum wirtschaftlichen Betriebe, der nicht unter die Porzofreiheit fällt. Natürlich kann auch mal ein Beamter eines Hofbeamten vorkommen.

#### Abg. Bud (Soz.):

Wenn unsere Anträge auf Befreiung der Porzofreiheit der Fürsten angenommen werden und zur Durchführung gelangen, so werden derartige Debatten hier von selbst fortfallen. Unser Antrag will nur die Kriegsabgabe von den Fürsten haben. Wir stimmen aber auch für den Antrag unserer Freunde von der anderen Fakultät (Große Mehrheit), und schließlich werden wir auch für den freimüthigen Antrag stimmen, der auf die Forderung einer Revision der Verfassung hinausläuft.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der Anträge der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Reichsgemeinschaft wird die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Angenommen wird auch die Resolution der Volkspartei, die einen Gespenstskizzen zur Befreiung der Porzofreiheit der Fürsten fordert.

Es folgt die Beratung der Resolution der Kommission auf Einführung einheitlicher Postverträge für das ganze Reich.

#### Abg. Mayer-Kaufbeuren (Z.):

Bittet um Ablehnung dieser Resolution und Aufrechterhaltung des bayerischen Postvertrags, dessen Wesen eine heilsame Konkurrenz für die Reichspostverwaltung sei.

#### Abg. Liesching (Sp.):

Es handelt sich gar nicht um das Postvertragsrecht; das haben wir auch in Bismarcks heute noch, obwohl wir seit zehn Jahren die einheitliche Briefmarke haben. Das bayerische Postvertragsrecht wird durch die einheitliche Briefmarke gar nicht berührt, nur unbillige Unbequemlichkeiten im Verkehrswesen sollen beseitigt werden. Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Rechten und desentrums angenommen.

Es folgt die Beratung des

#### Frachtfundenstempelgesetz.

#### Abg. Reichhaus (Soz.):

Nur die Sozialdemokratie hat eine grundsätzliche Stellung gegen diese Steuer eingenommen, die auch eine Steuer auf Handel und Verkehr ist, die von der breiten Masse getragen werden muß. Abgesehen von der Kriegsgemeinschaft bewegen sich alle Steuererläge in dem alten Geleise: Man nimmt das Geld, woher man es bekommen kann, wenn Handel und Verkehr dadurch auch noch so belastet und in der Entwicklung gehemmt werden. Die Reichen werden diese Steuern leicht abwägen können, die wirtschaftlich Schwachen dagegen nicht. Das gilt namentlich auch für die kleinen Industriellen und Gewerbetreibenden. Der Frachtfundenstempel nimmt auch nicht die geringste Rücksicht auf den Wert und Charakter der Sendungen. Die geringwertigen, aber schweren Dinge werden härter besteuert, wie hochwertiger, wenig wiegende Sendungen. Durch diese Ungerechtigkeit werden wiederum die kleinen Leute besonders betroffen. Die Lasten, die im Schutengraden für uns bluten, werden kein Verständnis hierfür haben und es bitter empfinden, daß sie für alle Opfer, die sie bringen, nur neue Erschwerungen der Existenz bekommen. Die notwendigen Kosten müssen selbstständig aufgebracht werden, aber das sollte durch die Besitzenden geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sagt man, die Steuer soll nur vorübergehend sein. Die Reichsregierung hat ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Jedenfalls haben wir den Antrag gestellt, ausdrücklich zu bestimmen, daß spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß die Aufhebung des Frachtfundenstempels erfolgen muß, wenn sie der Reichstag fordert. Die Steuer wird, fürchte ich, nicht nur nicht vorübergehend sein, sondern später noch erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese den Handel und Wandel belastende Steuerpolitik machen wir nicht mit, die Verantwortung dafür überlassen wir den Kompromißparteien. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Carstens (Sp.):

Die hier vorgeschlagene Steuer ist nur sehr gering und belastet Handel und Verkehr nur sehr wenig, die interessierten Kreise haben sich auch nicht dagegen gewendet.

Das Gesetz wird angenommen. Der Antrag Albrecht auf Befreiung abgelehnt.

Damit sind die Steuererläge in zweiter Beratung erledigt. Der Etat der Reichsregierung, der Allgemeinen Finanzverwaltung und des Staatsgesetz werden dem Reichstag bewilligt. Eine Resolution der Kommission, den Reichsfiskus zu ersuchen, die für die Bewilligung von Kriegshilfen festgesetzte Einkommensgrenze von 2100 M. für Beamte auf 3000 M. und von 2400 M. für im Vertragsverhältnis stehende Angestellte auf 3200 M. zu erhöhen, wird angenommen.

Hierauf wird die Novelle zum Kaligesez in dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Herabsetzung der Bezugsgrenze für die Altersrenten von 70. auf das 65. Lebensjahr.

#### Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Wir beantragen, entsprechend dieser Herabsetzung der Altersgrenze auch die Karenzzeit für den Bezug der Altersrente von 1200 auf 1000 Wochen herabzusetzen. Geschieht das nicht, so werden dadurch namentlich die älteren Leute, die erfahrungsmäßig schwerer Arbeit finden, wenn sie einmal arbeitslos werden, geschädigt, weil sie leichter in die Lage kommen können, beim Eintritt in das 65. Lebensjahr nicht die notwendige Zahl von Beiträgen nachweisen zu können. Daß die Lasten der Versicherung dadurch ins Unabsehbare vermehrt würden, wie die Versicherungswahrscheinlichkeit wohl behauptet werden, bezweifle ich. Jedenfalls ist der von mir beantragte Ausgleich aus Gründen der Gerechtigkeit notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich beschränke mich heute auf diesen Antrag, werde aber mit meiner alten Forderung auf Erhöhung der Waisenrente auch nach Annahme dieses Gesetzes immer wiederkommen. Der von der Versicherung angefallene Ueberschuß beträgt 288 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist vollkommen verwerflich, solche riesige Summen aufzusparen auf Kosten der Waisen, denen man daraus eine ausreichende Rente gewähren könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde also meinen Kampf nicht aufgeben, bis man den armen Waisenkindern eine ausreichende Rente gibt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Geheimrat Kurin

wendet sich gegen die Herabsetzung der Karenzzeit. Auch bei der Invalidenversicherung ist die Karenzzeit auf 40 Wochen pro Jahr festgesetzt. Für die Ueberschüsse sind in dem Gesetz selbst bereits Vorkehrungen getroffen, um Härten zu vermeiden.

#### Abg. Böhner (Soz. Arb.):

Die Renten der Witwen und Waisen sind im allgemeinen viel zu niedrig. Die Witwen der Kriegsteilnehmer sind bedeutend schlechter gestellt als die Witwen in der Angestelltenversicherung. Ich bitte Sie im Interesse der Ärmsten der Armen, den Antrag Mollenbuhrs anzunehmen. (Beifall bei der Soz. Arb.)

#### Abg. Mollenbuhr (Soz.):

hält dem Regierungsvertreter gegenüber an seiner Auffassung fest. Der Hinweis auf die Invalidenversicherung treffe nicht die Sache, denn dort werde an der Bezugsgrenze nichts geändert.

Unter Ablehnung des Antrages Mollenbuhrs wird das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt die Beratung des

#### Kapitalabfindungsgesetz.

#### Abg. Bauer (Soz.):

Die Möglichkeit, daß ein mit Kapital abgefundenem Kriegsschädigter doch wieder in den Genuss der Rente kommen kann, wenn er das Kapital zurückzahlt, ist in das Gesetz eingefügt. Darauf legen wir großen Wert. Auch dafür müßte gesorgt werden, daß nicht zu leicht mit den Anstellungsgeldern operiert werden kann. Sonst könnte ein Kriegsschädigter sich leicht durch Belastung des Grundstückes an den Pachtzins bringen. Deshalb haben wir den Antrag 388 eingebracht, der die schnelle Weiterveräußerung des Grundstückes oder des an ihm bestehenden Rechts hindern soll und innerhalb bestimmter Frist an die Zustimmung der obersten Militärbehörde bindet. An Stelle der fünfprozentigen ist ferner eine vierprozentige Verzinsung für die Kapitalberechnung getreten. Dadurch ist der Kapitalabfindung erhöht worden. Eine weitere Verbesserung des Gesetzes ist, daß eine Witwe bei der Wiederverheiratung den dreifachen Betrag der Rente als Aussteuer erhält.

Das Gesetz kommt einem starken Bedürfnis entgegen, namentlich auch der städtischen, industriellen Bevölkerung, und wird hoffentlich unserer ganzen Volkswirtschaft zum Segen gereichen. Den Männern, die im Kriege ihre Gesundheit geopfert haben, gebührt unser Dank. Einen Teil dieses Dankes hatten wir ab durch die Verabschiedung dieses Gesetzes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### General v. Langermann:

Den Antrag 388 können die Verbündeten Regierungen akzeptieren. Im übrigen bitte ich, im Interesse unserer Kriegsschädigten das Gesetz bald zu verabschieden.

#### Abg. Dr. v. Nigolowski (Pole):

Unsere Wünsche, bei diesem Gesetz das Ausnahmeverbot gegen die Polen zu beseitigen, sind abgelehnt worden. Wir werden uns daher an der Abstimmung über das Gesetz nicht beteiligen.

#### Abg. Henke (Soz. Arb.):

Wir lehnen das Gesetz ab; es enthält erstens eine harte Vollmacht für die Militärverwaltung, die zu ganz unberechtigter Bevormundung führen wird, und zweitens enthält es eine Fesselung der Arbeiterchaft an die Scholle und damit eine Beschränkung der Freizügigkeit, gegen die wir uns grundsätzlich wenden müssen. (Zustimmung bei der Soz. Arb.)

#### Abg. Bauer (Soz.):

Das Gesetz bedeutet weder eine Fesselung der Arbeiter an die Scholle noch eine Beschränkung der Freizügigkeit. In den weitesten Kreisen der Arbeiterchaft wächst die Sehnsucht nach dem eigenen Heim. Das zeigt die starke Entwicklung der Bau- und Siedlungsgenossenschaften der Arbeiter. Die hier und da aufgetretenen Bedenken wegen Bevormundung durch die Militärbehörden sind unberechtigt. Es hat ja jeder selbst zu prüfen, ob seine Interessen ihn dazu führen, eine Kapitalabfindung zu beantragen, um sich eine Siedlung anzulegen. Gezwungen wird niemand. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Giesberts (Z.):

Ich habe in der Kommission lebhaft gesagt, daß jeder, der Eigentum erwirbt, eine gewisse Bindung eingetht und sich das vorher überlegen muß. Von einer Beschränkung der Freizügigkeit kann hier keine Rede sein. (Sehr richtig!) Die Vorlage wird mit dem Antrag Bauer angenommen. Es folgt sofort die dritte Lesung.

#### Abg. Henke (Soz. Arb.):

Juristisch mag Herr Giesberts recht haben, tatsächlich aber sind die Leute an die Scholle gebunden. Vor allem ist die Siedlung der Leute abhängig von dem Wohlwollen der Militärbehörde. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das ist eine Beschränkung in der Freiheit des Handelns des Kriegsschädigten, die mit dem vielgerühmten Dank des Vaterlandes schlecht zusammenpaßt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

#### General v. Langermann:

Die Absicht der Militärverwaltung bei diesem Gesetz war lediglich, für die Kriegsschädigten etwas zu tun, was ihnen zum Segen und Nutzen gereicht. Wenn es die Möglichkeit gäbe, in das Innere des Menschen hineinzusehen, würde ich das dem Vorredner gern gestatten, und ich bin überzeugt, er würde sicher zurücknehmen, was er eben gesagt hat. (Weiterleit.)

#### Abg. Henke (Soz. Arb.):

Das würde auch nicht viel nützen. Ich könnte ja dann nur Einsicht nehmen in die Natur des Herrn General Langermann, nicht aber auch aller seiner Nachfolger. Darin liegt die Schwierigkeit. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.)

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen; ebenso in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Reichsgemeinschaft.

Hierauf wird nach das Gesetz betr. die Herabsetzung der Bezugsgrenze für die Altersrente auf 65 Jahre in dritter Lesung verabschiedet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Rechnungshafen, zweite Lesung der Reichsvereinsgesetznovelle, dritte Lesungen der Steuererläge und des Etats.

Schluß 6 Uhr.

## Koalitionsrecht und Vertragsrecht

Am 10. Dezember 1912 wendete sich der Abg. Genosse Bauer gegen die Auffassung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Beeinträchtigung des Vereins- und Koalitionsrechts durch Vertrag dem Gesetz entspreche. Er führte nach dem stenographischen Bericht wörtlich aus:

Meine Herren, der Herr Staatssekretär hat den Versuch gemacht, durch staatsrechtliche Vorlesungen den Nachweis zu führen, daß die Arbeiter in Wirklichkeit gar kein Koalitionsrecht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn darauf gingen seine Ausführungen hinaus. Er hat eine Rede gehalten, die wohl als die reaktionärste bezeichnet werden kann, die wir seit Jahren zu hören bekommen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich auf den Standpunkt der vorläufigen Zeit gestellt, auf den Standpunkt nämlich, daß alles

was im Gesetz nicht gestattet ist, verboten sei. Meine Herren, das Gegenteil ist aber richtig; alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, gilt als gestattet (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und von diesem Standpunkt aus muß auch die Frage des Koalitionsrechts und der Vereinigungsfreiheit beurteilt werden.

Der Herr Staatssekretär und mit ihm der Herr Kriegsminister haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Ausübung der Koalitionsfreiheit durch Privatvertrag, den der Arbeitgeber mit seinem Arbeitnehmer abschließt, ausgeschlossen oder wenigstens beschränkt werden kann, und der Herr Staatssekretär hat zur Begründung seines Standpunktes eine Reihe von Rechtsausführungen gemacht. Er wies darauf hin, daß der § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zwar Verträge für nichtig erklärt, die gegen die guten Sitten verstoßen, er behauptete aber, daß ein Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter, durch welchen das Koalitionsrecht eingeschränkt werde, nicht als gegen die guten Sitten verstößend angesehen werden müsse, und er berief sich dafür auf eine Reihe von Bestimmungen, die in den verschiedensten Gesetzen enthalten wären. Allerdings war die Beweisführung außerordentlich mager (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); denn er wußte nichts weiter dafür anzuführen als die väterliche Gewalt, als das Verhältnis des Lehrherrn zum Lehrling und schließlich die Disziplinalgewalt der vorgesetzten Behörde gegenüber den Beamten. Auf die Frage, wie weit etwa die väterliche Gewalt oder das Verhältnis des Lehrherrn zum Lehrling bei der Beurteilung des Koalitionsrechts in Frage kommt, will ich später noch mit einigen Worten eingehen.

Junächst möchte ich dem Herrn Staatssekretär aber sagen, daß seine Auffassung vollständig im Widerspruch steht mit dem, was bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs als die Meinung dieses Hauses festgestellt worden ist. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Zuruf von den Sozialdemokraten: Und der Regierung! — Und der Regierung! In der Reichstagskommission ist bei der Beratung des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausdrücklich die Frage erörtert worden, wie weit die Einschränkung des Koalitionsrechts durch den Unternehmer in vertraglicher Form etwa als gegen die guten Sitten verstößend angesehen wäre. Mein Parteifreund Stadthagen hat in jener Kommission den Antrag gestellt, daß der Begriff der guten Sitten näher formuliert werden solle. Er hat beantragt, noch hinzuzufügen: auch Verträge, die gegen die „öffentliche Ordnung“ verstoßen, sollten als sittenwidrig angesehen werden. Dieser Antrag wurde von den Regierungsvertretern als überflüssig erklärt (Lebhaftige Rufe von den Sozialdemokraten: Hört! hört!), weil es ganz selbstverständlich sei, daß ein solcher Vertrag, der eine Einschränkung des Koalitionsrechts bedinge, als sittenwidrig im Sinne des § 138 angesehen werden müsse (Lebhaftige Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört!), daß dieser Vertrag also nichtig sei. Der Bericht der Kommission sagt darüber wörtlich: Von seiten der Verbündeten Regierungen und von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen zunächst auf die völlige Unbestimmtheit des Begriffs der öffentlichen Ordnung hingewiesen.

— das bezieht sich auf den Antrag meines Parteifreundes Stadthagen — welcher auch in Frankreich zu zahlreichen, keineswegs unbedeutenden richterlichen Entscheidungen geführt habe. Freilich sei gewiß nicht zu verkennen, daß der Schutz der Koalitionsfreiheit, Gewissensfreiheit usw. die Wichtigkeit gewisser Verträge gebietet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Allein diese Wichtigkeit trete auch nach dem Entwurf zweifellos ein, da solche Verträge als gegen die guten Sitten verstößend zu betrachten seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Vertrag, durch welchen jemand beispielsweise die Koalitionsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Ausübung oder Nichtausübung des Wahlrechts beschränke, verstoße zweifellos gegen die guten Sitten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch im Bismarck des Reichstags ist dieser Bericht der Kommission ausdrücklich als zureichend anerkannt worden. In der 110. Sitzung des Reichstags vom 20. Juni 1896, stenographischer Bericht S. 2761, hat der Herr Berichterstatter durchaus konform mit dem einstimmigen Aeußerungen in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß derartige Verträge, z. B. solche, die das Koalitionsrecht in dem vorhin von mir berührten Sinne antasten, ganz zweifellos gegen die guten Sitten verstoßen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle Rechtslehrer von Ruf stehen auf demselben Standpunkt. So wird von Köhne, Lotmar, Engel, Kellen, Wand übereinstimmend die Auffassung vertreten: ein Rechtsgeschäft, das gegen die Grundprinzipien des modernen Rechts, insbesondere gegen die Prinzipien der persönlichen Freiheit, der Gewissensfreiheit, der Koalitionsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Freiheit in Ausübung des Wahlrechts usw. verstößt, ist immer auch als ein gegen die guten Sitten verstößendes Rechtsgeschäft angesehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, nun haben wir das für uns Sozialdemokraten außerordentlich erfreuliche Schauspiel gesehen erlebt, daß sich die besagten Vertreter der Staatsgewalt herstellen und Grundsätze vertreten, die den geschlichen Bestimmungen ins Gesicht schlagen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen wieder einmal feststellen, daß die Sozialdemokratie das Recht verteidigen muß, daselbe Recht, das von der Mehrheit des Reichstags und der Regierung geschaffen worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs machte ja den Eindruck großer Verlegenheit (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und mir hat sich die Uebersetzung aufgedrängt, daß es eigentlich ganz unverständlich ist, wie sich unsere Regierung und insbesondere der Herr Staatssekretär gegen die Zulassung der Jesuiten wenden können; denn jesuitischer kann man nicht reden, als der Herr Staatssekretär geredet hat. (Lode des Präsidenten. — Weiterleit bei den Sozialdemokraten.)

Diese Darlegungen des Redners sind bezeichnend dafür, wieviel Wert auf Beteuerungen der Regierungsvertreter und des Reichstags selbst für Auslegung eines Gesetzes zu legen ist. Was nicht in dem Gesetz selbst klaren Ausdruck gefunden hat, wird gar zu leicht von der Rechtsprechung nicht respektiert. Das sollte bei der Beratung der Vereinsrechtsnovelle nicht außer acht gelassen werden.

## Politische Uebersicht.

### Dem Ende zu.

Die Galopparbeit im Reichstage ging gestern weiter. Von 10 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags wurde die vorgesehene Tagesordnung durchgeführt. Die bürgerlichen Parteien redeten nur in einzelnen Fällen und überließen der Sozialdemokratie das Feld; hin und wieder griff ein Regierungsvertreter ein. Bei der Fortsetzung der Beratung des Tabaksteuergesetzes sprach zunächst als Redner der Sozialdemokratischen Reichsgemeinschaft der Genosse Henke, der als ehemaliger Tabakarbeiter sich mit Wärme und Nachdruck der Interessen seiner früheren Berufsgenossen annahm und in treffender Weise die ruhmlose Wirkung der Vorlage für die Tabakindustrie beleuchtete. Staatssekretär Dr. Helfferich und der Fortschrittler Saas verteidigten ihn gegenüber über die Vorlage. Genosse Anriid bekämpfte sie mit eingehenden sachmännischen Darlegungen, wozu auch er, als ehemaliger Angehöriger der Tabakbranche, besonders in der Lage war. Genosse Henke stellte dann fest, daß der neue Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Helfferich, sich ganz besonders die Bekämpfung der Sozialdemokratie angelegen sein lasse. Staatssekretär Dr. Helfferich vertahrt sich dagegen, richtete aber sofort wieder einen neuen Angriff gegen die Fraktion des Vorredners. Nach einigen zustimmenden Bemerkungen des Nationalliberalen Rennerfort wurde die Tabaksteuervorlage in der Kompromißfassung gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Bei der nun folgenden Beratung der neuen Postgebühren bot sich dasselbe Bild. Die Debatte wurde fast ausschließlich von den Sozialdemokraten bestritten, hin und wieder redete mal ein fortschrittlicher oder ein Regierungsvertreter. Genosse Bud-Dresden begründete eingehend für die sozialdemokratische Fraktion und Genosse Vogtherr für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft deren ablehnende Haltung. Ueber die Postfreiheit der Fürsten kam es zwischen ihnen auf der einen und den Staatssekretären Dr. Helfferich und Kraetke auf der anderen Seite zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragte Aufhebung der Postfreiheit der Fürsten für das vorliegende Gesetz wurde gegen beide sozialdemokratische Fraktionen abgelehnt; mit knapper Mehrheit kam nur ein fortschrittlicher Antrag zur Annahme, der die Forderung durch ein besonderes Gesetz erfüllt wünscht. Zwischendurch hatte der Zentrums-Mann Mayer-Kaufbeuren sich für die Erhaltung des bayerischen Postreservatrechts ins Zeug gelegt, mußte es aber zu seinem Schmerze erleben, daß sich eine Mehrheit im Hause für die Beseitigung der bayerischen Sonder-Postmarken fand.

Beim Frachturkundenstempelgesetz führte Genosse Reichhaus den schlagenden Nachweis für die verkehrsschädigenden und warenverfeuernden Wirkungen der Vorlage. Der Fortschrittler Carstens trat für ihre Annahme ein. Sie wurde denn auch gegen beide sozialdemokratische Fraktionen angenommen. Damit waren die Steuerergänze in zweiter Lesung unter Dach und Fach gebracht und der Steuerblock gegen die Sozialdemokratie hatte sein Werk durchgepeitscht.

Das Haus erledigte dann die Novelle über die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre beim Bezug der Altersrente. Die Genossen Mollenbühr und Büchner versuchten dabei noch einige Verbesserungen durchzusetzen, die Solidarität des Steuerblocks übertrug sich aber auch auf das sozialpolitische Gebiet, und so kamen die von den beiden Genossen für unsere beiden Fraktionen begründeten Anträge zu Fall. Bei der Beratung des Kapitalabfindungsgesetzes sprach im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Genosse Bauer für und im Namen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der Genosse Henke gegen die Vorlage. Genosse Bauer glaubte die im Gesetz vorgesehene Ansiedlung von Kriegsbefähigten mit der Sehnsucht nach einem eigenen Heim befeuern zu können; Genosse Henke kam zur Ablehnung, weil der Arbeiter durch die Ansiedlung an die Scholle gefesselt und in völlige Abhängigkeit von der Militärbehörde gebracht würde. Sowohl das Kapitalabfindungsgesetz wie auch das Gesetz über die Altersrente wurden sofort in dritter Lesung erledigt, ebenso auch das Kaligesez.

Am Montag geht die Galopparbeit um 11 Uhr weiter; unter anderem kommt die Vereinsgesetznovelle und die dritte Lesung des Etats zur Beratung.

#### Feststellung von Kriegsschäden.

Am Sonnabend fand die zweite Lesung der Vorlage in der Reichstagskommission statt.

Der umstrittenste Punkt war der § 1. Die Kommission hatte beschlossen, daß die volle Entschädigungspflicht für Kriegsschäden dem Reiche obliege. Die Reichsregierung wandte sich entschieden gegen diesen Beschluß. Sie erklärte in der gestrigen Sitzung, daß sie dem mit großer Mehrheit gefassten Beschluß entgegenkommen wolle, um das Gesetz nicht zum Scheitern zu bringen, müsse aber fordern, daß der § 1 der Regierungsvorlage wieder hergestellt werde, ferner, daß im § 14 eingeschoben werde: „Durch die Feststellung der Beschädigung wird ein Rechtsanspruch nicht begründet“.

Der § 15 müsse lauten: „Vorschüsse und Vorentscheidungen, welche die Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen auf Schäden im Sinne dieses Gesetzes ausgezahlt haben oder künftig auszahlen, werden ihnen im Rahmen der nach diesem Gesetze getroffenen Feststellungen vom Reiche erstattet. Der Zeitpunkt der Erstattung wird durch besonderes Gesetz bestimmt.“

Im Bedarfsfalle hat das Reich den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen zur Ermöglichung notwendiger Auszahlungen Vorschüsse zu leisten.“

Da im Prinzip den Ansichten der Mehrheit der Kommission entsprochen wurde, einigte man sich und es erfolgte die einstimmige Annahme der Vorlage in der Kommission.

#### Meine Anfrage über Erziehungswesen.

Abg. Schullz-Erfurt hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Durch die militärische Jugendvorbereitung und den damit zusammenhängenden Antrag Nr. 214 des Hauptauschusses, ferner durch die Novelle zum Vereinsgesetz sind eine Reihe von Schul- und Jugend-Bildungsfragen aufgeworfen worden, deren vorsichtige und sachkundige Lösung für die zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Deutschen Reiches von großer Wichtigkeit ist.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, bald nach Beendigung des Krieges und vor der Inangriffnahme irgend welcher Maßnahmen auf dem Gebiet der Schul- und Jugend-Gesetzgebung einen Ausschuß zu berufen, zusammengesetzt aus Vertretern der staatlichen und gemeindlichen Schulpolitik, der pädagogischen Theorie und Praxis und aus sonstigen geeigneten Sachverständigen, der die Frage in ihrer Gesamtheit zu beraten und sich über etwaige gesetzgeberische Schlussfolgerungen für das Reich gütlich zu äußern hat?

Diese Anfrage wird am Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt.

#### Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus trat am Sonnabend zu einer kurzen Sitzung mehr geschäftlichen Charakters zusammen. Die Tagesordnung war zwar recht umfangreich, sie wurde aber künstlich dadurch verkürzt, daß alle Punkte, die geeignet waren, eine Debatte hervorzurufen, abgesetzt wurden.

Mit der Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Gesetze betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von geringbesoldeten Beamten beauftragte das Haus eine besondere Kommission, die im Herbst Bericht erstatten soll. Der verstärkten Haushaltskommission wurden überwiesen die Verordnung vom 1. Mai 1918 über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriegsgebiet zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen, die Denkschrift über die Beseitigung der Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall betroffenen Landesteilen und ein von verschiedenen Parteien gestellter Antrag betr. Kinderbeihilfen und Kriegszulagen an Beamte.

In der nächsten Sitzung, am Donnerstag, wird das Haus die Berichte seiner verstärkten Haushaltskommission über die ostpreussische Lebensmittelfrage und die ostpreussischen Angelegenheiten entgegennehmen. Für die Erörterung dieser Berichte und die Erledigung einiger anderer Fragen ist auch noch der Freitag in Aussicht genommen. Dann wird der Landtag bis Mitte November vertagt werden.

#### v. Falkenhayn über die Zensur.

Auf eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse an den Reichskanzler, die auch dem Generalstabschef abschriftlich gesandt worden ist, hat der Verband folgende Antwort erhalten:

Von der mir übersandten Abschrift der an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingabe vom 20. Mai 1918 habe ich Kenntnis genommen.

Ich beehre mich, zu bemerken, daß auch ich eine jede Beschränkung der Pressefreiheit für schädlich halte, die nicht den Zwecken der Kriegführung dient. Ich werde deshalb alle Bestrebungen, die darauf hincielen, der Presse innerhalb dieser Grenzen Unabhängigkeit zu sichern, fördern, und werde die Mitarbeit, welche die Presse durch Lösung ihrer hohen vaterländischen Aufgabe der Kriegführung leistet, wie bisher so auch in Zukunft mit Dank begrüßen.

(gez.) v. Falkenhayn, General der Infanterie.

## Das tägliche Brot.

### Kriegsernährungsamt und Städte.

Amlich, Berlin, 3. Juni. (W. L. B.) Heute nachmittag fand auf Einladung des Kriegsernährungsamts im Reichsamt des Innern eine Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke statt. Neben dem Oberbürgermeister von Berlin und mehreren Vertretern anderer Groß-Berliner Gemeinden und Kreise waren Oberbürgermeister aus den verschiedenen Teilen Deutschlands erschienen. Vertreten war auch der Verband der Städte unter 25 000 Einwohnern und die Vereinigung der größeren Landgemeinden und Landkreise. Die Aussprache bezog sich auf

die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, insbesondere in den nächsten Monaten bis zur neuen Ernte, und auf die Durchführung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung. Ueber die Art, wie die bezüglichen Mißstände zu beseitigen sind, ergab sich Einigkeit. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Reichsstellen legten dar, daß die Versorgung bis zur nächsten Ernte in jeder Hinsicht gesichert sei und daß die durch geographische und wirtschaftliche Verhältnisse entstandenen örtlichen Versorgungsstörungen, die schon in letzter Zeit geringer geworden seien, noch weiter beseitigt werden würden. Eine eingehende Besprechung entstand bei der Frage der Massenpeisung, deren weiterer Ausbau auf Grund der von den Oberbürgermeistern Dr. Dehne-Blauen und Koch-Kassel erstatteten Referate allseitig empfohlen wurde. Die von dem Kriegsernährungsamt in Aussicht genommenen vorläufigen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Butter und Speisefett wurden gutgeheißen.

#### Eisenbahnarbeiter gegen die Lebensmittelnot.

Die Vertrauensleute und Ortsvereinsfunktionäre des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter hielten am Freitag in Berlin eine Versammlung ab, um zu der Lebensmittelnot und der Teuerung Stellung zu nehmen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird Abhilfe verlangt und gleichzeitig die Verbandsleitung ersucht, weiterhin um die Erhöhung des Arbeitseinkommens der Eisenbahner bemüht zu sein. Die Teuerungszulage stehe in keinem Verhältnis zu den Teuerungspreisen.

#### Warum die Waren verderben . . .

Je rarer die einzelnen Lebens- und Bedarfsmittel werden, um so „verdienstoffoller“ wird der Handel mit ihnen, um so länger wird die Kette, mit der man die Verbraucher fesselt.

Welcher Art die Glieder der Kette sind, lehrt eine Prüfung der Kauf- und Verkaufsangebote in den Tageszeitungen.

Eine Prüfung derartiger Anzeigen an fünf Tagen im „Berliner Tageblatt“ ergab:

Von den 238 Inserenten waren 86 im neuesten Adreßbuch oder Fernsprechverzeichnis nicht aufzufinden, sie haben also entweder keine eigene Wohnung oder sind erst im Laufe des letzten halben Jahres „anzässig“ geworden.

53 bezeichneten sich als „Kaufmann“, „Vertreter“, „Agent“, nur 25 haben bereits Oktober 1915 mit der gleichen Ware gehandelt, 69 dagegen haben „umgelernt“ und kommen aus den gegensätzlichen Berufen. Unter diesen befinden sich: 16 Architekten, Baugeschäfte, Grundstücksvermittler und Immobilienengesellschaften, 10 Chemische, Laboratorien, Ingenieurbüros, Oelhandlungen, Farben- und Lackgeschäfte, 3 Wäschefabrikanten, 3 Stiderei- und Federhandlungen, 1 Verschmudflager, 1 Herrenartikelgeschäft, 1 Kommodengeschäft, 2 Zigarren-, 1 Schuhagent, 2 Hotel- oder Kaffeebesitzer, 1 Liefererseindruderei, 1 Kupferkartenfabrik, 1 Instrumenten- und Sprechmaschinenhandlung, 2 Möbelfabriken, 2 Fabriken für kinematographische Films und Apparate, 1 Pianofabrik, 1 Seligenheitsläufer, 1 Fabrik für Milchflaschen, 2 Hersteller von Buttermaschinen, 1 Kohlenhändler, 6 Rentiers oder Rentieren, 1 Uebersetzungsbureau, 4 Zeitungs- und Kunstverleger, 1 Kaffeterin, 1 Haushälterin. Die gesuchten und angebotenen Waren sind gar nicht aufzählbar, alle Lebensmittel, Seife, Öl, Leim, Kerzen, dazu alle möglichen und unmöglichen „Erfahrmittel“.

Die Gefahren solcher Zustände liegen auf der Hand: Diese Zwischenhändler wollen alle verdienen, alle treiben die Preise und wissen oder verstehen nichts von der Ware. Die wenigsten haben geeignete Aufbewahrungsräume. Die Ware, wenn sie endlich an den Verbraucher gelangt, ist in zahlreichen Fällen minderwertig, wenn nicht ganz verdorben, jedenfalls sinnlos verteuert.

Dazu die Regent-Schriftsteller, sie beglücken die Welt mit den unbrauchbarsten, oft auch schädlichen Erfahrmitteln, an denen sie selber, die Hersteller, Großhändler und Kleinkaufleute, „eine Stange Gold“ verdienen! Es gibt offenbar gar nicht genug Untersuchungsämter, um nur den größten Schwindel aufzudecken.

Im Interesse der Verbraucher, im Interesse der Volksgesundheit, muß gefordert werden: Der Handel mit Lebens- und Bedarfsmitteln wird beschränkt auf diejenigen, die Zuverlässigkeit, Sachkunde und für die Aufbewahrung geeignete Vorrichtungen nachweisen können. Erfahrmittel aller Art bedürfen, ehe sie in den Verkehr gebracht werden, der Genehmigung (Unschädlichkeit, Nährwert, Preiswürdigkeit).

# Reiser



**Leinen**  
Weiß: 5,90 6,90 7,90 Schwarz: 8,90



**Leinen**  
Weiß: 4,90 6,90 7,90 Schwarz: 8,90

Grabenstraße 179  
Zaunblumstraße 20  
Rauigstraße 34  
Leipziger Straße 63  
Oranienstraße 67a  
Moabit, Turmstraße 50  
Müllerstraße 30  
Oranienstraße 34  
Neußölln, Bergstr. 7/8  
Friedenau, Rheinstr. 14

Unsere Auswahl in modernen  
**Herrn-, Damen- u. Kinderschuhen**  
sowie **Halbschuhen**  
ist noch sehr reichhaltig.

Sonntag von 8-10 und 2-6 Uhr geöffnet.

# Finngütern

bringt bei uns erfahrungsgemäß den stärksten Andrang Kauflustiger. —

Zweifellos wirds diesmal nicht anders sein.

Deshalb bitten wir Sie schon heute im allseitigen Interesse nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zu Ihren Einkäufen bei uns zu benutzen.

**Einiges aus unseren gewaltigen Vorräten:**

## Blaue Jackenkleider

24.50	29.75	34.—	39.75
43.50	47.—	51.—	54.50

## Fantasie-Kostüme

27.50	32.50	36.—	39.50
42.—	46.—	49.50	52.—

## Leder-Körper

24.—	27.50	29.75	32.75
34.50	35.50	37.50	39.75

## Fantasie-Jacken

13.75	15.75	17.50	19.—
21.50	22.50	24.—	26.—

## Schwarze Mäntel mit Seidenglanz

Noiree	29.75	32.50	36.—	37.50
Colienne	32.75	35.50	38.50	41.50

## Alpaka-Mäntel

19.75	22.50	25.50	28.50
-------	-------	-------	-------

Dieser entzückende

## Moiree-Paletot

aus vorzüglicher Ware mit sehr eigenartigem doppeltem Gürtel, durch schmale Schöße netz verziert,

genau wie Zeichnung, kostet bei uns **nur 29.75**

# C & A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

**Königstr. 33 · Chausseestr. 113**

Am Bahnhof Alexanderplatz

Beim Steffiner Bahnhof

Am Sonntag vor Pfingsten, den 4. Juni, bleiben unsere Geschäfte ausnahmsweise geöffnet!



Aus der Partei.

Zur Beitragsperre in Teltow-Beeskow.

Vom Vorstand des Lichterfelder Wahlvereins erhalten wir nachfolgende Zuschrift:

Zur Aufklärung:

Der Mas des Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow zeigt von neuem, wie sehr dieser Vorstand das Bewußtsein verloren hat, daß er nur der Beauftragte der Parteigenossen sein soll.

Wir haben keine Veranlassung, den Beschluß unserer Mitgliederversammlung vom 10. Mai vor einem hohen Kreisvorstand zu entschuldigen oder auch nur zu verteidigen.

1. Vom Parteivorstand ist in unserem Beschluß nicht die Rede, kann auch nicht sein, weil wir mit dem Parteivorstand nicht in Verbindung stehen und selbstverständlich nur über die Verwendung unserer eigenen Gelder beschließen haben.

Ein Beschluß, diese in gegenwärtigen Kreisvorstand keine Beiträge mehr abzugeben, kann also niemals gegen das Statut verstößen.

2. Die Mitglieder hatten zu diesem Beschluß triftige Gründe. Am 30. Januar d. J. hat bekanntlich der Kreisvorstand in einer Zusammenkunft mit 48 Ortsvorsitzenden eine Resolution zugunsten der Richtung Scheidemann (mit 33 gegen 22 Stimmen) durchgedrückt und diese der Öffentlichkeit als Beschluß einer Kreisgeneralversammlung überreicht, obwohl dazu überhaupt nur eine Kreisgeneralversammlung befugt gewesen wäre.

Um diese gräßliche Irreführung zu widerlegen, haben eine ganze Reihe von Ortsvereinen die Einberufung einer Generalversammlung beantragt. Gegenüber seiner Verpflichtung laut § 8 des Statuts hat der Kreisvorstand diese immer wieder hinausgezögert, und zwar — nach der Uebersetzung der Mitglieder — nur, weil er eine Neuwahl umgehen wollte.

3. Die Mitglieder hatten zu diesem Beschluß triftige Gründe. Am 30. Januar d. J. hat bekanntlich der Kreisvorstand in einer Zusammenkunft mit 48 Ortsvorsitzenden eine Resolution zugunsten der Richtung Scheidemann (mit 33 gegen 22 Stimmen) durchgedrückt und diese der Öffentlichkeit als Beschluß einer Kreisgeneralversammlung überreicht, obwohl dazu überhaupt nur eine Kreisgeneralversammlung befugt gewesen wäre.

Um diese gräßliche Irreführung zu widerlegen, haben eine ganze Reihe von Ortsvereinen die Einberufung einer Generalversammlung beantragt. Gegenüber seiner Verpflichtung laut § 8 des Statuts hat der Kreisvorstand diese immer wieder hinausgezögert, und zwar — nach der Uebersetzung der Mitglieder — nur, weil er eine Neuwahl umgehen wollte.

4. Aber durfte ein so „gewaltiger“ Beschluß von so wenig Mitgliedern gefaßt werden? — Werkwürdig! Als der Kreisvorstand am 30. Januar seine famose Vertrauenskundgebung für die Richtung Scheidemann losließ, fragte er nicht so ängstlich nach der Zahl der Kundgeber. Da hat er von 18 000 Neuföllner Mitgliedern nur einen zugelassen, und von 23 in Markgroßpöste auch einen! — Doch wir können ihn beruhigen. Wir haben in Lichterfelde infolge des Krieges nicht mehr 800 Mitglieder, sondern außer den Kriegsteilnehmern nur noch zirka 180, und von diesen waren rund 40 in der Versammlung anwesend. Das dünkt uns ein ganz hübscher Prozentsatz. Auch können wir ihm verköten, daß seit der Amtsdauer des gegenwärtigen Ortsvorstandes, das heißt seit 7 Monaten, sich der Besuch der Versammlungen sehr gehoben hat. Freilich waren nämlich (seit Kriegsbeginn) oft nur 6 bis 8 Genossen zu den Versammlungen erschienen, jetzt sind 30 bis 40 die Regel.

5. Aber der wichtige Antrag war den Mitgliedern nicht vorher in der Tagesordnung bekanntgegeben! — Nein, das war er allerdings nicht, aus dem einfachen Grunde, weil er gar nicht vom Ortsvorstande ausging. Die Mitglieder haben sich erlaubt, aus sich heraus, ohne Bevormundung durch den Vorstand, das zu beantragen und zu beschließen, was sie für notwendig hielten, und der Vorstand führt diesen Beschluß einfach aus.

6. Aber lassen wir doch diese juristischen Floskelnereien beiseite, obwohl auch sie dem Kreisvorstand alles Unrecht geben. Jeder sieht doch, worum es sich handelt. Die 7 um Thuron, welche immer noch widerrechtlich die Aemter des Kreisvorstandes festhalten, haben nun schließlich doch eine Generalversammlung einberufen müssen. Sie haben sie soweit wie möglich hinausgeschoben, bis zum 18. Juni, nur eine Woche vor der Verbandsgeneralversammlung, obgleich dort manche Anträge drei Wochen vorher eingereicht sind. Nun wollen sie die Zeit bis dahin nützen und sich heizigen eine gefügige Mehrheit für den 18. Juni zurechtbauen. Sie wollen Napoleon den Kleinen spielen. Um das furchtbare Unheil zu verhüten, daß an ihrer Stelle andere Genossen in den Vorstand gewählt werden, drohen sie mit Zerstückung der Organisation, mit Spaltung der Partei! Denn das und nichts anderes ist es, was sie unternehmen wollen. Das wäre das Letzte, daß der Kreisvorstand sich die Funktionäre und Delegierten, die ihn kontrollieren sollen, selbst ernannt.

7. Aber sie mögen nur kommen. Die Genossen in Lichterfelde haben schon lange durchschaut, was vorgeht, und werden die Partei Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Lichterfelde, und die Organisation vor diesen kleinen Napoleons zu schützen wissen Karl Wittenzmei, Julian Vorkardt, Albert Wenzel, Rich. Lehmann, Marie Osburg, Otto Osburg, Gustav Tillack, Hugo Finke, Alwine Senst, Ernst Einger.

Eine weitere Einwendung, die uns vom Kreisvorstand von Teltow-Beeskow zugeht, lautet:

Die Angst vor der eigenen Courage?

Die Redaktion des „Vorwärts“ und der neue Vorstand des Wahlvereins Neufölln bemühen sich nachzuweisen, daß die Auffassung des Kreisvorstandes über die Bedeutung der angenommenen Neuföllner Resolution eine willkürliche sei und eine falsche Auslegung erfahren habe. Dies Bemühen ist vergeblich.

Der Kreisvorstand hat die Situation durchaus richtig bewertet, daran ändern alle Auslegungskünste erfahrener Rabulisten nichts. Die nachträgliche „Erkenntnis“ des neuen Vorstandes kann den Kreisvorstand in seiner dargelegten Auffassung auch nicht irren machen; denn nicht nur er, sondern auch der alte Vorstand des Wahlvereins Neufölln, der die Dinge doch aus nächster Nähe kennt, hat dieselbe Auffassung über Tendenz und tatsächliche Bedeutung des gefaßten Beschlusses. Darüber ist ein Zweifel auch unmöglich, da sowohl der Verlauf der Debatte in den Versammlungen wie diese überhaupt die Richtigkeit unserer Anschauung bestätigen.

Der alte Ortsvorstand legte der Versammlung eine Resolution vor, in der es heißt:

„In ebenso energischer Weise wehrt sich die Versammlung gegen die direkten und indirekten Bestrebungen, dem Parteivorstand oder einer Parteiorganisation die Beiträge zu sperren.“

Nachdem im Gegensatz hierzu die Resolution Zirkel-Regge sodann zum Beschluß und zur Richtschnur für die künftige Politik des Ortsvereins erhoben war, lehnte der alte Vorstand eine Wiederwahl ab. Bei der dann folgenden Neuwahl wurden alle Kandidaten zuerst über ihre Stellung zu der umstrittenen Beitragsperre befragt und erst, nachdem sie sich für dieselbe ausgesprochen hatten, wurden sie gewählt. Der neue Vorstand besteht also fast ausschließlich aus Anhängern der Beitragsperre. Er ist auf sie verpflichtet worden!

Klar und eindeutig beschloß die Neuföllner Versammlung: „Diesem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren.“

Wenn sie weiter beschloß: „und fordert die Vertreter im Parteivorstand auf, in diesem Sinne zu wirken“, so ist damit nicht das Weiterzahlen der Beiträge ausgesprochen, sondern nur die Aufforderung nach Ausdehnung der Beitragsperre über den Rahmen des Neufölln hinaus für den ganzen Kreis.

Wenn der neue Vorstand jetzt nachträglich erklärt:

„daß auch er die Beiträge weiter an den Kreis abführen wird, selbst wenn die Kreisgeneralversammlung die Beitragsperre gegenüber dem Parteivorstand ablehnen sollte“,

dann vertritt er gegen den Beschluß der Generalversammlung, derselbe ist dann sinnlos und eine leere Demonstration. Daß das nicht der Zweck der Uebung war, dagegen spricht der ganze Verlauf der Versammlungen. Es handelte sich sowohl bei der Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen wie in der vorhergehenden Debatte nicht um theoretische Prinzipienklärungen zu einer bestimmten „Anschauung“ über die Beitragsperre, sondern der Frage wurde mit Recht eine eminent praktische Bedeutung von allen Versammlungsteilnehmern beigegeben.

Daß die Erklärung des neuen Vorstandes nur eine Ausflucht aus dem Dilemma darstellt, geht schon aus folgendem Satz derselben hervor:

„daß ja der Ortsverein Neufölln dem Parteivorstand die Beiträge gar nicht sperren kann; das sei nur möglich, wenn ein Beschluß des Kreises vorliegt.“

Das ist ein völlig mißlungenes Rückzugsmanöver. Der Kreis entnimmt seine Beitragsmarken vom Bezirk und liefert seine Beiträge auch nicht direkt an den Parteivorstand ab, sondern an den Bezirksvorstand Groß-Berlin; dieser erst führt sachungsgemäß die an ihn von den dem Bezirk angeschlossenen Kreisvereinen abgeführten Beiträge an den Parteivorstand ab. Solange also der Kreis von dem Bezirksvorstand Groß-Berlin seine Beitragsmarken bezieht, erhält auch der Parteivorstand, was ihm gebührt. Würde der Kreis aber vom Bezirk keine Beitragsmarken beziehen, was statutenwidrig wäre, würde er damit automatisch aus der Bezirksorganisation und damit aus der Parteioorganisation überhaupt ausgescheiden.

Nein! Die Absicht der Spaltung liegt klar zutage. Die Neuföllner Resolution stellt sich ausdrücklich auf den Boden der Politik, als deren Vertreter sie auch Kühle benennt, des Kühle, der schon im Dezember 1915 erklärte: die Spaltung der Partei soll und muß kommen, ja, daß sie von vielen Tausenden sehnlichst gewünscht werde, „die die unausbleibliche Spaltung der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer der Sozialdemokratie machen“.

In Konsequenz dieser Politik erfolgte in dem Flugblatt: „Die Lehre vom 24. März“ die Aufforderung:

„Die Organisationen müssen sich entschließen, die Parteigelder dem Parteivorstand zu sperren“,

und in dem Spartakus-Briefe vom 22. April die Parole zum Angriff:

„Die Beitragsperre wird und muß sich durchsetzen und wie ein fliegendes Feuer über die ganze Partei verbreiten.“

Als Machtkampf, nicht als Formel muß dieser Entscheidungslampf ausgetragen werden.

„Was sollen engherzige Buchstaben bedeuten, was soll Kleinliche Paragraphen-Rechnungsträgererei in einem Augenblicke von solcher Bedeutung? ...“

„Diesem Parteisthem ... keinen Mann und keinen Groschen, sondern Kampf bis aufs Messer!“

Das ist der Weg, das ist das Ziel!

Die geplante und durch das Zugreifen des Kreisvorstandes mißlungene Aktion der Neuföllner Spartakus-Gruppe, nämlich des neuen Vorstandes, kann weder durch die geschickteste Rabulistik und advokatorischen Spitzfindigkeiten, noch durch sophistische Auslegungskünste der „Vorwärts“-Redaktion oder nachträgliche Erleuchtung und Deklarationen der Geburtshelfer der Erklärung des neuen Vorstandes den klaren Sachverhalt verdunkeln.

Die Erklärung des neuen Vorstandes ist nichts anderes als ein Täuschungsmanöver oder die Angst vor der eigenen Courage.

Der Kreisvorstand. Thuron, Böcke, Groger, Bagels, Etieffenhofer, Kyned, Wenzel.

Der bisherige Vorstand von Neufölln schreibt uns: Gegenüber der Erklärung des neugewählten Vorstandes zu dem Beschluß der Neuföllner Generalversammlung sieht sich der bisherige Vorstand zu folgender Erklärung veranlaßt:

In der vorletzten erweiterten Vorstandssitzung, in der die Funktionäre aufgefordert wurden, in den Zahlhabenden Stellung zu den Vorstandswahlen zu nehmen, wurde von dem neuen Vorsitzenden folgender Dringlichkeitsantrag gestellt:

Zur Beschlußfassung in der erweiterten Vorstandssitzung und in den Zahlhabenden sowie zur Einberufung einer Generalversammlung beantrage ich, daß die am Ort erhobenen Beiträge am Ort verbleiben müssen, mit der Begründung, daß diese Maßnahme absolut notwendig ist zur Wahrung der Interessen der Mitglieder. Als energischer Protest gegen den Ausschluß unseres Parlamentsvertreters aus der Fraktionsgemeinschaft, als wirksame Unterstützung des Beschlusses des Parteivorstandes vom 2. April, zum baldmöglichsten Einhalt der Organisationszersplitterungsmaßnahmen des Parteivorstandes.

Als dieser Dringlichkeitsantrag gegen 5 Stimmen abgelehnt war, fiel von einem Unterthürer des Antrages der Ausdruck, daß der Antrag wiederkommen werde.

Diese Tatsache veranlaßte den Wahlvereinsvorstand, der Generalversammlung beim Bericht des örtlichen Vorstandes und als Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit des Ortsvorstandes die Resolution einzubringen, die in ihrem letzten Abschnitt lautet:

In ebenso energischer Weise wehrt sich aber die Versammlung gegen die direkten und indirekten Bestrebungen, dem Parteivorstand oder einer Parteiorganisation die Beiträge zu sperren.

Im Gegensatz dazu wurde dann die von den Genossen Regge und Zirkel eingebrachte Resolution angenommen, in der es heißt: diesem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren.

Dieser Beschluß konnte nur so aufgefaßt werden, die örtlichen Mittel zu sperren. Das kam auch bei den neuzubehenden Vorstandssitzungen dadurch zum Ausdruck, daß jedem einzelnen Kandidaten die Frage vorgelegt wurde, ob er mit der Beitragsperre einverstanden sei. Es trat weiter dadurch in Erscheinung, daß die beiden in den Vorstand gewählten Gegner der Beitragsperre gegen erhebliche Minoritäten gewählt wurden; trotzdem nichts gegen sie vorlag und sie keine Gegenkandidaten hatten.

Würde der Beschluß sich nur auf Anträge zur Kreisgeneralversammlung oder um eine vom Parteivorstand von Groß-Berlin zu verhängende Beitragsperre gegen den Parteivorstand erstrecken, wäre die Befragung der Ortsvorstandskandidaten sowie die ganze Behandlung dieser Materie bei rein örtlichen Angelegenheiten zwecklos und überflüssig gewesen.

Wenn jetzt versucht wird, die Sache so darzustellen als wenn sich nur die Groß-Berliner Instanzen damit beschäftigen sollten, so können wir das nur als ein ganz klägliches Rückzugsgefecht bezeichnen.

Alfred Scholz, Hermann Radtke, Paul Keller, Fritz Brinmann, Julius Kummel, Louis Jahrmarkt, Gertrud Scholz, Bertha Dietrich.

Wir halten diesen Streit für uns damit erledigt, die weitere Auseinandersetzung muß in der demnächst stattfindenden Kreisgeneralversammlung erfolgen.

Zu den Parteidifferenzen in Bremen.

In der schon gemeldeten Angelegenheit gegen den Geschäftsführer Genossen Rose von der „Bremser Bürgerzeitung“ und gegen die Firmenträger des Parteiuunternehmens nahm die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Bremen in einer weiteren Sitzung eine Resolution an, in der die Kündigung Roses aufrechterhalten wird. Ferner wurde eine Kommission eingesetzt, die versuchen soll, in Verhandlungen mit dem Parteivorstand in Berlin einen anderen Gesellschaftsvertrag in Sachen des Bremer Parteigeschäfts zu erzielen, der den Bremern das Entscheidungsrecht einräumt.



Advertisement for Surol Salad- and Household-Essig. Includes text: 'besonders preiswerter Salat- und Haushaltungs-Essig', 'Originalflasche 35 Pfg. ohne Flasche', 'Alleiniger Fabrikant Carl Kühne', 'Essig- und Mostrichfabrik BERLIN N. 31'.

# Oskar Wollburg

56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57  
Spezialhaus für Damen- u. Mädchen-Konfektion,  
**Leichte Sommerkleidung**  
in entzückenden Neuheiten und jeder Preislage.

**Elegante Kostüme** aus Hollanda, Frotté, Leinen, Bast, Cheviot, Twill etc.  
in großer Auswahl 18<sup>75</sup>, 29<sup>50</sup>, - 76.-

**Seldene Mäntel u. Jacken** aus Mohr, Taft etc.  
nur feine Formen 19<sup>75</sup>, 24<sup>50</sup>, - 45.-

**Popeline-Mäntel u. Paletots** in nur modernsten Formen 16<sup>75</sup>, 28<sup>50</sup>, - 33.-

**Sportjacken u. Covercoat-Paletots**, 13<sup>50</sup>, 19<sup>75</sup>, 27.-, 34.-

Besonders billiges Angebot in Kinder- und Backfisch-Konfektion sowie in Röcken, Blusen etc.

Durch Selbstfabrikation in grossem Stil bin ich in der Lage, trotz der grossen Preistelgerungen und Mangel an Stoffen ganz besondere Vorteile zu bieten.




Popeline-Mantel 24 50

Seiden-Mantel 34 75

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gärtner  
**Emil Mengeler**  
Reichenberger Str. 63a  
am 1. Juni gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr im Krematorium, Gerichtsstr. 37/38, statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bauanführer  
**Hermann Sotscheck**  
Schöneberg, Oberstr. 75a  
am 31. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Schönberger Gemeindefriedhofes, Platte 50/51, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fernschreiber  
**Georg Ziska**  
am 1. Juni an Selbstmord gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Obersalbe statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Paul Bode**  
Reignitzer Str. 7  
am 2. Juni gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Erich Lange**  
Reußhän, Oberstr. 109  
am 1. Juni gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Reußhän, Mariendorfer Weg, aus statt.

Kege Beteiligung erwartet.  
117/20 Die Ortsverwaltung.

**Deutsch. Transportarbeiter-Verb.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hilfsarbeiter  
**Erich Koitzsch**  
am 31. Mai im Alter von 19 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
65/7 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegen  
**Georg Prötsch**  
**Willi Wonneberger**  
und  
**Hugo Kirst**  
gefallen sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.  
76/7

**Kranken- und Begräbniskasse der Seifensieder und Berufsgenossen.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied  
**Paul Bodenberger**  
an den Folgen einer Lungen- und Rippenfellentzündung in einem Lazarett verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
284/10 Der Vorstand.

Am 1. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater und Großvater, der Gärtner  
**Emil Mengeler**  
im 63. Lebensjahre.  
Auguste Mengeler, verw. Vollandt, geb. Dierich.  
Max und Käthe Mehlitz.  
Franz und Elise Kubach.  
s. S. im Felde.  
Walter und Paul Vollandt, s. S. im Felde, und Horst als Entel.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtsstr. 37/38, statt.

Am 1. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater und Großvater, der Gärtner  
**Emil Mengeler**  
im 63. Lebensjahre.  
Auguste Mengeler, verw. Vollandt, geb. Dierich.  
Max und Käthe Mehlitz.  
Franz und Elise Kubach.  
s. S. im Felde.  
Walter und Paul Vollandt, s. S. im Felde, und Horst als Entel.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtsstr. 37/38, statt.

# Garderobe

auf Teilzahlung  
Wochenrate 1 M.  
Bekanntes in Covercoat sowie in allen Farb-, Covercoatmäntel, Blusen, Röcke  
Entzückende Neuheiten am Lager.  
Knaben- und Mädchengarderobe für jedes Alter.  
Trotz der Teuerung billige Preise!!  
**Riesen-Auswahl.**  
Herren-Anzüge, Paletots und Ulster  
**M. Beiser,** Lothringer Straße 67  
Sonntag v. 8-10 u. 2-6 Uhr geöffnet.

Münzen kauft Rob. Ball Robl., Wilmersdorfer Str. 46/47  
**Westmann's Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnenstr.)  
II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Auswahländerungen sofort.  
Ami Zentrum 3890.  
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin - Fichtersfelde.**  
Dienstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Wahrendorf**, Hindenburgdamm 104:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die Eingriffe des Kreisvorstandes.  
2. Vereinsangelegenheiten.  
Alle Mitglieder werden gebeten zu erscheinen.  
196/5 Der Vorstand.

Rasch und sicher wirkend bei:  
**Jogal**  
Gicht Hexenschuß  
Rheuma Nerven- und Ischias Kopfschmerzen  
Wesentlich glänzender begünstigt. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis Btl. 1.40 u. 2fl. 3.50.

**Knaben-Waschanzüge,** Knabenblusen, Knabenhosen usw.  
laufen Sie am preiswertesten direkt in der Fabrik  
**Andreasstr. 50, 1. Trepp,** kein Laden.

**Kranzspenden** sowie sämtliche Blumenarrangements  
Liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 291.7903.

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75 II  
Vollständige Beleihung  
Diskretion, Realität.  
Gelegenheitskäufe  
Uhren  
Brillanten  
Goldwaren  
10-50 % unter Ladenpreis.  
Wer ist Abnehmer für einige Tausend Gänse, Lieferung August-September, sowie für regelmäßige Lieferung von und anderen Lebensmitteln?  
Zur Rücksprache bin Montag u. Dienstag 9-11 im Grand Hotel Alexanderpl.

**Hühneraugen**  
Schmerzhafteste Fußsohlenverhärtung u. Hornhaut entfernt mit absoluter Sicherheit mittels „Rosco“. Einziges Radikalmittel für eingewurzelte Leiden. Seit 25 Jahren bewährt! Dose 75 Pf., gegen W. 1.— franko durch **Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

**Spezialarzt**  
für Gynäk., Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedr. Str. 81, Panoptikum.  
Spracht. 10-2, 5-9, Sonntags 11-2.  
Honorar möglich, auch Teilzahl.  
— Separates Damenzimmer.

**Programme** in guter Ausführung gehören zu jedem Arbeiterfest  
Der Arbeiterschaft würdige Druckarbeiten liefert die **Vorwärts Buchdruckerei** Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Größte Einkaufsvorteile bietet  
**Di. Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**

**Großes Teppich-Lager**  
aller Größen und Qualitäten.  
Sofa-Größe . . . 10, 15-40 M.  
Salon-Größe 13, 20, 30-150 M.  
Saal-Größe . . 45, 60, 75-900 M.  
Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken, Steppdecken usw.  
1 Posten Kocheil-Tischdecken  
4,50, 6,00, 10,00 u. 18 M.  
Spezialkatalog kostenlos u. portofrei.

**Allgemeine Familiensterbekasse zu Berlin.**  
Am 31. Mai verstarb der Gründer und das Mitglied unserer Kasse, Herr  
**August Acke.**  
Der Verstorbene war seit Gründung der Kasse (1874) als Vorsitzender tätig. Sein Alter zwang ihn im Jahre 1912 diese Funktion einem anderen Mitgliede zu überlassen. Seine rege Mitarbeit für den Ausbau der Kasse und Werbung von Mitgliedern war ihm eine Freude.  
Der Verstorbene war uns stets ein guter Berater; wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.  
Der Vorstand.  
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 5. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

**Nachruf.**  
Am 21. Mai fiel in den Kämpfen der Dreher  
**Ernst Faak**  
Landwehrmann im 41. Inf.-Reg., 11. Komp. 126/1  
Er war uns ein lieber und aufrichtiger Kollege, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Dreher der Abt. Waterne im Ausbau der Bergmann-Werke, Rosenthal.  
Am 14. März verstarb als Opfer des Weltkrieges im Feldlazarett unser Kollege  
**Hans Swiecznik.**  
Wir verlieren in ihm einen pflichttreuen und tätigen Kollegen, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. 106/1  
Die Kollegen der K. G. G. Brunnenstraße, Abteilung Weisser Brause.

**Nachruf.**  
Am 18. Mai 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges unser jüngster Sohn, Musikant  
**Rudolf Plöse**  
Inf.-Reg. Nr. 20  
im noch nicht vollendeten spanngelassenen Lebensjahre. 111/1  
Die trauernden Eltern und Geschwister, Familie Plöse, Charlottenburg.  
Dir die Ruhe, und der Schmerz.

**Nachruf.**  
Gewidmet zu seinem 38. Geburtstag am 4. Juni.  
Hans Waterland verstarb am 22. Februar 1916 mein innigstgeliebter Mann, der treuherzige Vater seiner beiden Kinder, der Landsturmmann  
**Wilhelm Schmidt**  
Infanterie-Regiment 72  
In schmerzlicher Erinnerung von Deiner lieben Frau  
**Margarete Schmidt**  
geb. Ehrenreich  
nebst Töchtern Edith und Gerda, Rigaer Str. 31.  
Die Gedächtnis, die nicht Kraus noch Blumen tragen,  
Die einsam und verlassen liegen ganz allein,  
Sie schlafen oft mit allen ihren Klagen  
Das beste Herz, den liebsten Menschen ein.

**Sängerkor „Wedding“.**  
M. d. A.-S.-B. Gau Berlin.  
Den Sängerkollegen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Maryan Dolinski**  
am 1. Juni verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Hermann Mundt**  
Reußhän, Bobbinstraße 7  
im Alter von 39 Jahren nach schwerer Verwundung im Lazarett verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Hofenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Hermann Mundt**  
Reußhän, Bobbinstraße 7  
im Alter von 39 Jahren nach schwerer Verwundung im Lazarett verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Hofenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/11 Die Ortsverwaltung.

**Nachruf.**  
Am 21. Mai fiel in den Kämpfen der Dreher  
**Ernst Faak**  
Landwehrmann im 41. Inf.-Reg., 11. Komp. 126/1  
Er war uns ein lieber und aufrichtiger Kollege, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Dreher der Abt. Waterne im Ausbau der Bergmann-Werke, Rosenthal.

**Nachruf.**  
Am 18. Mai 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges unser jüngster Sohn, Musikant  
**Rudolf Plöse**  
Inf.-Reg. Nr. 20  
im noch nicht vollendeten spanngelassenen Lebensjahre. 111/1  
Die trauernden Eltern und Geschwister, Familie Plöse, Charlottenburg.  
Dir die Ruhe, und der Schmerz.

**Nachruf.**  
Gewidmet zu seinem 38. Geburtstag am 4. Juni.  
Hans Waterland verstarb am 22. Februar 1916 mein innigstgeliebter Mann, der treuherzige Vater seiner beiden Kinder, der Landsturmmann  
**Wilhelm Schmidt**  
Infanterie-Regiment 72  
In schmerzlicher Erinnerung von Deiner lieben Frau  
**Margarete Schmidt**  
geb. Ehrenreich  
nebst Töchtern Edith und Gerda, Rigaer Str. 31.  
Die Gedächtnis, die nicht Kraus noch Blumen tragen,  
Die einsam und verlassen liegen ganz allein,  
Sie schlafen oft mit allen ihren Klagen  
Das beste Herz, den liebsten Menschen ein.

**Sängerkor „Wedding“.**  
M. d. A.-S.-B. Gau Berlin.  
Den Sängerkollegen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Maryan Dolinski**  
am 1. Juni verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Hermann Mundt**  
Reußhän, Bobbinstraße 7  
im Alter von 39 Jahren nach schwerer Verwundung im Lazarett verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Hofenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Hermann Mundt**  
Reußhän, Bobbinstraße 7  
im Alter von 39 Jahren nach schwerer Verwundung im Lazarett verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Hofenstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/11 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Satler und Porteleullier.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Als Opfer des Weltkrieges fielen die Kollegen  
**Richard Herbach**  
25 Jahre alt.  
**Franz Wusterack**  
25 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!  
158/2 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Kürschner-Verband.**  
Filiale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 1. Juni unser Mitglied, der Jurist  
**Hermann Hoffmann**  
nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 29 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 4. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Falkenberg-Kirchhofes, Weissenhof, aus statt. 100/2  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 26. Mai 1916 unser lieber Sohn, Bruder, Brautgamm, Schwager und Onkel, der Musikant  
**Richard Mühle**  
Inf.-Reg. Nr. 183, 1. Komp., im vollendeten 28. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
Die trauernden Eltern und Geschwister,  
Elisabeth Felten als Braut und Mutter.  
Wir konnten Dich nicht sterben lassen,  
Nur nicht an Deinem Grabe stehen,  
Nichts können wir Dir mehr bieten,  
Mit nichts Dich mehr ersetzen.  
Nicht eine Handvoll Blüten  
Auf Deinen Hügel streuen.  
Ruhe sanft!

Am 1. Juni verschied nach langem schwerem Leiden der Tischler  
**Heinrich Mestel.**  
Um stille Teilnahme bitten  
Frau Witt.  
Die Beerdigung findet Montag, den 5. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von dem Emmaus-Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.

Auf dem Felde der Ehre fiel am 22. Mai 1916 unser ungeliebter Sohn, guter Bruder, Schwager und Onkel, der Musikant  
**Gustav Lehmann**  
Inf.-Reg. Nr. 207, 8. Komp. im blühenden Alter von 19 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
Die trauernden Eltern und Geschwister. 17/1  
Er starb so jung,  
Er starb so früh,  
Wer ihn geliebt,  
Bergt ihn nie.  
Gustav Lehmann (Vater), Berlin - Schöneberg, Hofenstraße 23.

Als Opfer dieses Krieges fiel am 19. Mai mein lieber, guter Mann, Vater meines einzigen Kindes, Sohn, Bruder, Schwäger, Sohn und Schwager, der Landsturmmann  
**Otto Naumann**  
Inf.-Reg. Nr. 35, 12. Komp. im blühenden Alter von 26 Jahren.  
Im tiefsten Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen [128/1]  
**Frida Naumann**  
und Eilchen Kurt.  
Du starbst im Frühling Deines Lebens,  
Geschloßst Du mit treuem Fleiß.  
Mit unser Hoffen war vergessend,  
Du fehltest niemals wieder beim Run schäumte Du in toller Lust,  
Unsere Liebe deint Dich zu.



# Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

**Am 28. April 1916** fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse  
**Anton Wycisk**  
Bauspener Str. 6, Bezirk 50.  
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.

**Am 8. Mai** fiel im Alter von 21 Jahren der Tischler  
**Karl Zern**  
Eßlinger Straße 2, Bezirk 509 II.

**Am 13. Mai** fiel im Alter von 23 Jahren der Genosse  
**Erich Riemer**  
Oppelner Straße 24, Bezirk 194.

**Am 30. Mai** starb infolge einer Verwundung im Alter von  
39 Jahren der Schuhmacher  
**Albert Jasmann**  
Goldbaper Straße 8, Bezirk 432.

**Am 25. Mai** fiel im Alter von 28 Jahren der Klavierarbeiter  
**Richard Mühle**  
Polener Str. 6, Bezirk 318 I.  
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkr.

**Am 26. Mai** fiel der Arbeiter  
**Hermann Wesenberg**  
Jablonski-Straße 18, Abt. Ia.

**Am 29. Mai** fiel in einem Seegefecht der Voder  
**Friedrich Knaak**  
Zunemannsstraße 37, Abt. I.  
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkr.

**Am 26. Mai** fiel im Alter von 42 Jahren der Geiger  
**Wilhelm Dornemann**  
Stettiner Str. 29, 18. Abt., Bez. 814.

**Am 18. Mai** fiel im jugendlichen Alter von 21 Jahren der Arbeiter  
**Richard Steuer**  
Kuppiner Str. 26, 9. Abt., Bez. 589.

**Am 19. Mai** fiel im Alter von 26 Jahren der Werkzeugmacher  
**Otto Neumann**  
Gdyrener Str. 13, 4. Abt., Bez. 643a.

**Am 6. Mai** fiel im Alter von 29 Jahren der Schlosser  
**Fritz Jesorka**  
Schönhauser Allee 50, 7. Abt., Bez. 574.

**Am 22. Mai** fiel im Alter von 26 Jahren der Gussblemer  
**Willi Schlächter**  
Frenzlauer Allee 188, 4. Abt., Bez. 544.

Infolge schwerer Verwundung (durch Kopfschuß) verstarb am  
17. Mai im Lazarett im Alter von 30 Jahren der Krankentrassenbeamte  
**Otto Imhoff**  
Kärntenstraße 17, 22. Abt., Bez. 773.

In einem Gefecht fiel im Alter von 38 Jahren der Schlosser  
**Otto Gabriel**  
Gerichtstraße 85, 10. Abt., Bez. 651.

**Am 25. Mai** verstarb im Lazarett im Alter von 39 Jahren der  
Schlosser (frühere Bezirksführer)  
**Max Dahme**  
Rosfelder Straße 14, 7. Abt., Bez. 581a.  
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Im Feldlazarett verstarb infolge starken Blutverlustes an seinen  
schweren Verwundungen der Genosse  
**Friedrich Nötzel**  
1. Pionier-Regiment Nr. 20 Charlottenburg, Kantstr. 65.  
Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

**Am 21. Mai** fiel im Felde der Arbeiter  
**Otto Berger**  
Kaiser-Friedrich-Straße 120, 11. Bezirk.

**Am 25. Mai** fiel im Felde der Steinmetz  
**Alfred Bürger**  
Böhmische Str. 50, 11. Bezirk.

Im Oktober starb in Gefangenschaft der Bäckermeister  
**Paul Frischkemuth**  
Pannierstr. 18, 8. Bezirk.

**Am 18. Mai** starb an einer Verwundung der Metallarbeiter  
**Ernst Giese**  
Schillerpromenade 7, 11. Bezirk.

**Am 24. Mai** starb an einer Verwundung der Formet  
**Karl Krempler**  
Steinmeßstr. 11, 19. Bezirk.

**Am 1. Juni** starb im Lazarett an einer Verwundung der Tischler  
**Hermann Mundt**  
Hobditzstr. 7, 7. Bezirk.

Die Beerdigung findet morgen Montag, den 5. Juni, nachmittags  
4 1/2 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof, Ostenseite, statt.  
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

**Am 27. Mai** fiel als Opfer des Weltkrieges unser lieber Genosse,  
der Metallarbeiter  
**Willi Noppens.**  
Sozialdemokratischer Wahlverein Rudow.

**Am 28. Mai** fiel unser Mitglied  
**Theodor Sempf.**  
Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Genosse  
**Paul Petrich**  
Reichsstr. 33, 7. Abt., Gruppe 31,  
im Alter von 28 Jahren, von seiner Verwundung genesen, durch Un-  
vorsichtigkeit eines Kameraden verunglückt ist.  
Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse  
**Max Tetzlaff.**  
Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Reinickendorf-Ost.

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen  
Kollegen.

**Otto Berger**, Richter,  
geb. 1. 1. 1893 in Berlin.

**Artur Cioska**, Dreher,  
geb. 18. 5. 1896 in Jaber.

**Max Dahms**, Schlosser,  
geb. 18. 10. 1876 in Hantsdagen.

**Georg Freund**, Dreher,  
geb. 15. 9. 1884 in Berlin.

**Erich Horn**, Dreher,  
geb. 4. 7. 1895 in Berlin.

**Artur Klemmer**, Mechaniker,  
geb. 3. 2. 1892 in Berlin.

**Karl Krempler**, Formet,  
geb. 7. 10. 1889 in Neudöhlen.

**Karl Madey**, Metallarbeiter,  
geb. 14. 2. 1891 in Neudöhlen.

**Richard Markus**, Dreher,  
geb. 2. 12. 1896 in Berlin.

**Otto Naumann**, Werkzeugschlosser,  
geb. 27. 3. 1890 in Magdeburg.

**Johann Plath**, Schlosser,  
geb. 30. 1. 1894 in Daber-Randow.

**Johann Swicznik**, Schlosser,  
geb. 26. 12. 1885 in Rodoschen.

**Artur Waltzer**, Optiker,  
geb. 15. 5. 1893 in Berlin.

**Johann Wanzke**, Metallarbeiter,  
geb. 24. 2. 1891 in Berlin.

**Alfred Wegner**, Metallarbeiter,  
geb. 17. 12. 1895 in Berlin.

**Artur Wiedrich**, Schlosser,  
geb. 19. 4. 1891 in Augustsburg.

Ehre ihrem Andenken!  
117/18 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

**Alfred Abrahamsohn**, Geschäftsdienet.

**Paul Bielicke**, Geschäftsführer.

**Otto Habermann**, Industriearbeiter.

**Franz Heyer**, Geschäftsdienet.

**Gerhard Kellner**, Geschäftsdienet.

**Friedrich Knaak**, Lagerarbeiter.

**Albert Ottow**, Möbelträger.

**Wenzel Pulz**, Packer.

**Paul Radzun**, Koffmachers.

**Hermann Rebs**, Fensterputzer.

**Ernst Schneider**, Geschäftsdienet.

**Richard Steuer**, Brauereiarbeiter.

**Heinrich Weidner**, Geschäftsdienet.

**Robert Zirpel**, Industriearbeiter.

Ehre ihrem Andenken!  
65/6 Die Bezirksleitung.

Auf dem Felde der Ehre blieb  
am 11. Mai infolge eines Kopf-  
schusses durch Granatplitzer unser  
lieber Sohn, Bruder, Schwager  
und Onkel, der Musikleiter  
**Max Puschmann**  
(Infanterie-Regiment 64)  
im blühenden Alter von 30 Jahren.  
In tiefstem Schmerz  
**Fritz Puschmann u. Frau**,  
Brüßeler Str. 23, als Eltern.  
**Fritz Pape u. Frau** geb. Pusch-  
mann und Kinder.  
**Familie Sahlmann.**  
Ruhe sanft! 7786

Am 29. Mai fiel durch schen-  
dliche Kugel unser lieber Kamerad  
**Fritz Knaak**  
Unteroffizier der Marine  
Inhaber des Eisernen Kreuzes.  
Er war uns stets ein braver,  
teurer Kamerad, dessen Verlust  
wir auf das tiefste bedauern.  
Die Unteroffiziere d. 2. Komp.  
des 1. Matrosen-Regiments  
im Marine-Korps.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:  
**Wilhelm Bienz**, Tischler, 36 Jahre alt.  
**Artur Kruschel**, Maschinenarbeiter, 37 Jahre alt.  
**Max Leidig**, Polierer, 26 Jahre alt.  
**Max Lindau**, Tischler, 30 Jahre alt.  
**Richard Mühle**, Klavierarbeiter, 27 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!  
87/10 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber  
Sohn und Bruder, der Musikleiter  
**Erich Horn**  
Reg.-Inf.-Regt. Nr. 206, 7. Komp. (im 20. Lebensjahre)  
am 23. Mai 1916 infolge eines Gewehrschusses gefallen ist.  
In tiefem Schmerz  
**Max Horn** und Frau geb. Moebes.  
**Max Horn** zurzeit im Felde. **Otto Horn.**  
Ruhe sanft in fremder Erde.

Als Opfer des Weltkrieges und zum zweitenmal  
verwundet, mußte unser lieber Sohn, unser lieber  
Bruder, unser lieber Onkel, Neffe, Schwager, Cousin und  
Bräutigam, der Unteroffizier  
**Karl Krempler**  
4. Komp. Leib.-Grenad.-Regt. 8,  
Ritter des Eisernen Kreuzes  
am 24. Mai 1916 an den Folgen eines Schicksals infolge viel-  
seitiger Granatverletzungen im 26. Lebensjahre sein blühendes  
Leben einbüßen.  
Er war uns ein lieber Sohn, ein lieber Bruder, unergel-  
lich ist uns sein Andenken.  
Dies zeigen an in tiefer Trauer  
**Karl Krempler** als Vater  
**Helene Krempler** geb. Lisemann als Mutter  
**Max, Paul, Otto** als Brüder, sowie seine liebe  
Frau und alle Verwandten und Bekannten.  
R u d o l f, Steinmeßstr. 11.  
Zum zweitenmal mußt Du ins Feld hinaus,  
halt vor dem Feind gerungen.  
Du hauchtest Du dein junges Leben aus,  
nach großer Qual und viel Entbehrungen.  
Beim erstenmal recht froh Du warst,  
Du kamst auch glücklich durch.  
Du hast gekämpft mit tapfer Hand  
in Belgien, Frankreich, Gallien und Rußland.  
Und als Du dann zehn Monat lang  
Gehtreten hast fürs Vaterland.  
Da traf in Feindesland Dich die Kugel.  
Doch hastest Du dabei noch Glück,  
Du wardst gut ausgeheilt, doch leider  
zum zweiten Male an die Front geschickt.  
Du quältest Dich vier Monat lang  
Herum in Nis und Ret,  
und war sehr um dein Leben bang,  
Doch schlug Dich die Granate tot.  
Auf Wiedersehen schreibst Du so oft,  
Was nun nicht wird geschehn,  
Hast auf die Rückkehr auch gehofft,  
Denn einst die Friedensglocken tönn.  
Doch leider war Dir's nicht vergönnt,  
Was Du so sehr ersehnt,  
Und unser Schmerz, er nimmt kein End,  
Weil wir uns nimmer wiederseh'n.  
Ruhe sanft in fremder Erde, von fremden Deuten begraben. 11906

Dem Völlerringen zum Opfer  
fiel am 20. Mai 1916 durch Granat-  
treffer unser lieber Sohn, Bruder,  
Onkel, Schwager und Bräutigam,  
der Musikleiter  
**Erich Mücke**  
im blühenden Alter von einund-  
zwanzig Jahren. 1418  
Dies zeigen in tiefem Schmerz  
an  
**Paul Mücke** und Frau  
als Eltern.  
**Paul Mücke** (zurzeit im Felde)  
als Bruder.  
**Berta Schmidt** geb. Mücke  
als Schwester.  
**Fritz Mücke** als Bruder, Land-  
sturmann.  
**Richard Mücke** als Bruder  
nebst Frau.  
**Ernst Mücke** als Bruder.  
**Hedwig Mücke** geb. Gsch  
als Schwägerin und Kinder.  
**Ernst Schmidt** als Schwager  
und Kinder.  
**Martha Mücke** geb. Stange  
als Schwägerin und Kinder.  
**Hedwig Djamshy** als Braut.  
Berlin, den 4. Juni 1916.  
Schlesische Str. 25.  
Nun können wir Dir nichts mehr  
bieten / Nicht eine Handvoll  
Blüten / Auf Deinen Hügel streuen.  
Ruhe sanft in fremder Erde.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 29. Mai durch Kopfschuß nach  
22 monatlichem Kriegsdienst mein  
innigstgeliebter Mann, Bruder,  
Schwager und Onkel 7056  
**Fritz Knaak**  
Unteroffizier der Marine.  
Inhaber des Eisernen Kreuzes.  
In tiefem Schmerz  
**Witwe Emma Knaak.**  
Familie Horn.  
Familie Wag Kähling.  
Familie Emil Kähling.  
Ruhe sanft in Feindesland.

Dem Völlerringen zum Opfer  
fiel am 22. Mai mein herzeng-  
guter Mann, treusorgender Vater  
einer drei Kinder, der Armierung-  
soldat  
**Max Förster.**  
Im Namen der tieftrauernden  
Gattin  
**Witwe Emma Förster**  
geb. Krauspe  
nebst Kindern.  
**Johannes Krauspe** nebst Frau  
als Schwiegereltern.  
**Wolff Krauspe.**  
**Wolff Krauspe**, z. Z. Garnison,  
nebst Frau.  
**Rudolf Krauspe** nebst Frau  
als Schwager u. Schwägerin  
nebst allen Verwandten.  
Ihm der Freude, uns der Schmerz!

**Freie Turnerschaft Rummelsburg**  
(M. d. D. T.-B.)  
Wiederum sind wir in der  
traurigen Lage, zwei weitere  
Opfer dieses Weltkrieges zu  
melden.  
Am 15. April fiel der Turn-  
genosse  
**Otto Ritter,**  
am 23. Mai der Turngenosse  
**Willi Uebermuth.**  
Zwei blühende, junge Menschen-  
leben, zwei hoffnungsvolle, tüchtige  
Sport- und Turngenossen gingen  
mit ihnen dahin, die in unserem  
Kreis unergeligen bleiben werden.  
Ehre ihrem Andenken!  
7935 Der Vorstand.

Als Opfer dieses Völlerringens  
fiel am 22. Mai mein herzeng-  
guter Mann, treusorgender Vater  
einer drei Kinder, der Armierung-  
soldat  
**Max Förster.**  
Im Namen der tieftrauernden  
Gattin  
**Witwe Emma Förster**  
geb. Krauspe  
nebst Kindern.  
**Johannes Krauspe** nebst Frau  
als Schwiegereltern.  
**Wolff Krauspe.**  
**Wolff Krauspe**, z. Z. Garnison,  
nebst Frau.  
**Rudolf Krauspe** nebst Frau  
als Schwager u. Schwägerin  
nebst allen Verwandten.  
Ihm der Freude, uns der Schmerz!

**Dankagung.**  
Für die zahlreichen und liebevollen  
Beweise der Teilnahme bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters  
**Heinrich Hilpert**  
sagen wir allen Freunden, den An-  
gehörigen und Kollegen des Metall-  
arbeiterverbandes, dem Wahlverein,  
insbesondere dem Kollegen Robert  
Behn, für die erhebenden Worte  
am Sarge des Entschlafenen, unseren  
besten Dank. 8518  
**Marie Hilpert** geb. Litzinger  
und Edine.

# Zentral-Verband der Steinarbeiter

Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges starben unsere Kollegen:  
Der Steinmetz **Alfred Bürger** 35 Jahre alt.  
Der Karmoschleifer **Karl Reichelt** 30 Jahre alt.  
Der Steinhauer **Willi Wilke** 24 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!  
171/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutsches Theater.**  
Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
**Die Familie Schmeck.**  
Kammerspiele.  
Sonntag b. inkl. Donnerst. 8 1/2 U.:  
**Der Weibstempel.**  
**Volksbühne.** Theater a. Bülowpl.  
Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Sonntagnachm. 3 Uhr (kleine Pr.):  
**Der Biberpelz.**

**Verband der Freien Volkshäuser**  
Sonntag, den 4. Juni 1916:  
Nachmittags 3 Uhr:  
Vollbühne, Theater am Bülowplatz:  
Der Biberpelz.  
Deutsches Opernhaus: Der Biberpelz.  
Reisinger-Theater: Komödie der Worte.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Vollbühne, Theater am Bülowplatz:  
Allabendlich: Robert und Bertram.

**Theater für Sonntag, den 4. Juni.**  
**Berliner Theater.**  
Ab Dienstag, den 6. Juni:  
8 1/2 U.: **Andersen. Ulaenstreich.**  
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
3 Uhr: **Der Wildschütz.**  
8 Uhr: **Carmen.**  
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater  
8 1/2 U.: **D. Dreimäderlhaus**  
**Kleines Theater**  
8 1/2 Uhr: **Maria Magdalene.**  
Die Hochzeitsreise.  
8 1/2 U.: **Die Dienstboten.**  
**Komische Oper**  
8 1/2 U.: **Der selige Balduin.**  
**Lustspielhaus**  
8 1/2 U.: **Brauchbar & Fix.**  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Die Großherzogin v. Gerold.**

**Montis Operetten-Theater**  
Gastsp. des Kleinen Th.  
8 1/2 U.: **Onkel Bernhard.**  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 U.: **Fliegende Blätter.**  
**Schiller-Theater O**  
8 Uhr: **Ehrliche Arbeit.**  
**Schiller-T. Charlottenb.**  
8 Uhr: **Bürgerlich u. romantisch.**  
**Thalia-Theater**  
8 1/2 U.: **Blondinen.**  
**Theater am Nollendorfpf.**  
8 1/2 Uhr: **Das Fürstentum.**  
1/2 U.: **Immer feste druff!**  
**Theater des Westens**  
1/2 U.: **Kubinke.**  
**Trianon-Theater**  
4 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
8 1/2 U.: **Tante Tüschen.**

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
8 1/2 U.: **Schwarzer Peter.**  
(Albert Bassermann.)  
Nachm. 3 Uhr: Komödie der Worte.  
Montag: **Schwarzer Peter.**  
**Deutsch-Künstler-Theater.**  
8 1/2 U.: **Die selige Exzellenz.**

**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
Sonntag 4 Uhr (halbe Preise):  
**Der Isonzo und Oesterreichs Adriaküste.**  
Sonntag und Montag 8 Uhr:  
**An den Grenzen von Südtirol und Italien.**

**WINTERGARTEN**  
Neu einstudiert:  
**„Venus im Grünen“**  
Operette i. 1 Akt v. Osc. Straus.  
Oscar | Lucy  
Sabo | Kieselhausen  
sowie der große  
**Varieté-Spielplan.**

**Komödienhaus**  
Schiffbauerdamm 25  
Täglich  
8 1/2 U.: **Der 7. Tag.**

**UT**  
**DER RADIUM-RAUB!**  
In den Hauptrollen:  
Leopoldine Konstantin,  
Käthe Haack, Hans Miemandorff, Bruno Kastner,  
U. T. Kurfürstendamm,  
Kodendorff, Friedrich-Edel-Laubentz,  
Wienbergweg, Galenbeide,  
Schöneberg Hauptstraße.

**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 U.: **Gaßpiel Alwin Neud.**  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
11. Juni: **Gartenvorstellung.**

**Die letzten TAGE DER ENTENTE auf Gallipoli!**  
1. Teil  
Hochinteressante authentische Aufnahmen!  
U. T. Kurfürstendamm,  
Kodendorff, Friedrich-Edel-Laubentz,  
Wienbergweg.

**Rose-Theater.**  
8 1/2 U.: **Hedwig, die Banditenbraut**  
4 Uhr: **Im Garten** Vorstellung.

**DER MOTOR-KAVALERI!**  
Die spannende Komödie unter den Latzen, Reinschneiderei.

**Volgt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Seit Sonntag 8 Uhr:  
Belshazzar, Wetter im Garten. Anf. 6 U.  
**Goldener Boden.**  
Vollbühne mit Gesang in 4 Aufzügen  
v. Leop. G. u. Karl Böhl.  
(25 Pfingsten Beginn d. Sommerfest.)

**Und die übrigen Darbietungen!**  
Sonntag Anfang  
3, 5, 7 und 9 Uhr.

**Palast**  
Heute  
**2 Vorstellungen**  
1/2 Uhr Nachm. jed. Erw. 8 Uhr  
1 Kind frei.  
In beiden Vorstellungen  
das umgedr. Programm  
**Der Zug nach d. Balkan**  
Varieté-Revue in 5 Stationen  
Dazu die neuen Juni-Spezialitäten.

**Gr. Berl. Kunstausstellung**  
Alt-Moabit.  
Tägl. Militär-Konzert.  
Eintritt 50 Pf.

**Admirals-Palast**  
Heute 2 Vorstellungen  
4 1/2 und 9 Uhr.  
Das herrliche Eisballett  
**Fran Fantasie.**  
Nachm. kl. Preise, ab 2, 3, 4 M.

**Zum Ausflug!**  
Sade meine besten Freunde und  
Genossen höchst ein nach Tegel-  
ort, Zum Lindenbaum.  
1875\*  
**Max Goebel.**

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Ein  
**Maien-Spuk**  
Studentenbild  
von Regiel.  
Anfang 8 Uhr.

**Bad Reinerz**  
**Dr. Stern**

**Abtei (Insel-Restaurant**  
Treprow)  
Bernhard Hoffmann, Hans Reischlag  
bleibt wegen hässlicher Veränderungen während dieses Sommers  
**geschlossen.**

**Auf Anregung der**  
**Rgl. Kommandantur Berlin**  
**Stadion**  
Pfungstsonntag, 11. Juni, 6 Uhr nachmittags:  
**Meisterfinger** **Wallensteins**  
**Vorspiel - Festwiese** **Lager**  
**Ueber 2000 Mitwirkende**  
**Preise der Plätze von Mark 1.- bis 10.50**  
Karten zu haben in der Theater-Abteilung der Rgl. Kommandantur  
am Schinkelplatz 6 und bei A. Wertheim

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Dienstag, den 6. Juni 1916, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in der „Victoria-Brauerei“, Süthofstr. 112.  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes sowie Bericht der Kommissionen. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen zu der am 18. Juni cr. stattfindenden Wahl. 3. Wahl des Kreis-Bildungsausschusses sowie des Zentral-Beauftragten und Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 206/3\*

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestrasse 30.

**Branchen-Versammlung**  
der  
**Küchenmöbeltischler**  
Montag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, Stralauer Brücke 3.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von der Generalversammlung.  
2. Die Feuerungsanlage in unserer Branche.  
Es ist dringend erforderlich, daß jede Werkstatt vertreten ist.

**Salonierarbeiter.**  
Mittwoch, 7. Juni, abends 9 Uhr, bei Greive, Rungestr. 30.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Bericht über die gegenwärtige Lage der Branche. 3. Sonstige Branchenanliegenheiten.  
Die Vertrauensmännerversammlung findet pünktlich um 8 Uhr abends statt.

**Vertrauensmännerversammlungen.**  
**Tischler, Bezirk Südost 1 u. 2.**  
Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Rannistr. 9, bei Lier.

**Modell- und Fabriktschler**  
sowie **Modelldrechsler.**  
Mittwoch, den 7. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Waldt, Flungstr. 5.

**Korbmacher.**  
Mittwoch, 7. Juni, abends 8 Uhr, bei Kranke, Mariannenplatz 8.

**Stellmacher.**  
Mittwoch, 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.

**Möbelpolierer Südosten sowie**  
**Beizer und Magazinarbeiter.**  
Mittwoch, 7. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, bei Brettin, Mariannenstr. 41.  
87/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin. Bureau: Dragonerstr. 6a, II.  
Mittwoch, 7. Juni, abends 8 Uhr, in den Sophienhallen,  
Sophienstr. 18:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 187/5  
Die Tabaksteuer und die Tabakarbeiter.  
Referent: Reichstagsabgeordneter Kollege Deichmann.  
Kolleginnen und Kollegen! Kein Mitglied darf bei so wichtiger Tagesordnung fehlen.  
187/5 Die Ortsverwaltung.

Berlin C Wallstr. 13  
**Gardinen**  
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwarz  
Heute Sonntag 2-6 Uhr geöffnet.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Montag, den 5. Juni 1916, abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.  
Tagesordnung: 23/19  
1. Volkswirtschaft, Weltwirtschaft und internationale Verbindung der Arbeiter. Vortrag vom Verbandsvorsitzenden G. Roth.  
2. Verschiedenes.  
Eintritt nur für Mitglieder.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung. J. K. N. Würzberger.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1293, 1987, 9714.  
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.  
Montag, den 5. Juni 1916, abends 8 Uhr:

**Branchenversammlung der Bauanschläger**  
im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission über die Verhandlung mit den Arbeitgebern über die Feuerungsanlage.  
2. Diskussion.  
Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Mitteilungen gemacht werden, ist es Pflicht eines jeden, dort zu erscheinen.  
117/19 Die Ortsverwaltung.

**Turnverein „Fichte“.**  
R. d. D. U. L.  
Am Montag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet die erste Turnstunde der neugegründeten 185/10  
**7. Frauen- und Mädchenabteilung**  
in der Schulterruhalle, Görlischer Ufer 2, statt.  
Alle, die sich für Körperübungen interessieren, sind freundlichst eingeladen und bei gleichzeitiger Anmeldung vom Einschreibegeld befreit.

**Fahrräder**  
In erstklassiger Ausführung mit erstklassiger französischer Friedens-Bereifung, Luftschläuche, prima prima Qualität, fast reiner Para. Große Vollen Trahträdern, Transportdecken, Schlauchreifen etc., alles in erstklassiger Friedensware.  
Günstigste Einkaufsquelle für Private u. Wiederverkäufer  
**Ernst Machnow, BERLIN C., Weinmeisterstr. 14.**

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges  
gibt Erste Herrenkleiderfabrik  
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß  
im Einzelverkauf  
vom großen Fabriklager ab.  
Verkaufszeit: 10-8 Uhr. Sonntag 2-6 Uhr.  
Hollenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

**National-Theater**  
Köpenicker Str. 68. Tägl. 1/2, 9 U.  
Heute 8 1/2 und 1/2 Uhr:  
**Als ich noch im Flügelkleide...**  
(Großer Lachertag.)

**300**  
Heute:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Zoo 25 Pf. Aqua  
Aquarium.

**J. Baer**  
Badstr. 28 Ecke Prinz-Allee  
Moderne Herren- und Knaben-Anzüge.  
Eleg. Paletots, Ulster  
Joppen i. jed. Preislage.  
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung  
Billigste, feste Preise.

**Pflanzen**  
für Garten- u. Balkonschmuck  
Gemüsepflanzen,  
Sämereien und Gartengeräte  
empfiehlt in bekannter Güte  
**E. Boese & Co. G. m. Berlin C. 25**  
nur Landsberger Str. 66.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Aus Groß-Berlin. Tränende Herzen.

Ganz abseits von den übrigen Lauben steht eine abgesondert und einsam inmitten eines Brachfeldes. Ringsum Steingeröll, Brennesseln, dürftiges Gestrüpp und leuchtend gelbe Dotterblumen. Und mitten darin ein liebliches Idyll, ein kleines Paradies. Ein Häuschen, von sachkundiger Hand errichtet, grün und weiß angestrichen und mit richtigen, blanken Fensterchen, hinter denen schneeweiße Gardinen prangen. Eine schlanke, hohe Pappel ragt weit über den spitzen Sichel des Häuschens hinaus und wirft einen langen Schatten auf das peinlich sorgsam gepflegte Gartenland, das die Westher nur unter unendlicher Mühe aus diesem Schutt-feld herausgeschält haben können. In den torrest abgeseigten Beeten grün und reift es, die Ränder sind mit Blumen aller Art eingefaßt und die schmalen Wege fein säuberlich mit gelbem Klee bestreut. An das Häuschen schließt sich eine lustige Sommerlaube an, über deren Dach der wilde Wein in dichter Fülle rankt. Und davor ein Rondell, mit roten Blüten, von langen, melancholisch herniederhängenden Stengeln. Ihr wissenschaftlicher Name? Nur wenige werden ihn kennen. Der Volksmund hat die Blume „Tränende Herzen“ genannt und sie somit poetisch erklärt. Und die kleinen roten Blüten sind wirklich wie blutige Tränen, die langsam im Sande ver-rinnen.

In der Ecke des Gartens buddeln zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen mit roten Gesichtern und bauen und formen und freuen sich in jener glücklichen Unbekümmertheit, die das ausschließliche Vorrecht der Kindheit ist.

„Mutti, sieh mal, wie tief wir schon sind!“ Alle beide rufen es mit wichtigem Stolz, bis sich aus dem Schatten der Sommerlaube eine junge, schwarze Gestalt löst und hinzutritt. Ueber ihr blaßes, müdes Gesicht huscht ein schwaches Lächeln. Ihre Hand streicht ärmlich über die beiden Blondköpfe, dann kehrt sie wieder an ihren Platz zurück.

So sehe ich sie abends und an Sonntagen. Und manch-mal sitzen noch zwei alte Leute da, wohl Vater und Mutter der Frau. Dann sehen sie alle drei dem Spiel der Kinder zu, still und schweigend.

Kürzlich ging ich wieder vorüber. Die junge Frau verlieh mit ihren Kindern gerade das kleine Besitztum. Ich fragte ein altes Weiblein, das auf dem Brachfeld Gras rupfte, ob die Frau ihren Mann verloren habe.

„Jau, jau“, sagte die Alte, „die ihr Mann is jefallen, in Serbien oder sonstwo. Is schade, haben so jut gelebt zu-sammen. Er war Tischler und der Laubenland haben se beide ganz alleine angelegt, det war keine leichte Arbeit. Vor zwee Jahren haben se's jemacht. Dann is er injerlüt und vor Ostern is er jefallen. Sie kann en leid tun, die arme Frau mit de Kinderchens — aber wat is da zu machen — et jeht wille andern ebenso. Jau... jau...“

Ich ging weiter. Vor mir, im dämmernden Abend, schritt die junge Frau und nebenher trippelten Hand in Hand die Kinder. Sie selbst trug in der einen Hand eine vollgepackte Markttasche und in der andern einen Strauß von jener Blume, die der Volksmund mit dem schönen Namen be-zeichnet: „Tränende Herzen“.

Kriegsanleihe und Schuljugend.

Ueber die Beteiligung der Schulen Berlins an den im März dieses Jahres vollzogenen Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe macht die „Pädagogische Zeitung“ jetzt Mit-teilungen, die sich auf einen amtlichen Bericht der beiden Stadt-schulräte stützen. Manches daraus gibt zu denken, und wir dürfen wohl annehmen, daß es auch Lesern des „Vorwärts“ der Beachtung wert erscheinen wird.

Die Kriegsanleihezeichnungen, an denen sich diesmal von den Gemeindefschulen alle mit einer Ausnahme und von den höheren Schulen alle ohne Ausnahme beteiligten, brachten aus den Ge-meindefschulen (einschließlich Hilfs- und Schwerhörigen-schulen) im ganzen 1.044.000 M., aus den städtischen höheren Schulen (also ausschließlich staatliche und private) im ganzen 1.530.225 M. Hier wollen wir einschalten, daß im Winter 1915/16 die Gesamtzahl der Schulkinder sich in den Gemeindefschulen usw. auf 228.700, in den höheren Schulen der Stadt auf nur etwa 23.400 belief. Eine Vergleichung des Gesamtertrags der durch die Schulen vollzogenen Zeichnungen auf vierte Kriegsanleihe mit der Gesamt-zahl der Schulkinder (die sich aber nicht alle beteiligten) ergab pro Schulkind in den Gemeindefschulen um 4 1/2 M., in den höheren Schulen dagegen 65 1/2 M. Die Zahl der tatsächlich an der Anleihe-zeichnung beteiligten Kinder ist nicht mitgeteilt, und auch über die Durchschnittszahl der beteiligten Kinder pro Schule erfährt man nichts. Angegeben ist aber, daß die Beteiligungsziffer in den Ge-meindefschulen zwischen 17 und 248 pro Schule, in den höheren Schulen zwischen 35 und 825 pro Schule schwankte. Zur Ver-leuchtung dieser Ergebnisse weisen wir darauf hin, daß die Schul-kinderzahl in den einzelnen Gemeindefschulen meist sehr viel größer als in den höheren Schulen ist. Im letzten Winter war der Durch-schnitt pro höhere Schule knapp 500, während der Durchschnitt pro Gemeindefschule (wobei von den Hilfs-schulen usw. abgesehen wird) beträchtlich über 700 stand. In der mit 825 Anleihezeichnern be-teiligten Schule, die vermutlich die starkbesuchte höhere Mädchenschule in Koabit war, dürfte kaum ein Kind sich von der Anleihe-zeichnung ausgeschlossen haben. Daß in den einzelnen Schulen entsprechend den Schwankungen der Beteiligungsziffer auch der Zeichnungsertrag sehr ungleich war, darf ohne weiteres angenommen werden. Den überhaupt höchsten Ertrag hatte bei den Gemeindef-schulen die 173. Schule (Ballaststraße) mit 16.000 M., bei den höheren Schulen die 3. Realschule (Steglitzer Straße) mit 180.000 Mark. Ueber die geringsten Erträge ist bezüglich der höheren Schulen und der Gemeindefschulen nichts angegeben. Nur das er-fährt man, daß die Hilfs-schulen wegen ihrer geringen Schülerzahl sowie wegen Armut der Eltern nur zwischen 100 bis 500 M. pro Schule zusammenbrachten und daß in vier von ihnen „die Werbung einen leinen Erfolg“ hatte. Der für die einzelnen Schulen be-rechnete Durchschnittsbetrag pro beteiligtes Kind war bei den Ge-meindefschulen im Minimum 13,30 M., im Maximum 141,25 M., bei den höheren Schulen im Minimum 85 M., im Maximum 825 M. Ueber die überhaupt geringsten und die überhaupt höchsten Einzel-leistungen, die in den Gemeindefschulen und in den höheren Schulen vorliefen, fehlt eine Angabe.

Wichtig ist auch einiges über das Zeichnungsergebnis der Fach- und Fortbildungsschulen. Die „Pädagogische Zeitung“ sagt, es betrage im ganzen 77.600 M. Die höchsten Er-träge wurden zusammengebracht bei den Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen von der 2. Schule mit 14.000 M., bei den Pflichtfortbildungsschulen für Knaben mit 8500 M., so daß diese beiden Schulen allein über 20.000 M. gezeichnet hätten. Wenn die Angabe des Gesamtertrages auf nur 77.600 M. richtig ist, so wäre hier das Ergebnis überraschend gering. Schon die Pflichtfortbildungsschulen hatten fast 32.000 Schüler und Schülerinnen, für die Wahlfortbildungsschulen darf man mit weiteren 12.000 rechnen, und auch für die Fachschulen werden 10.000 bis 12.000 nicht zu hoch gewesen sein. (Genauere Zahlen sind für den letzten Winter aus den Wahlfortbildungs- und den Fachschulen noch nicht bekannt- geworden.) Wieviel Anleihezeichner überhaupt in den Fach- und Fortbildungsschulen sich beteiligten, ist nicht gesagt. In den einzelnen Schulen schwankte ihre Zahl zwischen 6 und 185. Die für die einzelnen Schulen berechnete Durchschnittsleistung pro Anleihe-zeichner betrug im Minimum 20 M., im Maximum 133,33 M. Nicht mitgeteilt sind der überhaupt niedrigste und der überhaupt höchste Beitrag.

Die Kirchensteuererhöhung.

Für die evangelischen Kirchengemeinden Berlins ist nun die Erhöhung der Kirchensteuer beschlossen worden. Den an-fänglichen Plan einer Erhöhung bis auf 30 Prozent der Einkommensteuer hat man nicht sogleich auszuführen ge-wagt. Die Stadtsynode Berlin hat jetzt die Kirchensteuer auf „nur“ 26 Prozent der Einkommensteuer fest-gesetzt, aber gegenüber dem bisherigen Satz von 20 Prozent bedeutet auch das noch eine sehr fühlbare Ansteigerung der Steuerhöhe. Eine Erhöhung des Satzes war nicht zu umgehen; denn die Kirche braucht Geld. Damit die Be-messung der Steuer auf zunächst 26 Prozent ermöglicht würde, hat die Synode den Ausweg gewählt, den durch Einnahmeverminderung entstandenen Fehlbetrag nicht schon in diesem Jahr in voller Höhe zu verrechnen. Im nächsten Jahr wird es dann nötig werden, die Suche nach Deckung fortzusetzen. Man hofft, daß die Kirchensteuer bei 26 Prozent für dieses Jahr 5.200.000 M. bringen wird. Das ist um 800.000 M. weniger als bei 30 Prozent, aber immer noch um 1.200.000 M. mehr als bei 20 Prozent. In der beschließenden Sitzung der Synode äußerte sich als Vertreter der kirchlich Orthodoxen der Generalsuperintendent Dahlsen über die von dem Erhöhungsbefehl zu erwartenden Wirkungen auf die Mitglieder der Kirchengemeinden. Die Steuererhöhung sei drückend, und es könnten manche, die vielleicht ein neues Verhältnis zur Kirche gewonnen hatten, mißmutig werden. Das verstehe er, doch die Kirche sei vor harte Notwendigkeiten gestellt. Eine Austrittsbewegung infolge der Steuererhöhung würde für sie äußerst schmerzhaft sein. Die kirchlich Liberalen gaben die Erklärung ab, daß sie 26 Prozent bewilligten, um 30 Prozent zu vermeiden. Ab-lehnen müßten sie aber die Verantwortung für die Austritts-bewegung, die infolge der Steuererhöhung kommen würde.

Die Post zu Pfingsten. Die Post bestellt an Sonn- und Feiertagen bekanntlich im allgemeinen nur Briefsendungen. Für die Feste sind Ausnahmen vorgesehen. So hat die kaiserliche Ober-Postdirektion Berlin in ihrem Bezirk für Pfingst-sonntag eine einmalige Geld- und Paketbestellung im Orte in Aussicht genommen.

330 Gramm Fett oder Fleisch pro Kopf in kommender Woche.

Nach einer gestern erlassenen Verordnung des Magistrats beträgt entsprechend des leistungsfähigen Viehauftriebs in Berlin die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Wochenmenge an frischem Fleisch oder frischem Fett 330 Gramm.

Neue Ausgabe von Zusatzbrotarten.

Die besondere Zuwendung an Mehl, welche die der Mehl-vertellungsstelle Groß-Berlin angehörenden 6 Städte erhalten haben, ermöglicht es diesen, eine weitere Anzahl von Zusatz-brotarten auszugeben. Die Stadt Berlin beginnt mit der Ausgabe am Dienstag, den 6. Juni. Für die Zuteilung kommen nur Personen in Betracht, die zur erwerbstätigen Bevölkerung gehören und bei denen ein besonderes Brot-behörnis vorliegt. In erster Reihe sind nach der Anweisung des Landesgetreideamts Industriearbeiter, namentlich soweit sie für Heereszwecke arbeiten, zu berücksichtigen. Auch ist die Austeilung vor allem an Personen in Aussicht genommen, die tagsüber außerhalb ihrer Wohnung beschäftigt sind und während dieser Zeit sich andere Nahrungsmittel als Brot nicht hinreichend verschaffen können, oder die in Nachtarbeit tätig sind. Personen, die zur wohlhabenden Bevölkerung ge-hören oder bei ihr als Diensthofen in Stellung sind, finden keine Berücksichtigung. Die Entscheidung über die Bewilligung liegt in der Hand der Brotkommissionen, bei denen die Zusatz-brotarten abzuholen sind. Es werden zunächst Zusatzbrotarten für die beiden Wochen vom 12.—18. und 19.—25. Juni aus-gegeben.

Am 6. Juni können die Personen, deren Namen mit den Buchstaben A—F beginnen, am 7. Juni die Buchstaben G—K, am 8. Juni die Buchstaben L—Q, am 9. Juni die Buch-staben R und S, am 10. Juni die Buchstaben T—Z die Karten abholen.

Die Massenpeisung.

Der Wirtschaftsbetrag für Massenpeisung in Berlin wird am nächsten Montag im Rathaus wiederum zusammentreten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er endgültigen Beschluß fassen wird über die Bedingungen, unter denen die Teilnahme an der Massen-peisung erfolgen soll. Auf Grund dieser Bedingungen wird bereits in den nächsten Tagen eine Anfrage an die Bevölkerung ergehen, in welchem Maße eine Bereitschaft zur Beteiligung besteht.

Höchstpreise für Kandiszucker.

Der Magistrat hat eine Verordnung erlassen, nach der in Ab-änderung der am 30. Mai erlassenen Verordnung über Kleinhandels-höchstpreise für Kandiszucker anderweitige Kleinhandelshöchstpreise fest-gesetzt werden, und zwar für Kandiszucker farbig (außer Schwarz) 50 Pf. und für Kandiszucker weiß 54 Pf. für je ein Pfund.

Gerüchte über höhere Kartoffelpreise laufen seit einiger Zeit in Charlottenburg um. Nach diesen Gerüchten sollen die Kartoffeln von den nächsten Tagen ab 90 Pf. für 10 Pf. kosten. Diese gänzlich unbegründeten Gerüchte haben eine sehr starke Nachfrage nach Kartoffeln in den letzten Tagen zur Folge gehabt. Diese starke Nachfrage führte dazu, daß bei den gegenwärtig nicht zu starken Zufuhren Kartoffeln zeitweise ausverkauft waren. Eine weitere Erhöhung der Kartoffelpreise wird auf keinen Fall eintreten. Ebenso

haben die Zufuhren bereits wieder stärker eingesetzt, so daß keine Veranlassung besteht, sich für längere Zeit mit Kartoffeln zu ver-sehen. Uebrigens dürfen in Charlottenburg, wie bisher, an einen Käufer nur 10 Pf. gegen Vorzeigung der Charlottenburger Lebens-mittellkarte verkauft werden. Sollten an einzelnen Verkaufsstellen mehr als 70 Pf. für 10 Pf. Kartoffeln gefordert werden, so bittet der Magistrat, diese Fälle ihm sofort zu melden.

Die öffentlichen Versammlungen, die zum Dienstag, den 6. Juni, geplant waren mit der Tagesordnung „Die Lebensmittelfrage und die Ernährung des deutschen Volkes“ sind von der Polizeibehörde nicht genehmigt worden unter Bezugnahme auf die Anordnung des Oberkommandos vom 9. Dezember 1914, wonach öffentliche Ver-sammlungen politischer Parteien oder diesen gleich zu erachtenden Vereinigungen nicht zugelassen sind. Die Versammlungen können insoweit abgehalten werden.

Nachträgliche Anmeldung zum Butterbezuge.

Personen, die sich in einem Berliner Buttergeschäft nicht an-melden konnten, weil sie nach Ablauf der Anmeldefrist von außer-halb zugezogen sind oder zur Zeit der Anmeldung verreist waren, erhalten auf Wunsch von ihrer Brotkommission eine Bescheinigung, daß sie dort als zugezogen angemeldet sind oder während der An-meldefrist verreist waren. Dies gilt entsprechend auch für Militär-perjonen, die außerhalb der Kaserne wohnen und nicht von der Heeresverwaltung beschäftigt werden. Die Bescheinigungen gelten in den sämtlichen Geschäften und Filialen der Butter-handlungen von Reichelt, Gebr. Manns und den Ver-einigten Pommerischen Meiereien als Anmelde-legitimation. Diese Personen können als bis zum Beginn der nächsten Anmeldeperiode nur in diesen Geschäften und deren Filialen Butter erhalten.

Desgleichen ist für die Militärurlaubler eine Regelung dahin getroffen, daß sie in den vorgenannten Geschäften gegen Vorzeigung und Abstempelung ihres Urlaubscheines die entsprechende Wochen-menge an Butter erhalten können. In allen Fällen müssen selbst-verständlich auch die Butterkarten vorgelegt und die ent-sprechenden Abschnitte abgetrennt werden.

Wolkenbruchartiger Regen verursachte gestern (Sonntags) früh zahlreiche Ueberschwemmungen. U. a. wurden eine Menge Keller in der Prinzessinnenstraße, Reuenburger Straße und am Hallschen Tor unter Wasser gesetzt. In der Grobbeerstraße 49 mußte eine Familie aus ihrer Wohnung flüchten. Diese stand um 5 Uhr voller Wasser. Auf dem Anhalter Güterbahnhof mußte die Feuerwehr den Kessel eines Schuppens auspumpen, der mit Gefangenen besetzt ist. Aus der Galvinst. 29 wurde ein Wasserrohrbruch gemeldet. Das Tempelhofer Feld war stellenweise überschwemmt und gleich einer Seentette. Auch aus anderen Stellen Groß-Berlins wurden Ueber-schwemmungen gemeldet, die indes keinen Schaden verursacht haben sollen. — Spirituslad brannte gestern in der Grobgröbenstr. 33.

Mit Gas zu vergiften versucht hat sich gestern vormittag eine junge Verkäuferin, die in dem Hause Fähringer Straße 17 in Schloßstraße wohnte. Als die Wirtin abends von der Arbeit nach Hause kam, konnte sie keinen Einlaß finden, da die Wohnung von innen verschlossen war. Ein verdächtiger Gasgeruch veranlaßte die Frau, einen Schuttmann herbeizurufen, der die Wohnung aufsuchte. Hier fand man das junge Mädchen brennungslos am Boden liegen. Ein Vierteljahr Stellunglosigkeit hatte sie zur Verzweiflung ge-bracht. Das letzte Zehnpendelglied, das sie besaß, steckte sie in den Gasautomaten, um durch das ausströmende Gas ihrem Leben ein Ende zu machen. Angestellte Wiederbelebungsvorläufe hatten jedoch Erfolg, und nachdem man die Selbstmordkandidatin nach dem Urbantrankenhause.

Aus den Gemeinden.

Einführung von Fleischspeisekarten in Neukölln.

Nach einer gestern mit Berlin getroffenen Vereinbarung hat sich nunmehr auch Neukölln der Berliner Fleischkartenregelung an-geschlossen und wird in Kürze auch den Fleischverbrauch in den Gastwirtschaften unter Kartlenkontrolle stellen. Die bisher ausgegebenen Haushaltungsfleischkarten werden beibe-halten, da sie sich gut bewahren und vor allen Dingen den Fleisch-verkauf wieder in geordnete Bahnen bringen. Auch bietet dieses System die sichere Gewähr, die bisherigen lästigen Ansammlungen vor den Fleischerkäden zu beseitigen. Um den Anschluß an die Ber-liner Fleischregelung zu ermöglichen, wird der Magistrat Neukölln nunmehr für diejenigen Personen, die auf die Verpflegung in den Gastwirtschaften und Speiseställen angewiesen sind, eine beson-dere Fleischspeisekarte mit einzelnen Wochenabschnitten ausgeben. Diese Karte wird nach Art der Berliner Fleischkarte mit je drei Abschnitten für die einzelne Woche ausgestattet sein. Nach den mit Berlin bereits getroffenen Vereinbarungen wird jeder dieser Abschnitte in gleicher Weise wie der einzelne Abschnitt einer Ber-liner Fleischkarte zur Entnahme eines Fleischgerichtes in Neukölln, Berlin und voraussichtlich auch in Charlottenburg, Schöneberg, Dichtenberg und Wilmersdorf berechtigen. Für Neukölln hat der Magistrat auch noch die Teilung eines jeden Abschnittes in zwei Halbabschnitte für Fleischspeisen, in denen nur eine geringe Fleisch-menge vorhanden ist, vorgesehen. Die Ausgabe dieser Neuköllner Fleischspeisekarte wird voraussichtlich Dienstag und Mittwoch er-folgen.

Lebensmittelkontrolle in Charlottenburg.

Die Preis-Prüfungsstelle hat festgestellt, daß in vielen Geschäften die Verordnung über den Umgang von Preisverzeich-nissen nicht befolgt wird. Die Preis-Prüfungsstelle will derartige Uebertretungen mit aller Schärfe verfolgen und Nichtausgang des Preisverzeichnisses in Lebensmittelgeschäften unbedingt zur Wes-trung bringen. Zehn Mitglieder der Preis-Prüfungsstelle haben sich bereit erklärt, bezirksweise die Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte auszuüben. Die Preis-Prüfung, welche bittet die Bevölkerung, ihr den Nichtausgang des Preisverzeichnisses ebenso wie Ueberfälschung der Höchstpreise zur Kenntnis zu bringen. Die Prüfungsstelle hat weiter festgestellt, daß in Fischgeschäften, und namentlich auf den Wochenmärkten, lebende Aale nicht, wie es Vorschriften ist, nach Ge-wicht, sondern nach Stück verkauft werden. Hand in Hand mit diesem Verkauf nach Stück geht eine Ueberfälschung der Höchstpreise. Derartige Verstöße sollen rücksichtslos verfolgt werden.

Mitgliederversammlung in Nowawes.

Der Wahlverein Nowawes beschäftigte sich in einer außer-ordentlichen Mitgliederversammlung mit der am 18. Juni statt-findenden Kreisgeneralversammlung. Nach kurzer Aussprache fand ein vom Genossen Paul Neumann gestellter Antrag mit 18 gegen 14 Stimmen Annahme, der die Delegierten des Vereins verpflichtet, bei etwaigen Entschlüssen im Sinne der Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft und des Genossen Zubeil zu stimmen. Ein weiterer, von anderer Seite gestellter Antrag wünsch, die Delegierten sollen gegebenenfalls für eine Annäherung bzw. friedliches Zusammenarbeiten der beiden Reichs-tagstaktionen wirken, jedoch unter Wahrung des Rechtes getrennter Abstimmung für die Arbeits-gemeinschaft. — Einstimmig angenommen wurde ferner eine vom Genossen Neumann begründete Sympathie-Resolution für Genosse Liebknecht.

# Soziales.

## Kerztemangel.

Uns wird mitgeteilt: In verschiedenen Kleinstädten und ländlichen Ortschaften der Provinz Ostpreußen, in denen es an einer ausreichenden ärztlichen Versorgung der Bevölkerung zurzeit mangelt, finden zuziehende jüngere Ärzte lohnende Privatpraxis. Es besteht die Aussicht, ihnen in besonderen Fällen Einkommenszuschüsse zu gewähren, wenn sie die Verpflichtung übernehmen, die ärmere Bevölkerung, soweit sie nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegt, unentgeltlich zu behandeln. Nähere Auskunft über die einschlägigen Verhältnisse erteilt der Regierungs- und Medizinalrat in jedem der drei Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen und Allenstein.

## Gerichtszeitung.

### Tee-, Tisch- und Tafelbutter.

Für die Hausfrauen im besonderen und das Publikum im allgemeinen recht lehrreiche Erörterungen knüpfen sich an eine Anklage wegen Ueberschreitung der Höchstpreise, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Reich verhandelt wurde.

Am 16. Oktober v. J. setzte das Oberkommando den Höchstpreis für beste Butter auf 2,80 M. fest. Diese Verordnung wurde durch die Morgenblätter am Sonntag, den 17. Oktober, bekanntgemacht. Die bekannte Buttergroßhandlung von Otto Reichelt, die 50 Filialen in Betrieb hat, gab sofort durch besondere Boten bzw. das Telephon den Filialen entsprechende Anweisung. Dort waren bisher drei Sorten verkauft worden: Teebutter zu 3 M., Tisch- und Tafelbutter zu 2,90 M. Der Preis wurde nun, dem Höchstpreise entsprechend, durchgehend auf 2,80 M. festgesetzt. Infolge eingegangener Anzeigen wurde dem Geschäftsinhaber Reichelt und dem Prokuristen Kleinfeld wegen Ueberschreitung der Höchstpreise ein Strafmandat über je 100 M. ert. gestellt. In dieser Sache stand bereits einmal am 6. Januar Termin an, der vertagt wurde, damit die sämtlichen bezüglich der verschiedenen Filialen eingegangenen Anzeigen einheitlich zur Urteilsung kämen. — In der gestrigen Verhandlung beantragte Staatsanwalt Nat. Nordh. den Strafbefehl zu erweitern auf alle in den Akten vorhandenen Beschuldigungen, damit ein einheitliches Urteil ergebe. Die Angeklagten erklärten sich hiermit einverstanden. — Die vernommenen Verkäuferinnen bestätigten, daß früh am Morgen des 17. Oktober das Publikum die Butter zu 2,80 M. verlangt habe und die Geschäftsleitung telephonisch angeordnet habe, daß die gesamte Butter gleichmäßig auf den Preis von 2,80 M. herabgesetzt werden solle, obwohl sie vorher zu verschiedenen Preisen verkauft worden war. — H. A. Dr. Werthauer hatte Beweis dafür angetrieben durch Benennung des Sachverständigen Golderring, daß die drei Sorten: Tee-, Tisch- und Tafelbutter in Wirklichkeit gar nicht verschiedene Qualitäten seien. Das Publikum sei gewohnt, daß die Butter verschiedene Preise habe; um ihm entgegenzukommen, würde aus derselben besten Qualität je nach den verschiedenen Geschmacksrichtungen die verschiedenen Sorten bezeichnet. Die Teebutter sei lediglich ungesalzen und schmecke deshalb — wie das Publikum sage — „milde“; sie gelte deshalb als die feinste. Die Tisch- und Tafelbutter sei gesalzen, ganz gleiche Butter, die nur, je nachdem die Produktion ausfalle, etwas strenger oder milder schmecke. Die Hausfrauen seien an „ihre“ Sorte und ihren Laden gewöhnt und verlangen Butter bald zu 2,90 M., bald zu 3 M., in dem Glauben, daß die Qualität verschieden sei, während es sich tatsächlich nur um die Frage des Geschmacks handle. — Auf Veranlassung des Magistrats war der Sachverständige Wienstruck als derjenige bezeichnet worden, der bei der zweiten Verordnung über die Höchstpreise amtlich mitgewirkt habe, und war deshalb auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft geladen worden. Herr Wienstruck gab sein Gutachten dahin ab: In Deutschland sei durch die Konkurrenz der Geschmacks des Publikums so vertriebt, daß die Molkereien prinzipiell nur beste Qualitäten herstellen. Wenn einmal Butter verdorben sei, etwa wegen der Bitterung oder weil sie zu lange gelagert oder sonst Schaden genommen habe, so entstehe auf diese Weise eine minderwertige, sogenannte zweite Qualität. Deshalb wäre in der zweiten Verordnung vom 20. Oktober 1915 der Ausdruck „beste Ware“ überhaupt vermieden worden. Nach den bei der Firma Reichelt beschlagnahmten Einkaufsrechnungen und der anerkannten Güte der Firma sei er überzeugt, daß überhaupt nur erste Qualität eingeliefert worden sei. Die Ruance im Geschmack erkläre sich so, wie es die Angeklagten vorgebracht hätten. Der Einkaufspreis sei 2,85 bis 3,10 M. gewesen, so daß Reichelt, ebenso wie andere, mit erheblichen Verlusten gearbeitet haben. Die Differenz in den Preisen bilde in der Regel nur ein Lockmittel, weil das Publikum daran gewöhnt sei, die mildeste Butter für die wertvollste

zu halten und diese daher um 10 Pf. heraufgesetzt sei. Es sei damals sehr schwierig gewesen, Butter, auch nur besserer Sorte, zu erhalten. — Der Staatsanwalt beantragte hiernach die Freisprechung, da dargelegt sei, daß offenbar die Firma Reichelt nur „beste Ware“ im Sinne der Verordnung vom 16. Oktober 1915 in ihren Filialen vertrieben habe; jener Ausdruck sei durch eine abgeänderte Verordnung bereits kurz darauf in Qualitätsunterschiede gegliedert worden. Er möchte aber ausdrücklich hervorheben, daß die Firma Reichelt vollkommen gerechtfertigt aus der Sache hervorgehe und bedauere, daß der Inhaber angeklagt werden müsse; die eingehende Verhandlung habe aber auch in seinem eigenen Interesse gelegen, da dadurch seine volle Unschuld erwiesen worden sei. — Das Gericht schloß sich dem an und erkannte auf Freisprechung.

### Butterkravalle vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin beginnt am Montag, den 5. Juni ein Prozeß gegen das Dienstmädchen Bischof und Genossen wegen Landfriedensbruch, begangen bei einem in der Nacht vom 5. zum 6. Mai vorgekommenen Butterkravall in der Vestalozzistraße in Charlottenburg. Es ist zu diesem Zweck eine außerordentliche Schwurgerichtssitzung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse berufen. Als Verteidiger, und zwar als Officialverteidiger, sind bestellt worden die Rechtsanwälte Dr. M. Kantorowicz, Walter Bahn, Dr. Krüger und Dr. Davidsohn. Es sind zwei Tage für die Verhandlung anberaumt.

### Die zurückgezogene Entbindung von der Schweigepflicht.

Mit der interessanten Rechtsfrage, ob ein Patient, der in einem schwebenden Prozeß den ihn behandelnden Arzt bereits von der Schweigepflicht entbunden hatte, nachträglich im Verlauf dieses Prozesses diese Erklärung zurücknehmen und dem Arzt das Schweigeverbot wieder auferlegen kann, hatte sich jetzt das Kammergericht zu befassen.

Der betreffende Patient erteilte in aller Form dem Arzte die Erlaubnis, über seine Krankheit frei auszusagen. Hinterher stiegen ihm doch wohl Bedenken darüber auf, ob die Befundungen des Arztes ihm doch nicht abträglich sein könnten, und er zog deshalb die Genehmigung zur Aussage zurück. Der Kläger A. bezog sich dabei auf ein früher ergangenes Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg, das einen solchen Widerruf für zulässig erachtete.

Der 12. Zivilsenat des Kammergerichts trat dieser Auffassung nicht bei, sondern entschied, daß die einmal erteilte Genehmigung zur Aussage des Arztes nicht zurückgenommen werden könne. Die erstere Erklärung sei als eine Prozeßhandlung anzusehen, die der Partei ungünstig sei. Als solche sei sie aber nicht zu widerrufen.

## Aus aller Welt.

### Doppelte Moral.

Neben den großen Tagessektionen bringen manche bürgerliche Blätter auch immer eine Reihe von kleinen Anzeigen, die der Bestellung des Liebesmarktes dienen. Um welche Sorte von „Liebe“ es sich dabei handelt, geht zum Beispiel aus folgender Anzeige der „Reichsberger Zeitung“ hervor:

### Lustige Hummel

27jährig, sucht einen 35—40jährigen soliden  
Einkäufer. Anträge bis spätestens 10. Juni  
unter „Hausmütterchen“ an Zeitungsdirektion  
Schadel, Gabelung a. R.

Für solche Inserate streichen also die bürgerlichen Blätter schamlos den Kuppellohn ein, während sie sich gelegentlich über die Unmoral und Sittenlosigkeit der — Arbeiter- oder der armen Arbeiterfrauen furchtbar entrüsten! Für eine solche Doppelmoral haben wir kein Verständnis.

Verhaftung eines Amtsanwalts. Unter dem Verdacht der Verleitung zum Meineide ist, wie die „Rathenower Zeitung“ meldet, der in weiten Kreisen der Altmark bekannte Amtsanwalt a. D. Kriebau in Stendal verhaftet worden.

Der Frauenmörder Bela Kiz verhaftet? Nach einer Meldung aus Prag wurde unter dem Verdacht, mit dem Massenmörder Bela Kiz aus Czinkota identisch zu sein, ein in der Geschloßfabrik in Komorau im Bezirk Pragdram unter dem Namen Wilhelm Lippa beschäftigter ungarischer Landsturmsoldat verhaftet. Der Verdacht erhielt dadurch große Wahrscheinlichkeit, daß die Bilder von Kiz eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Verdächtigten aufwiesen. Der angeklagte Lippa hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er mit zahlreichen Frauen und Mädchen einen umfassenden Briefwechsel führte und den meisten die Heirat zusagte. Auch eine Narbe an der linken Hand sowie eine Schnittwunde an der linken Brustseite, die von

den ungarischen Behörden als besondere körperliche Merkmale des gesuchten Massenmörders bezeichnet werden, finden sich bei dem Verhafteten vor.

## Parteiveranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg. Die geplante öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Unsere Lebensmittellieferung“ kann nicht stattfinden, da das Oberkommando verfügt hat, daß öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder dergleichen nicht gestattet werden.

Pantow-Niederichthausen. Dienstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Kurfürsten“, Berliner Str. 102. Dazu findet in beiden Bezirken am Montag, den 5. Juni, von abends 7 Uhr ab Handzettelverteilung von den bekannten Stellen aus statt.

Niederichthausen-Nordend. Dienstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung in Pantow zum „Kurfürsten“, Berliner Str. 102, statt. Dazu soll am Montagabend eine Handzettelverteilung in unserem Ort! stattfinden. Die Zettel sind von heute ab bei den Bezirksführern abzuholen.

## Frauenleseabende.

Köpenick. Dienstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Kied, Grünauer Str. 7. Vortrag des Genossen Dr. Rose.

Der Turnverein Nichte hat eine neue Frauen- und Mädchenabteilung gegründet. Diese siebente Turnvereinabteilung hält ihre Lesungsabende Montags und Donnerstags, abends von 8—10 Uhr, in der Schulturnhalle Gödter Ufer 2 ab.

Öffnungsturnstunde Montag, den 5. Juni, abends 8 Uhr. Alle Mädchen und Frauen, welche sich an diesem Abend in die Abteilung aufnehmen lassen, bezahlen kein Einschreibegeld.

Zur Beseitigung vieler körperlicher Schäden sind erfahrungsgemäß regelmäßige Lesungsabende im Turnen das sicherste Gegenmittel. Ja selbst ältere Verbildungen können durch sachgemäße Turnübungen beseitigt, mindestens aber sehr abgeschwächt werden. Wer Körperpflege betreibt, schämt sich vor Krankheit.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stubenstr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Busstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. W. Die Firma ist dazu berechtigt. — P. P. 10. Ein von Ihnen eingereichtes Gesuch wird wenig Erfolg haben, wenn der Arzt Ihren Mann für arbeitsunfähig erklärt hat. — J. G. 18. Landsturm, zurückgestellt wegen Verabreichung der Schokolade. — S. Z. 30. 1. und 2. Da. 2. Bewirken Sie die Umschreibung beim Standesamtsregister. — J. G. 37. 1. Wegen Revuekrankheit zurückgestellt. 2. Beim zuständigen Amtsgericht. 3. Sofort nach festgesetztem Termin. — R. J. Rein, der daß kann Ihnen verweigert werden. — J. 13. Der Wirt ist dazu berechtigt. — M. W. 20. Ihr Mann ist verpflichtet, für Sie die Steuern zu zahlen. — W. D. Pfaderstr. Staatseinkommensteuer wird während der Einberufung Ihres Ehemannes nicht erhoben; Gemeindefiskussteuer müssen Sie aber zahlen, wenn Ihr Einkommen 900 M. beträgt. Sie können Reklamation einreichen oder Stundung beantragen.

W. J. 55. Uns nicht bekannt. Wellefeld gibt die Direktion des Theaters Auskunft. — O. B. 76. Blumenstr. 22. — Emil Papke, Königs. Nach einer Verfügung des Kriegsministers ist den Soldaten das Lesen der sozialdemokratischen Zeitungen erlaubt, darf also ins Feld geschickt werden. — R. König. Ohne nähere Angaben (welche Gewerkschaft usw.) nicht zu beantworten. Sehen Sie einst. Ihre Verbandsstatuten durch. — P. 2. 1. Erkundigen Sie sich bei Ihrem Lotteriekollektor, der zahlt auch aus. 2. Rein. — R. R. 1880. Um 50 Kilometer vor Dünaburg auf der Straße Pomezisch-Dünaburg. 60—65 M. die Hinfahrt; ohne besondere Erlaubnis nicht möglich. — W. P. 73. Bromberg. — W. D. 30. Schlagen Sie nach: Adressbuch II. Band, Teil IV, Seite 20—21.

## Eingegangene Druckschriften.

„Der Jude.“ Eine Monatschrift. 1. Jahrg. Heft 2. März. 10 M. — A. Gömit, Berlin N. 37.

„Zwischen Krieg und Frieden.“ Heft 35: Deutschland und Cehrerich-Ungarn. Gesichtspunkte eines Industriellen. Von A. Heller. 1 M. — Heft 36: Das politische Leben Finnlands. Von J. Dequait. 1,50 M. — S. Diesel, Leipzig.

Friedrich Riessche, der Immoralist und Antichrist. Von Dr. H. Reiner. 1 M., geb. 1,60 M. — Deutsche Geschichte für das deutsche Volk. Von Dr. H. Wirth. 1 M., geb. 1,60 M. — Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Verzeichnis der Arbeitsnachweise im Deutschen Reich nach dem Stande vom 1. Mai 1916. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt. 2 M. — Verlag: H. W. Deber, Berlin, Hofmannstr. 9/10.

Beiträge zur Besteuerung der Kriegsgewinne durch das Reich. Von Dr. G. Schuberth. Geh. 80 Pf. — G. Heinrich, Dresden-R.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittig. Im Osten, etwa bis zur Oder, größtenteils trübe und kühl, vielfach stärkere Regenschläge; weiter westlich geringere Niederschläge, dazwischen zeitweise aufklarend und ein wenig wärmer.

# Stiller

## Zu Pfingsten

Schuhe